

Leibnitz 7,8 Kilogramm und Murau 7,9 Kilogramm. Also doch durchaus noch unterschiedlich, aber im Trend allgemein und überall steigend. Bei Altglas ist der Wert von Graz 24,2 Kilogramm pro Einwohner, Graz und Umgebung 16,3 Kilogramm und Liezen 16,0 Kilogramm. Vergleich hiezu etwa Feldbach mit 9,5 Kilogramm. Hier gilt aber derselbe Trend wie auch beim Altpapier. Überall steigende Sammelergebnisse. Mit der Rücklaufquote beim Papier liegt das österreichische Sammelergebnis, dem Bericht zu entnehmen, bereits an zweiter Stelle überhaupt. Erfreulich ist auch die Entwicklung für die Abfallwirtschaftsplanerstellung. Bis auf zwei Bezirke gibt es nunmehr in allen steirischen Bezirken beschlossene und von der Landesregierung genehmigte Abfallwirtschaftspläne; offen sind demnach derzeit nur noch Leoben – dieser wird derzeit überarbeitet – und Graz und Umgebung. Dieser wird voraussichtlich noch im Sommer, in wenigen Wochen, beschlossen. Beim Mürzverband ist eine Überarbeitung im Gange.

Das steirische Gesamtergebnis sieht daher wie folgt aus: Von 14 beschlossenen Plänen von der Landesregierung davon zwölf genehmigt, von der Landesregierung als Ersatzvornahmeweg ein Plan beschlossen, ein Plan noch nicht genehmigt, einer noch nicht vorgelegt, also durchaus eine erfreuliche Bilanz jetzt anlässlich der heutigen Sitzung. Diese Maßnahmen und Initiativen werden in den Verbänden und Gemeinden gesetzt, unter anderem die Errichtung von Altstoffsammelzentren, welche vom Land auch schon gefördert werden. Anreize, wie die Aktion „Müll getrennt – Happy-End“, kommen bei der Bevölkerung gut an und finden vor allem bei der jüngeren Generation und bei der Jugend wirklichen Anklang. Die ökologisch orientierte Abfallwirtschaft erfordert beachtliche finanzielle Mittel. Eine besondere Hilfe bei der Umsetzung sind jene 100 Millionen Landesmittel, welche über Initiative von Herrn Landesrat Hermann Schaller erstmals im Landesbudget 1991 sichergestellt sind. Damit können Pilotprojekte gestartet werden und die konsequente Mülltrennung und -kompostierung gezielt im Sinne des Öko-Programmes fortgesetzt werden. Auch möchte ich darauf hinweisen, daß es eine Geste ist, die allgemeine Anerkennung findet, wenn man die steirischen Landesgrenzen erreicht oder sie überschreitet, daß hier das weißgrüne Bundesland beginnt, auch auf die Mülltrennung gebührend hinzuweisen. Der Umweltschutz wurde schon von meiner Vorrednerin angesprochen in seiner Wichtigkeit und in seiner Dimension. Auch hier darf man sagen, ist genügend Zeit verstrichen, daß man übereinstimmend feststellen kann, eine wichtige Einrichtung, auf die sicherlich unser Umweltsprecher Kollege Candidus Cortolezis im einzelnen noch zu sprechen kommen wird. Sorgen bereitet uns die Standortentscheidung vor allem im Hinblick auf die Bundesrichtlinien, denn wir finden Standorte, finden auch Zustimmung in der Bevölkerung, aber die überaus strenge Auslegung dieser Bundesdeponierichtlinien macht es den Behörden und auch den Sachverständigen und damit auch den Verbänden besonders schwierig, auch geeignete Standorte zu finden. Hier wird man mit Hilfe des Landes versuchen müssen, praxisbezogener Handhabungen zu installieren, und ich hoffe, daß hier auch im Geiste des kommunalen Verständnisses der jetzigen Frau Bundesminister auch entsprechende Praxisbezogen-

heit da ist und Verständnis, daß man über diese Richtlinien auch sprechen kann, vor allem auch für bestehende Anlagen werden sie in einer Weise angelegt, daß es sehr, sehr schwierig ist.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die überaus fachkundige und menschlich so sympathische Unterstützung durch Hofrat Jägerhuber in all diesen schwierigen Aufgabenbereichen und seinen Mitarbeitern. Wie ich allgemein von meinen vielen Kollegen in den Verbänden und in den Gemeinden höre, ist das eine außergewöhnlich wichtige Unterstützung und Hilfestellung und oft viel wichtiger, als ein geschriebener Satz in irgendeinem Gesetz, die Bereitschaft zu kooperativer Hilfe. Dasselbe gilt auch im besonderen Maße bei Wasser und Abwasser, auf das ich aber bewußt hier nicht eingehen möchte, um nicht zu lange zu reden. Aber dieselbe positive Einstellung auch bei Hofrat Grancy und seinen Mitarbeitern.

Hoher Landtag! Es ist uns bei der Abfallwirtschaft einiges Positives gelungen. Zum Beispiel der Zusammenschluß der Abfallverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft. Auch dieser bewährt sich bereits, und ich darf daher, glaube ich, noch einmal hinweisen und mich freuen, abschließend zum Abfallwirtschaftsbereich, daß es doch auch bei manch unterschiedlicher Meinung im Detail gelungen ist, gemeinsam viel zu bewegen. Die Vorgabe von Herrn Landesrat war immer klar. Wir haben uns dann doch bemüht, auch mit Nuancen der Unterschiedlichkeit, aber dennoch in den Gemeinden, in den Verbänden und auch hier im Landtag die Dinge anzupacken und auch gut voranzukommen. Ich freue mich darüber sehr.

Zum Natur- und Landschaftsschutz darf ich als Zweites auch meine Freude zum Ausdruck bringen, daß es gelungen ist, weitere bedeutende Schutzstellungen einiger besonders schutzwürdiger Landschaftsteile unserer Grünen Mark wiederum sicherzustellen und dieses 90er Programm auch ganz besonders erfolgreich im laufenden Jahr 1991 weiter voranzutreiben, zum Beispiel die Hochlage des Riesachtales, die nördlichen steirischen Kalkalpen, Gebiete des Dachsteinplateaus, des Kemetgebirges und dergleichen mehr, und noch dazu auch zu erwirken, daß dies alles in Gesprächen mit den Betroffenen möglich ist und daß hier auch Partnerschaften zustandekommen zwischen den Grundeigentümern, den Forstberechtigten, den Almberechtigten und den Behörden und der Politik für den Naturschutz. Somit sind in der Steiermark bereits mehr als 40 Prozent der Landschaft zu Schon- oder Schutzgebieten erklärt, und damit hat unser Land nicht nur optisch unterstrichen, daß wir ein schönes Land sind, sondern was uns diese Schönheit an Natur und Landschaft auch wert ist. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Biotoperhaltungs- und Flächensicherungsprogramm. Bereits mehr als 400 Hektar naturräumlich hochwertiger Flächen sind damit gesichert und werden auf Grund der Richtlinien naturschonend bewirtschaftet. Die Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und der Land- und Forstwirtschaft, der beiden Referenten Jungwirth, Schaller einerseits, aber auch der Referenten des Landes und der Landwirtschaftskammer unter Präsident Pörtl funktioniert hier ausgezeichnet. Es hat sich bewährt, daß für diesen Biotopschutz jeweils 1,2 Millionen im Jahr 1990 sowohl des Landes aus

Naturschutz- wie auch agrarische Mittel seitens der Bauernschaft zur Verfügung gestellt wurden.

Ein besonders positiver Partner und für alle Naturschutzanliegen ist die steirische Berg- und Naturwacht, meine Damen und Herren. 2500 Berg- und Naturwächter und Naturwächterinnen in 19 Bezirksleitungen und in 178 Ortseinsatzstellen bemühten sich 1990 in 280.000 Einsatzstunden, für den Landschafts- und Naturschutz aktive Arbeit zu leisten. Sie haben ihre Liebe zu unserer steirischen Heimat mehr als unter Beweis gestellt. Ähnliches ist auch vom Naturschutzbund zu sagen, welcher immer wieder wertvolle Initiativen setzt. Besonders positiv zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Tätigkeit der Naturschutzjugend mit ihren zahlreichen Biotoperhaltungsprojekten. Sie fördern besonders das Naturbewußtsein der Jugend und der Schüler, welche beachtliche Mittel aufbringen und aktiv „pro Natur“ mitgestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. In den letzten zehn Jahren, die ich die Ehre hatte, diesem Hohen Landtag anzugehören, dürfe ich auch persönlich als Abgeordneter und als Vorsitzender des Naturschutzbeirates ein wenig zu dem von uns gemeinsam Erreichten beitragen. Neben den Anliegen der steirischen Gemeinden und des steirischen Tourismus galt der Schwerpunkt meiner Arbeit stets vorrangig dem Umwelt- und dem Naturschutz. Für die meist praktizierte gute Zusammenarbeit zum Wohle des Umwelt- und Naturschutzes danke ich daher Ihnen allen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, und den vielen, vielen Helfern im ganzen Land ganz besonders herzlich, und ganz besonders den dafür zuständigen Referenten Hermann Schaller, Umwelt, Kurt Jungwirth, Naturschutz, sowie den Fachleuten und Beamten. Ich habe einige schon genannt. Freuen wir uns darüber, daß wir gemeinsam einiges zusammengebracht haben. Zum Schluß, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ein persönliches Wort aus Anlaß meiner heutigen letzten Wortmeldung hier anläßlich dieser Landtagssitzung. Allen voran nochmals Ihnen allen in allen Fraktionen ein herzliches Dankeschön, an der Spitze dem Herrn Präsidenten Franz Wegart und den beiden Damen im Präsidium, Kollegin Meyer und Kollegin Dr. Kalnoky, den Regierungsmitgliedern, an der Spitze unserem geschätzten Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer. Ich dürfe persönlich viel Freude erleben und gute Kameradschaft erfahren. Politische Arbeit braucht auch ein entsprechendes politisches Klima und eine anständige politische Kultur, vor allem auch in der gegenseitigen persönlichen Achtung über die Parteigrenzen hinweg. Aus konkretem und persönlichem Anlaß Sorge ich mich um diese notwendige politische Kultur und um den notwendigen Anstand in der Zukunft. Denn während Sie, verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter und SPÖ-Vorsitzender Dr. Schachner-Blazizek zu meiner Freude publizieren, daß Sie sich nicht scheuen werden, die rote Karte zu ziehen, wenn man sich vergreift im Ton, in der Wortwahl und sozusagen unter die Gürtellinie, geht Ihr Herr Sekretär im Bezirk auf und ab und diffamiert und verleumdet und macht schlecht am laufenden Band als einer, ich würde es nicht so hoch werten, der die Absicht hat, hier in Kürze einzuziehen. Da stimmt also etwas nicht zusammen! Ich würde

bitten, zeigen Sie bald die Karte. Denn es ist nicht lustig, was hier bei Maireden und bei Volksfesten im Enns- und im Paltental von sich gegeben wird. Ich sage Ihnen auch: Erkundigen Sie sich bei Ihren treuen Mitgliedern und Mitarbeitern, wie sie darüber denken. Mir gegenüber bringen viele zum Ausdruck, daß sie sich für diesen politischen Stil schämen. Ich möchte das in aller Form gesagt haben, nicht, weil es so sehr um mich geht, aber auch – jeder Mensch hat auch eine Ehre –, sondern weil dieser Stil nicht einreißen soll. Vor allem in der Steiermark hat er nicht gepaßt, und im Ennstal schon gar nicht. Denn bei uns, und das darf ich wirklich sagen, auch bei allen differierten Anschauungen über die politischen Grenzen, gab es immer und soll es immer geben eine Wertschätzung und Anerkennung und Achtung als Mensch und als Mitkollege des politisch Andersdenkenden. Es ist eine traditionelle gute Harmonie und Zusammenarbeit zwischen einem Erich Tschernitz, einer Lore Schoiswohl, einem Richard Kanduth oder mir, um nicht alle anderen auch zu nennen. Dasselbe gilt natürlich auch für die Kollegen der übrigen Parteien. Schauen wir, daß das nicht zerschlagen wird. Im Interesse einer politischen Kultur in unserem schönen Heimatland wäre es aber auch angebracht, wenn sich in allen Parteien jemand einmal zusammengesetzt und sagt, wenn gar so überzogene Falschmeldungen über den einen oder anderen verbreitet werden, soll es eine Art Ehrenrat geben, wo man das klarstellt.

Aber eines muß ich ganz ehrlich sagen, bei den vielen Sitzungen und schwierigen Verhandlungen habe ich den Kohlhammer schon oft arbeiten gesehen, und nicht nur zweimal, und ich habe auch beim Kindergartengesetz öfter geredet, wie die Herren in der Zeitung schreiben. Das paßt nicht. Ich glaube, man muß nachdenken, und hier muß man der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen. Ich darf sagen, daß das in Richtung „Kronen Zeitung“ geht, daß das sicherlich nicht der Weg ist. Sie müssen einen nicht loben. Aber wenn alles nichts zählt, wie weit man herfährt, wie viele Stunden, wie viele Ausschüsse, 50mal hat man sich gemeldet, nicht zweimal, und wie viele Beiräte, und das ganze nichts wert ist. Ob das die Leserschaft auf Dauer befriedigen wird, das bezweifle ich. Aber die Politik soll es sich nicht gefallen lassen und soll sich zur gegebenen Zeit durchaus wehren. Herr Dr. Schachner, ich darf Sie abschließend noch einmal ersuchen: Nehmen Sie es ernst mit Ihrer Ankündigung, holen Sie diesen Herrn in die Schranken. Denn mit dem Weg wird er im Ennstal nicht viel reißen, die Arbeit hier geht weiter, und es muß wieder eine steirische, vernünftige Politik zum Wohle aller gemacht werden. In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal für zehnjährige Kameradschaft, gute Zusammenarbeit. Ein herzliches Glückauf allen miteinander. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 15.56 Uhr.)

Präsident Wegart: Verehrte Damen und Herren!

Ich unterbreche die Debatte zum Tagesordnungspunkt 18 und komme nun im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz zur dringlichen Anfrage der Abgeordneten Kammlander, Zellnig, Kohlhammer, Genaro, Schrittwieser, Trampusch, Vollmann, Minder, Günther Ofner, Franz Ofner, Kanape und Günther Prutsch an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die verfassungsrechtlichen Probleme, die

mit einem Vertragsabschluß für die Schaffung des europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) verbunden sind.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Gundi Kammlander das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

Abg. Kammlander (15.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich begründe die dringliche Anfrage wie folgt:

Das Informationsdefizit über den in zwei Wochen zur Unterzeichnung vorliegenden EWR-Vertrag ist in allen Bereichen und auf allen Ebenen feststellbar; hier in der Steiermark und auch im übrigen Österreich, wie ich gestern in Salzburg feststellen konnte. In vielerlei Hinsicht ist der Prozeß schon so weit fortgeschritten, daß von einem „point of no return“ gesprochen werden muß. Frei nach Qualtinger: „Wir wissen zwar nicht, wo es hingehet, aber dafür sind wir schneller dort!“ Schon allein die Vorgangsweise ohne jede Mitsprache und Mitbestimmung ist zu verurteilen. Hier müßten schon in der Steiermark und in ganz Österreich die Alarmglocken läuten, Alarmglocken auch der Parlamentarier in den Landtagen und im Nationalrat. Seit Wochen gehen die Vermutungen hin und her. Im Mai meinte noch unser Kollege, der Herr Klubobmann Dr. Hirschmann, es wird nichts werden mit dem EWR. Jetzt stehen wir, wie wir hören, unmittelbar davor. Es sei denn, die Schweizer scheren aus oder es passiert sonst noch etwas. Die Landeshauptleute beklagen sich sogar schon über die fehlenden Mitwirkungsrechte. Ich lese das am 30. Mai 1991. In einer Presseerklärung steht zu lesen: Gegen den EWR habe man keine Bedenken, aber für einen EG-Vertrag bestehe man schon auf mehr Mitwirkung, nicht bloßer Information. Im Eilverfahren soll jetzt die Landeshauptleutenkonferenz eine indirekte demokratische Legitimation bekommen. Die Entscheidungsebene – so erkennen wir – verdünnt sich immer weiter weg von den Gesetzgebungskörperschaften. Die Analogie zum alles andere als demokratischen EG-Apparat drängt sich immer deutlicher auf. Wie Sie wissen, ist das Europäische Parlament ja teilweise als Diskutierklub abqualifiziert worden. (Abg. Dr. Cortolezis: „Von wem? Von Ihnen?“) Sie wissen ja wohl, daß sie nur beratende Funktion haben. Das braucht man Ihnen nicht extra zu sagen. Das sagen andere Europaparlamentarier auch innerhalb der EG. Es geht ja um den europäischen Wirtschaftsraum. Also, sieben wollen zu den restlichen zwölf dazu zur EG, nicht zu Europa. Sieht der EG-Beitritt vor Unterzeichnung die verpflichtende Volksabstimmung vor, wird beim De-facto-Anschluß jetzt durch den EWR, also 60 Prozent der Normsetzung wird übernommen, auf die Mitentscheidung der Bevölkerung sicherheitshalber gleich verzichtet. Wie gering die Akzeptanz derzeit ist, wurde im Mai von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft dargestellt. Die Empfehlung von Nationalbankgeneral Heinz Kienzl hat damals an die Politiker gelaute: Ihr stürzt euch ins eigene Schwert. Diese Erhebung von Ende April/Anfang Mai hat auch aufgezeigt, daß deutliche Mehrheiten in Österreich Nachteile erwarten.

Zum Beispiel beim Transitverkehr. Bestätigt werden diese Ängste auch in Arbeitspapieren der verschiedenen Ministerien. „Ohne Vertrag für alle österreichischen Transitstrecken kommt eine riesige Verkehrslawine auf uns zu“ steht in einem dieser Papiere. Das

Verkehrsministerium stellt dazu wörtlich außerdem noch fest:

„Die Pyhrn-Route weist neben dem Brenner extreme Steigerungsraten auf. Die oberösterreichische Transitverkehrsstudie prognostiziert für die Pyhrn einen vergleichsweisen Anteil von 50 Prozent vom heutigen Verkehr am Brenner. Beim Lkw-Verkehr wird eine zehnfache Zunahme angenommen. (Abg. Ing. Stoisser: „Eine zehnfache Zunahme?“) Zehnfache, ja, Herr Kollege, Sie können's nachlesen; ich hab's mit.

Die ab Oktober gültigen Abgasvorschriften für Lkw werden in den EG-Ländern erst 1993 einzuhalten sein. Das Öko-Punkte-Modell haben die Schweizer als Scherz abgetan. Die EG-Presseerklärung beweist, daß die Anzahl der Lkw-Fahrten nicht abnehmen wird, sondern sich möglicherweise noch steigern kann.

Welche Nachteile gibt es noch? Sind die Bedenken der Bauern und Bäuerinnen ausgeräumt? Der Präsident der Österreichischen Landwirtschaftskammern Rudolf Schwarzbeck hat Anfang April sich noch sehr ablehnend geäußert, und ich hoffe, Sie kennen auch die Abschätzung der Folgen im sogenannten „Fischler-Papier“ vom April 1991 – ich hab's mit. Neben den Forderungen nach dem Abbau von Zöllen und mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen ist die Gewährung einseitiger Zugeständnisse für Wein, Obst und Gemüse von Bedeutung. Nachzulesen im „Fischler-Papier“: bei Wein: Die Folgen wären massive Preiseinbrüche und Absatzschwierigkeiten; bei Tomaten: ausweglose Situation. Dasselbe bei frischem Salat, dasselbe bei Gurken und dasselbe bei Paprika. Und bei Pfirsichen wird die Folge der Liberalisierung die Bedrohung von alternativen Obstkulturen in Problemgebieten bringen und scheint in Österreich gänzlich unrentabel zu sein.

Wird hier von der offiziellen Politik ein diffuser Sonderstatus vorgetäuscht, läßt Fischler keine Zweifel offen. Vom Grundverkehr ist der Regelungsbedarf über Ansätze noch nicht hinausgekommen. Sollen die Landeshauptleute besondere Vorbehaltsgebiete definieren? Wer wird die Verkäufe genehmigen? Welche Bedingungen werden für Vermögensanlagen an EG-Bewohner und -Bewohnerinnen gestellt?

74 bis 84 Prozent der zitierten Befragten – wieder aus der Kienzl-Studie – sehen in diesen drei Bereichen nachteilige Folgen: Transitverkehr, Landwirtschaft, Grundverkehr.

Die Frage nach dem Verlust eigener wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Festlegung ist also berechtigt. Die allgemeine Hoffnung auf Deregulierung findet demnach in diesem Europa nicht statt. Es ist eher ein Europa der Trusts und der großen Konzerne. Mächtige Lobbies regulieren dieses Europa via Brüssel, und wir befürchten, daß die Bundes- und die Landespolitik vom Primat der Wirtschaftspolitik beherrscht werden wird. Wir wehren uns gegen die einseitige Orientierung der europäischen Integration und meinen, daß Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis keine konsensfähigen Ziele in einer hochentwickelten Gesellschaft sein können. Die Diskussion um die soziale und ökologische Verträglichkeit der technischen Fortschritte, die Diskussion über die Grenzen des Wachstums wird angesichts der bedingungslosen Wachstumsgläubigkeit ad absurdum geführt.

Die Anfrage liegt dem Herrn Landeshauptmann im Detail vor. Ich möchte zu diesen Fragen auch noch hinzufügen, ob Sie sich persönlich zu einer Teilnahme der steirischen Bevölkerung, der österreichischen Frauen und Männer, bekennen, daß vor einem solchen einschneidenden Vertrag auch die Zustimmung gesucht werden sollte oder nicht. In der dringlichen Anfrage habe ich diesen Punkt herausgenommen, aber ich möchte hier vom Rednerpult aus die Frage an Sie richten: Bekennen Sie sich zu diesem demokratiepolitischen Mitspracherecht der österreichischen Bürger und Bürgerinnen?

Nachdem ich glaube, daß meine 20 Minuten noch nicht ganz um sind, möchte ich auf den Beschlußantrag hinweisen. Ich begründe ihn ähnlich wie die Abgeordneten des Tiroler Landtages, die einen Beschluß gefaßt haben, um ihre Länderrechte sicherzustellen, und auch dafür einen Unterausschuß gebildet haben: daß es vor dieser Vertragsunterzeichnung einen Gliedstaatsvertrag zwischen den Bundesländern geben sollte. Nachdem uns ein bloßes Anhörungsverfahren hinsichtlich dieser verfassungsrechtlich so prekären Rechtsmaterie nicht hinreichend erscheint, wollen wir zur Absicherung des föderalistischen Prinzips unbedingt eben diese Form des vertikalen Gliedstaatsvertrages abschließen. Ich würde Sie gerne auch persönlich dazu befragen, Herr Landeshauptmann, wie Sie sich zu einem solchen Vertragswerk stellen. Darüber hinaus möchte ich um Beantwortung aller anderen Fragen bitten. Danke. (16.09 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der dringlichen Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer (16.09 Uhr): Meine verehrten Damen und Herren!

Die dringliche Anfrage der Frau Abgeordneten Kammlander beantworte ich wie folgt:

Zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen:

Ich habe das letzte Mal an dieser Sitzung am 28. Mai, da Sie die Anfrage gestellt haben, nicht teilnehmen können, weil wir zum selben Zeitpunkt die Frühjahrstagung der Landeshauptleutekonferenz abgehalten haben und anlässlich dieser Tagung auch sehr wichtige Fragen der Neuordnung der bundesstaatlichen Aufgabenverteilung in Österreich und im Zusammenhang damit die diesbezüglichen Mitwirkungsrechte der Bundesländer beraten haben. Ebenfalls war Gegenstand dieser Landeshauptleutekonferenz die für die Bundesländer sehr bedeutenden Auswirkungen aus dem Abschluß eben des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum.

In beiden Fragen haben sich – das möchte ich gleich eingangs sagen – alle österreichischen Landeshauptmänner, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, seit Jahren intensiv bemüht, daß die notwendige Einbindung unseres Landes in den großen europäischen Binnenmarkt und in der Folge in die Europäischen Gemeinschaften zielstrebig vorangetrieben wird – seit Jahren! Es ist auch keine Frage, daß nur damit sichergestellt werden kann – das ist jedenfalls die Meinung auch der Landeshauptleutekonferenz –, daß wir unseren hohen Lebensstandard erhalten und ausbauen können, den wir in Österreich nach dem Zweiten

Weltkrieg und in den zum Teil sehr schwierigen Jahren seit der politischen und wirtschaftlichen Erneuerung Europas aufgebaut haben.

Ebenso ist es seit Jahren die Auffassung der Landeshauptleutekonferenz, daß es im Zuge der verstärkten Einbindung Österreichs in die weitere Entwicklung des gemeinsamen Europa zu keiner Verschlechterung der Rechte der Bundesländer gegenüber dem Bund beziehungsweise den Instanzen des gemeinsamen Europa kommen darf.

Und auch die neuerdings gefaßten Beschlüsse, die Sie zum Teil angesprochen haben, vom 29. Mai 1991 haben sich an diesen beiden Zielsetzungen orientiert.

Was nun die mögliche Paraphierung, nicht die Ratifikation, betrifft, denn das ist ein wesentlicher juristischer Unterschied und eine ganz wesentliche substantielle Unterscheidung; diese Ratifikation nimmt nämlich das Parlament vor, und damit hat man bitte bis zum 1. Jänner 1993 Zeit. Was also die Paraphierung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum anlangt, wenn es dazu kommt, so haben die Landeshauptleute mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es aus der Sicht der Bundesländer eine Reihe von inhaltlichen und formalen Erfordernissen gibt, deren zufriedenstellende Regelung eine Vorbedingung für die Zustimmung der österreichischen Bundesländer ist.

Sie haben gleichzeitig aber mit Genugtuung festgestellt, daß die Expertenberatungen zwischen Vertretern des Bundes und der Bundesländer bereits dazu geführt haben, in den meisten anstehenden Problem-bereichen den Interessen der österreichischen Bundesländer entsprechende Lösungen zu erreichen. Da wurde ja viel gearbeitet. Es ist nicht unbedingt an die große Glocke gehängt worden, aber es ist viel gearbeitet und verhandelt worden. Im einzelnen gilt dies für die wichtige Frage des Liegenschaftsverkehrs, wo Lösungen zur Vermeidung eines Ausverkaufs von Grund und Boden gefunden werden müssen, zum Beispiel EG-konforme Regelungen, die Schranken für den Ausländergrunderwerb in Raumordnungsvorschriften vorsehen, wie sie etwa in Dänemark geschaffen worden sind. Das wird allgemein als das beste Modell in diesem Zusammenhang vertreten von unseren Spitzenjuristen des Bundes und der Bundesländer. Und weiters betrifft dies natürlich die wichtige Frage des Transitverkehrs.

Hier wurde insbesondere vom Vertreter des Landes Steiermark, dem Prof. Rack, und von mir selbst immer wieder mit allem Nachdruck betont, steht alles in den Protokollen, daß es entscheidend und unabdingbar ist, neben der Brenner-Transitroute auch andere Routen, und dabei vor allem die für die Steiermark so wichtige Pyhrn-Route, in das Öko-Punktesystem einzubeziehen. Sie wissen, daß gerade in dieser Woche sehr ernsthafte Verhandlungen des Verkehrsministers mit dem Verkehrskommissar van Mirth ins Auge gefaßt sind. Ebenso wurde, was die wichtige Frage der Umgestaltung des öffentlichen Beschaffungswesens anlangt, eine lange Diskussion im übrigen in der Landeshauptleutekonferenz geführt und dafür Sorge getragen, daß auch die österreichischen Bundesländer in rascher Frist ihr Recht der öffentlichen Auftragsvergabe EG-konform umgestalten werden, damit die heimische Wirtschaft so rasch als möglich die Vorteile des großen EG-Binnenmarktes nutzen kann und für die österreichi-

schen Bundesländer und Gemeinden zukünftige Auftragsvergaben kostengünstiger durchgeführt werden können. Bei Einhaltung all dieser Vorgaben brauchen die Steiermark und die österreichischen Bundesländer vor dem Eintritt in den großen gemeinsamen Markt keine Befürchtungen zu haben, ist eine absolut gemeinsame Auffassung. Und man soll da mit zum Teil durchaus mit den Ängsten der Menschen operierenden Argumenten sehr vorsichtig sein, kann man nur dazu sagen. Denn wir werden auf diesem großen Markt sehr wohl bestehen können. Es ist eher die umgekehrte Frage zu stellen, wie wir bestehen ohne diesen großen Markt. Das ist das eigentliche Problem. Das muß, glaube ich, vielen Menschen noch klargemacht werden. Mit dem EWR als Vorstufe zum EG-Beitritt wird es den EFTA-Ländern jedenfalls ermöglicht, am EG-Binnenmarkt, der ja bekanntlich mit dem Beginn 1993 realisiert werden soll, teilzunehmen. Innerhalb dieses Wirtschaftsraumes sollen im wesentlichen die vier Grundfreiheiten der EG, der freie Verkehr von Waren, von Dienstleistungen, von Kapital und von Personen, gelten. Bei einer Nichtteilnahme am EG-Binnenmarkt würde die heimische Wirtschaft nach allgemeiner Auffassung der Ökonomen an Bedeutung verlieren, hinter andere westeuropäische Länder zurückfallen, so daß dieser Rückstand selbst durch einen EG-Beitritt Österreichs nach dem 1. Jänner 1993 sehr schwer aufzuholen sein würde. Hingegen erhöht sich nach Berechnungen der Ökonomen durch eine Teilnahme am EWR das österreichische Wirtschaftswachstum über die nächsten sechs Jahre um zusätzlich 2,3 Prozent und garantiert zudem einen beschleunigten EG-Beitritt. Ich zitierte die Ökonomen Dr. Fritz Breuss und Dr. Fritz Schebeck, die im Jahre 1989 im Auftrag des Wirtschaftsförderungsinstitutes ein Gutachten zum Thema „Die Vollendung des EG-Binnenmarktes. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen für Österreich“ verfaßt haben. Die wesentlichen Passagen dieses Gutachtens können im Maiheft 1991 der Monatsberichte des Institutes für Wirtschaftsforschung nachgelesen werden. Für die öffentlichen Haushalte bringt die Schaffung des EWR Umschichtungen mit sich, wobei insgesamt wiederum nach Expertenberechnungen Einsparungen die abzusehenden Mehrbelastungen übersteigen werden. Mehrbelastungen ergeben sich für Österreich aus der Leistung eines EFTA-Beitrag zur Kohäsion, aus der Teilnahme an verschiedenen EG-Programmen, hinsichtlich der Einrichtung von EWR-Institutionen sowie im Bereich der öffentlichen Verwaltung, natürlich auch im Personalwesen. Einsparungen werden insbesondere im Bereich des öffentlichen Auftragswesens zu erwarten sein, ferner werden sich durch Verbilligung bei den Kreditzinsen Einsparungen bei der Finanzierung der Staatsschuld ergeben, und schließlich werden aus einer Übernahme des EG-Subventionsregimes beträchtliche Minderausgaben zu erwarten sein. In formeller Hinsicht geht es darum, den europäischen Integrationsprozeß, der auch die Zukunft unseres Landes entscheidend beeinflussen wird, aktiv mitzugestalten, um über die Zwischenetappe EWR wohl vorbereitet Vollmitglied der EG werden zu können. Diesbezüglich ist auf die nachfolgenden einstimmigen Beschlüsse der Landeshauptleutekonferenz zu verweisen. Das heißt, der Eintritt unseres Landes in den Europäischen Binnenmarkt beziehungsweise in die EG wird die Stellung unseres Bundeslandes als

selbständiger Teil des Bundesstaates Österreich nicht beeinträchtigen. Und damit dies eben nicht geschieht, ist Vorsorge dafür zu treffen, daß es zu einer grundsätzlichen Neuordnung der Aufgabenverteilung im Bundesstaat Österreich kommt und daß den Ländern im Integrationsprozeß effektive Mitwirkungsrechte eingeräumt werden.

Hinsichtlich der Neuordnung haben die Landeshauptleute anläßlich dieser Konferenz am 29. Mai wiederum einstimmig ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Vorarbeiten für eine Strukturreform unseres Bundesstaates bis Herbst 1991 abzuschließen sind. Es existiert, Frau Abgeordnete, ein exzellentes Papier, das im übrigen publiziert wird, das ich Ihnen sehr empfehle auch zu lesen, mit einem beachtlichen und für mich – sage ich ganz offen – erstaunlichen Ergebnis in dieser Richtung. Die Landeshauptleutekonferenz erwartet, daß noch vor der Ratifizierung, und das ist spätestens zum Ende des Jahres 1992, des EWR-Abkommens die Neuordnung der Aufgabenverteilung in einem politischen Paktum mit dem Bund fixiert ist. In bezug auf die Mitwirkungsrechte der Bundesländer im Integrationsprozeß hat die Landeshauptleutekonferenz ihren Beschluß vom 8. Juni 1990, betreffend die Mitwirkungsrechte der Länder bei der Europäischen Integration, wiederholt und auch festgestellt, daß die Verankerung dieser Ländermitwirkungsrechte in der Bundesverfassung und in einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG nach wie vor als erforderlich erachtet wird. Ferner ist die Landeshauptleutekonferenz für eine effektive Einbindung der Länder in das Ratifizierungsverfahren für die Beschlüsse der künftigen EWR-Organen eingetreten. Dann passiert's eigentlich, nicht? Wie gesagt, das ist jetzt die Paraphierung, wenn sie zustande kommt. (Abg. Kammlander: „Es gibt dann nur das Opting Out!“) Wer sagt denn das? Das ist genau – glaube ich – der Irrtum, von dem Sie ausgehen. Es ist ja selbstverständlich möglich, dort nicht mitzutun. (Abg. Kammlander: „Dann braucht man es gar nicht anfangen!“) Ja, aber, entschuldigen Sie! Wir wollen's ja. Wir gehen ja, zum Unterschied – entschuldigen Sie diesen Zwischenruf – von Ihnen, von einer anderen Vorstellung aus. Wir wollen's ja; wir meinen ja, daß das für unser Land wirklich notwendig ist. Wenn Sie's nicht wollen, ist das Ihre Sache. (Abg. Kammlander: „Sie hoffen, daß Sie nach der Ratifizierung aussteigen könnten!“) Natürlich! Ist ja auch so! Das ist ja ein demokratisches Verfahren, bitte sehr. Ich hoffe nicht, daß das passiert, aber möglich ist es – theoretisch. Daher sage ich, ist also Ihre Position zwar verständlich, wenn man Ihre Vorstellungen kennt, die Sie auch – sehr kurz allerdings – eingangs dargelegt haben. Da haben Sie eine andere Einstellung – habeat, Respekt, Ihre Sache –; sie ist nicht unsere, und es ist auch nicht die Position der Landeshauptleutekonferenz und nicht der Bundesregierung. Das muß man ganz eindeutig feststellen. Aber Ihre Besorgnisse sind sehr relativiert, sage ich – auch formell. Ich möchte das also noch einmal unterstreichen, weil dann die einzelnen Fragen zu beantworten sind, die Sie sehr detailliert gestellt haben.

Darf ich die erste in diesem Zusammenhang jetzt beantworten:

Wie ich also in dieser Einleitung schon zum Ausdruck gebracht habe, erwarte ich eine Stärkung des

föderalistischen Grundgedankens im österreichischen Staatsaufbau, insbesondere eben durch den Abschluß dieses zuvor erwähnten Paktums und des beabsichtigten Artikel-15 a-Vertrages, auf dessen Inhalt ich dann später noch einmal eingehen werde.

„2 a“ heißt die Bezeichnung Ihrer weiteren Frage – ich halte mich daran –: Im Hinblick auf die Veränderungen, die das EWR-Abkommen und ein späterer EG-Beitritt mit sich bringen werden, sind besondere Vorkehrungen erforderlich, um den bundesstaatlichen Charakter Österreichs aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne hat sich auch der in Unterordnung unter die Landeshauptleutekonferenz für Integrationsangelegenheiten eingesetzte Ständige Integrationsausschuß der Bundesländer – kurz SIL genannt – in seinem Positionspapier zum Europäischen Wirtschaftsraum vom 17. April 1991 ausgesprochen. In dieser Stellungnahme wird auch darauf hingewiesen, daß die Landeshauptleutekonferenz schon frühzeitig für Vorschläge entsprechender Mitwirkungsrechte der Bundesländer an der Europäischen Integration eingetreten ist, die insbesondere verfassungsrechtliche Verankerungen sowie den Abschluß einer diesbezüglichen Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG in folgenden Fragen vorsehen:

a) Rechtzeitige Informations- und Stellungnahme-rechte der Bundesländer in den Angelegenheiten, in denen Zuständigkeiten der Bundesländer berührt werden oder sonstige wichtige Interessen betroffen sind; b) die Bindung des Bundes und seiner Vertreter an gemeinsame Bundesländerstandpunkte in Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Bundesländer. Abweichungen hievon sind nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen zulässig, sie sind zu begründen; c) die Mitwirkung von Bundesländervertretern in österreichischen Verhandlungsdelegationen sowie in EWR- und EG-Organen in Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Bundesländer berühren; und d) die Verpflichtung des Bundes zur Eingreifung von Rechtsmitteln gegen rechtswidrige Akte von EWR- und EG-Organen, die den Wirkungsbereich der Bundesländer berühren.

Diese institutionelle und rechtliche Absicherung einer entsprechenden Beteiligung der Länder an den Integrationsaktivitäten Österreichs wurde auch bereits im Rat für Integrationsfragen diskutiert.

In diesem Sinn hat sich schließlich auch der Bundesminister für Föderalismus, Vizekanzler Dipl.-Ing. Josef Riegler, für einen Ausbau und eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Bundesländern in Integrationsangelegenheiten und insbesondere für die Durchsetzung der oben angeführten Bundesländermitwirkungsrechte ausgesprochen. Es waren ja auch bei der letzten Landeshauptleutekonferenz sowohl der Bundeskanzler als auch der Vizekanzler in dieser Frage anwesend, und wir haben eine volle Übereinstimmung in diesen Fragen erzielt. Und es ist auch eine Reihe anderer Bundesminister in anderen Fragen bei dieser Konferenz anwesend gewesen. Soweit Integrationsfragen betroffen waren, hat es auch da eine volle Übereinstimmung gegeben.

Es wird ferner dafür Sorge zu tragen sein, daß diese Vorschläge für die Mitspracherechte der Bundesländer vor einer Ratifizierung des EWR-Abkommens realisiert werden – noch einmal: vor einer Ratifizierung.

Ein diesbezüglicher Vorentwurf für eine Bundesverfassungsgesetznovelle ist bereits vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes erarbeitet worden und wird auch noch vor dem Sommer beraten.

Gleichzeitig wird zur Stärkung der Bundesländer aus Anlaß des Abschlusses des EWR-Abkommens eine Neuordnung der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung für erforderlich angesehen.

In sämtlichen einschlägigen innerstaatlichen Überlegungen sind die Vertreter der Steiermark in vollem Umfang eingebunden, zum Teil sogar federführend tätig. Alle diese Bemühungen werden auch in Zukunft konsequent weitergeführt, womit auch sichergestellt ist, daß die bundesstaatlichen Rechte unseres Bundeslandes nicht beeinträchtigt werden.

Die laufenden und zukünftigen Bemühungen um die Wahrung föderalistischer Positionen unseres Bundeslandes haben sich bereits in der Vergangenheit nicht nur auf den innerstaatlichen Bereich beschränkt. So ist die Steiermark seit geraumer Zeit Teil jener gesamt-europäischen regionalen Initiativen, mit denen eine stärkere Wahrung föderaler und regionaler Interessen in den Entscheidungsstrukturen des zukünftigen gemeinsamen Europa sichergestellt werden soll.

In diesem Zusammenhang ist unter anderem auch zu verweisen auf die aktive Mitgliedschaft unseres Landes im Rahmen der „Vereinigung der Regionen Europas“ und auch in der Konferenz „Europa der Regionen“ – ich habe jeweils an diesen Konferenzen auch selbst teilgenommen – sowie auf eine Reihe zusätzlicher ständiger und unmittelbarer Kontakte mit wichtigsten Entscheidungsgremien der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel.

Zu 2 b) Ihres Fragenkataloges:

Die Gesetzgebungszuständigkeit der Bundesländer wird durch den EWR nur teilweise eingeschränkt. Sind nämlich für eine Angelegenheit, deren Regelung nach dem B-VG in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt, keine EWR-Regeln vorhanden, so ist weiterhin das Bundesland autonom zur Gesetzgebung zuständig, das heißt, der Landtag bleibt souveräner Gesetzgeber.

Hinsichtlich jener EWR-Rechtsetzungsakte, die die Zuständigkeit der Bundesländer mitbetreffen, können folgende Möglichkeiten der Mitwirkung der Bundesländer festgehalten werden.

Wie bereits in 2 a) ausgeführt, ist auf eine verfassungsrechtliche Verankerung von Mitwirkungsrechten der Länder in Integrationsangelegenheiten natürlich zu bestehen. Es stehen dann den Bundesländern rechtzeitige Informations- und Stellungnahmerechte in den Angelegenheiten zu, in denen ihre Zuständigkeiten berührt werden oder sonstige wichtige Interessen betroffen sind, und es wäre ferner der Bund an gemeinsame Bundesländerstandpunkte in Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Bundesländer gebunden.

Die Koordination der Willensbildung der Bundesländer sowie die Vertretung des einheitlichen Bundesländerwillens gegenüber dem Bund muß durch den Ständigen Integrationsausschuß der Länder – eben diese Institution SIL, wie wir sie nennen – erfolgen, dem nach dem Beschluß der Landeshauptleutekonferenz vom 23. November 1990 ein Vertreter pro Land sowie

zwei Vertreter der Landtagspräsidentenkonferenz und ein Vertreter des Bundesrates angehören.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das EWR-Rechtsetzungsorgan nur einstimmig beschließen kann, kommt dem Wunsch der Bundesländer nach einer Bindung des Bundes an gemeinsame Bundesländerstandpunkte in Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Bundesländer eine besondere Bedeutung zu.

Dadurch würde es den Bundesländern ermöglicht, über den Bund und in weiterer Folge über die EFTA einen Konsens bei künftigen EWR-Rechtsakten zu verhindern. Es ist daher nochmals zu betonen, daß der verfassungsrechtlichen Verankerung von Bundesländermitwirkungsrechten verstärktes Augenmerk zu schenken ist, natürlich. Bei deren Realisierung ist, wie oben dargelegt, eine entsprechende Einflußnahmemöglichkeit der Bundesländer auf EWR-Rechtssetzungsakte gegeben. Die verfassungsmäßig vorgegebenen Rechte der Landtage werden durch diesen Prozeß unmittelbar nicht beeinträchtigt. Vielmehr ist davon auszugehen, daß den Landtagen ein umfassendes Instrumentarium zur Verfügung steht, dessen sie sich bedienen können, um sicherzustellen, daß den Interessen der Bundesländer und auf diese Weise den Interessen der Bürger unseres Landes entsprechend Rechnung getragen wird.

Zur Frage 3 in Ihrem Fragenkatalog:

Entsprechende Maßnahmen zur Vorbereitung der künftigen Mitgliedschaft Österreichs in der Gemeinschaft und der Berücksichtigung davon betroffener Interessen der Steiermark wurden sehr frühzeitig gesetzt. Im April des vergangenen Jahres wurde über meinen Antrag auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung zum Beispiel ein Europareferat eingerichtet, damit sowohl im internen Bereich der Landesverwaltung als auch darüber hinaus für eine entsprechende Wahrnehmung betroffener Landespositionen gesorgt ist. Dieses Referat steht unter der Leitung des hervorragenden Staatsrechtsexperten Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack, ihm zur Seite steht Hofrat Dr. Moser, ein erfahrener Beamter der Landesfinanzverwaltung. Die Steiermark war in dieser Hinsicht ganz sicherlich vorbildlich. Und eine Reihe von anderen Bundesländern haben ähnliche Einrichtungen nachher geschaffen, so wie sie die Steiermark eingerichtet hat. Über Initiative des Europabeauftragten der Steiermark wurde in der Folge auch die Schaffung eben dieses ständigen Integrations-Ausschusses der Länder, SIL, vorbereitet. Das ist eine Idee des Prof. Rack gewesen, und mit Beschluß der Landeshauptleutekonferenz vom 23. November 1990 auch eingeführt. Auf dieser Ebene werden derzeit eine Reihe von konkreten Bemühungen unternommen, mit denen jeweils sichergestellt werden soll, daß die Wahrung der Interessen unseres Bundeslandes auch künftig mit Sachkompetenz und mit politischem Nachdruck verfolgt wird. Beispielsweise sei in diesem Zusammenhang die Ausarbeitung eines gemeinsamen Bundes-Länder-Expertenpapiers der Expertengruppe „Liegenschaftsverkehr“ genannt, mit dem gewährleistet werden soll, daß die wichtige Frage des Ausländergrundverkehrs einer EG-verträglichen künftigen Lösung zugeführt und damit kein Ausverkauf von Grund und Boden stattfinden wird. Die Experten-

gruppe „Liegenschaftsverkehr“ ist eine Gruppe von Fachleuten, die innerhalb der Arbeitsgruppe „EG-Föderalismus“ tätig ist und aus Vertretern der Bundesländer, des Bundeskanzleramtes und auch der Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer besteht. In ähnlicher Weise sind derzeit Arbeiten im Gange, das künftige Vergaberecht in einer Art und Weise zu regeln, bei der auch den Interessen der Bundesländer in entsprechender Weise Rechnung getragen wird.

Zu Punkt 4 a Ihres Fragenkataloges:

Das Thema „Europäische Integration – Mitwirkung der Länder“ war Gegenstand von Beschlüssen der Landeshauptleutekonferenzen – ich darf sie anführen – vom 4. Juni 1987 bereits, also vor vier Jahren, vom 15. April 1988, vom 25. November 1988, vom 29. Juni 1989, vom 5. November 1989, vom 8. Juni 1990, vom 23. November 1990 und vom 29. Mai 1991. Also in jeder Sitzung der Landeshauptleutekonferenz seit dem 4. Juni 1987, es finden zwei Tagungen statt, eine Frühjahrs- und eine Herbsttagung, war die Frage „Europäische Integration – Mitwirkung der Länder“ Gegenstand von einstimmigen Beschlüssen der Landeshauptleutekonferenz. In all diesen Beschlüssen, sage ich noch einmal, sprach sich die Landeshauptleutekonferenz mit Nachdruck für eine angemessene Mitwirkung der Bundesländer am integrationspolitischen Entscheidungsprozeß sowohl im Rahmen der EFTA als auch bei Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften aus. Ferner wurden als Vertreter der Landeshauptleutekonferenz der sehr kompetente Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher aus Vorarlberg und der ebenso sehr kompetente Finanzreferent des Bundeslandes Wien und Landeshauptmannstellvertreter Hans Mayr in den Rat für Fragen der Österreichischen Integrationspolitik delegiert. Zum Zwecke der Wahrnehmung von Bundesländerinteressen gegenüber den Europäischen Gemeinschaften wurde ein gemeinsamer Bundesländervertreter auf Beamtenebene in die österreichische Mission bei den EG in Brüssel abgeordnet, der sehr tüchtige und mehrsprachige Dr. Hradil, ein junger engagierter Jurist, der immer wieder auch in der Landeshauptleutekonferenz und in der Verbindungsstelle der Bundesländer über die entsprechenden Entwicklungen in Brüssel sehr konkret und sozusagen aus erster Hand informiert. Des weiteren gehen insbesondere die oben unter Punkt 2 a dargelegten Vorschläge für Mitwirkungsrechte der Bundesländer in Integrationsangelegenheiten auf Beschlüsse der Landeshauptleutekonferenz zurück. Mit Beschluß der Landeshauptleutekonferenz vom 23. November 1990 wurden Errichtung und Aufgaben des Ständigen Integrationsausschusses der Länder festgesetzt, welcher in Unterordnung unter die Landeshauptleutekonferenz Entscheidungen für die Landeshauptleutekonferenz vorzubereiten, die Landeshauptleutekonferenz zu beraten sowie im Rahmen der von der Landeshauptleutekonferenz erteilten Ermächtigung auch selbständig Entscheidungen zu treffen hat. Ferner hat die Landeshauptleutekonferenz mit Beschluß vom 23. November 1990 den Bund ersucht, die Mitwirkungsrechte der Länder im Zusammenhang mit der Europäischen Integration verfassungsrechtlich festzuschreiben und darüber eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG – wie schon

eingangs erwähnt – mit den Ländern ehestens abzuschließen.

Mit Beschluß vom 29. Mai 1991, also auf der letzten Konferenz, haben wir unseren Beschluß vom 8. Juni 1990, betreffend die Mitwirkungsrechte der Bundesländer bei der Europäischen Integration, bekräftigt und festgestellt, daß sie deren Verankerung in der Bundesverfassung und in einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG nach wie vor für erforderlich hält. Des weiteren ist die Landeshauptleutekonferenz für eine effektive Einbindung der Länder in das Ratifizierungsverfahren für Beschlüsse künftiger EWR-Organen eingetreten. Und schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Landeshauptleutekonferenz durch ihre frühzeitig, eben seit 1987 gesetzten Aktivitäten und Beschlüsse zum Thema Europäische Integration den Weg Österreichs in die EG aktiv mitgestaltet hat. Anlässlich einer Beratung des Tagesordnungspunktes „Aktuelle Integrationsentwicklung“ am 23. November 1990 wurde zum Beispiel festgestellt, daß die bisherige Entwicklung in dieser Angelegenheit bewiesen habe, wie richtig es gewesen sei, das österreichische Beitrittsansuchen so frühzeitig gestellt zu haben, wenn man sich die Bemühungen vieler anderer Länder anschaut, jetzt auch der EG beizutreten, vor allem auch von Ländern, die jahrelang – denken Sie an die skandinavischen Länder und dabei etwa auch an die neutrale schwedische Regierung, nunmehr beizutreten.

Zur Frage 4 b):

Infolge der Beantwortung zu Punkt 4 a erübrigt sich die Antwort auf diese Frage.

Zu 5:

Wie bereits in der Antwort auf Frage 2 detailliert ausgeführt, sind sämtliche Bemühungen der österreichischen Bundesländer und damit auch des Bundeslandes Steiermark stets davon ausgegangen, die Rechte der Bundesländer im Gesamtprozeß der Europäischen Integration sicherzustellen und damit nicht nur für den EG-Beitritt, sondern auch bereits für den gesamten EWR-Prozeß zu gewährleisten. Die diesbezüglichen Bemühungen waren in großen Teilen erfolgreich, so ist insbesondere durch die Installierung eines EG-Bundesländervertreters in Brüssel, den ich genannt habe, die Schaffung des – ich zitiere neuerdings – Ständigen Integrationsausschusses der Bundesländer SIL und vor allem auch durch die wertvolle Arbeit der Verbindungsstelle der Bundesländer bis dato dafür Sorge getragen worden, daß die Bundesländerinteressen in den EWR-Verhandlungen in entsprechender und nachdrücklicher Weise Berücksichtigung gefunden haben.

Sehr wesentliche Verhandlungspositionen Österreichs in einer Reihe von Sachzuständigkeiten – zum Beispiel, ich wiederhole, des Ausländergrundverkehrs, des Rechtes der öffentlichen Auftragsvergabe, Verkehrsfragen im allgemeinen und die Transitproblematik im besonderen, die Fragen der Aufrechterhaltung bisheriger Umweltstandards und der gesamte Bereich der Landwirtschaft – wurden durch die von den Bundesländern vorgegebenen politischen Festlegungen ganz entscheidend mitbestimmt.

Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf das diesbezügliche Positionspapier – ich wiederhole es – des Ständigen Integrationsausschusses der Län-

der zum Europäischen Wirtschaftsraum vom 17. April dieses Jahres und auf weitere einschlägige Beschlüsse des SIL in seiner Sitzung vom 14. Mai dieses Jahres.

Zu verweisen ist im gegebenen Zusammenhang auch mit größtem Nachdruck darauf, daß im besonderen die Landeshauptleutekonferenz selbst mit einer Reihe von einschlägigen Beschlüssen aus den letzten Jahren sichergestellt hat, die Interessen der österreichischen Bundesländer mit einer Stimme und daher auch mit dem entsprechenden Gewicht zum Ausdruck zu bringen und der Bund diese Positionsfestlegungen der Bundesländer in durchaus loyaler Weise – das möchte ich ausdrücklich festhalten – neuerdings in der letzten Landeshauptleutekonferenz anlässlich der Anwesenheit sowohl des Bundeskanzlers als auch des Vizekanzlers unterstrichen hat. (Beifall bei der ÖVP. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Ebenfalls im Einvernehmen der Präsidialkonferenz komme ich nun zur dringlichen Anfrage sämtlicher ÖVP-Abgeordneter an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die Sicherheit in der Steiermark.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ing. Stoisser das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

Abg. Ing. Stoisser (16.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Anfrage, betreffend die Sicherheit in der Steiermark:

Sicherheit ist ein existentielles Bedürfnis der Bevölkerung. Verschiedene gravierende Ereignisse der letzten Monate haben in weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere im Grenzland, zur Verunsicherung geführt:

Die Entwicklungen in unserem südlichen Nachbarstaat, das massive Ansteigen der illegalen Grenzübertritte, die geplante Auflösung steirischer Gendarmerieposten, das Ansteigen der Kriminalitätsrate in der Steiermark und die mangelhafte personelle Ausstattung der Zollwache und der Gendarmerie.

Für diese wichtigen Fragen der inneren Sicherheit sind die Bundeszentralstellen, insbesondere das Innen- und das Finanzministerium, zuständig und auch verantwortlich.

Wir wissen, daß Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, dem Problem der inneren Sicherheit seit Jahren Ihr besonderes Augenmerk widmen.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, wie beurteilen Sie die Situation in der Steiermark beziehungsweise welche Maßnahmen haben Sie ergriffen und welche werden Sie ergreifen?

Die gefertigten Abgeordneten stellen gleichzeitig nach Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über dieses Thema eine Wechselrede durchzuführen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.47 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage dem Herrn Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (16.47 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Die dringliche Anfrage der Abgeordneten Ing. Stoisser und Kollegen zum Thema Sicherheit in der Steiermark beantworte ich wie folgt:

Die innenpolitische Entwicklung in unserem Nachbarstaat Jugoslawien ist – wie Sie alle sehr genau wissen – in den kommenden Wochen von einigen entscheidenden Stichtagen geprägt. Insbesondere haben die Republiken Slowenien und Kroatien ihren zumindest formellen Austritt aus dem jugoslawischen Bundesstaat – Slowenien am 26. Juni und Kroatien am 30. Juni – in Aussicht genommen.

Wie immer betont wurde, stehen wir dem Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozeß unserer Nachbarländer Slowenien und Kroatien mit viel Sympathie und Verständnis gegenüber und hoffen gleichzeitig auf eine friedliche und einvernehmliche Lösung der anstehenden – und das sei auch ganz deutlich gesagt – exorbitant großen Problembereiche. Jeder von uns hat in irgendeiner Weise seine Kontakte zu unseren Nachbarn. Wir haben mit dem Herrn Ministerpräsidenten Sloweniens und auch mit einer Reihe kroatischer Minister in den vergangenen Wochen permanent Kontakt gehalten und sagen daher auch ganz offen, daß eine sichere Prognose darüber, wie sich diese Vorgänge in unserem Nachbarstaat tatsächlich entwickeln werden, mit Sicherheit nicht gegeben werden kann. Das ist die einzig seriöse Position in dieser Frage. Wir erhalten allerdings gerade in den letzten Tagen wieder ermutigende Mitteilungen – ich habe erst kürzlich mit Ministerpräsident Peterle telefoniert –, die auf eine friedliche Entwicklung hoffen lassen. Die tragischen Ereignisse allerdings von Marburg und vorher auch in der Krajina zeigen sehr deutlich, daß in der Entwicklung eine Dramatik liegt, die auch nicht beherrschbar sein könnte, ohne daß irgend jemand auch nur im entferntesten daran interessiert wäre, hier Panik zu erzeugen.

Aus diesem Grund ist es nach unserer Überzeugung unbedingt erforderlich, daß die Steiermark auch auf grenzübergreifende Auswirkungen zumindest vorbereitet ist – ich denke dabei insbesondere an eine mögliche und hoffentlich nie eintretende Flüchtlingsbewegung. Natürlich geht auch diese Interpretation weit auseinander. Es gibt Leute, die sagen: „Niemand wird sich da sozusagen in einem Flüchtlingsstrom auf den Weg machen; das würde diesen Völkern überhaupt nicht entsprechen.“ Aber es gibt auch die Meinung, daß unter bestimmten dramatischen Voraussetzungen so etwas sehr wohl eintreten könnte, das heißt also, Vorsorgen ist besser, als dann zur Kenntnis zu nehmen, daß die Sache schiefgelaufen ist.

Seit Beginn also der krisenhaften Entwicklung in Jugoslawien verfolgt im übrigen der Landeskoordinations-Ausschuß die Lage sehr aufmerksam – ohne viel Lärm zu machen – und hat im Rahmen seiner ungezählten Sitzungen die für all diese Krisenfälle vorbereiteten Einsatzpläne, von denen wir auch im Interesse unserer südlichen Nachbarn eben hoffen – ich wiederhole es –, daß sie niemals zum Tragen kommen müssen, auf den neuesten Stand gebracht. Das ist ganz präzise geschehen.

Diesem Team gehören neben den zuständigen Stellen der Landesregierung mit Hofrat Dr. Ortner an der

Spitze, der äußerst engagiert seit Monaten diese Arbeiten leitet, auch Vertreter der Sicherheitsbehörden des Bundesheeres, der Zollwache sowie der großen Einsatzorganisationen und des Zivilschutzverbandes an.

Das Sicherheitsbedürfnis der Grenzlandbevölkerung steht dabei im Vordergrund dieser Überlegungen; das liegt auf der Hand. Zwischen den Sicherheitsbehörden und dem Bundesheer wurde auch ein allfällig notwendiger Einsatz eines Assistenzbataillons abgesprochen. Sie werden verstehen, daß ich keine Details über diese sehr konkreten Absprachen geben will, weil wir natürlich nicht daran interessiert sind, daß eine solche Situation jemals eintrete, aber man ist auch auf einen solchen Fall vorbereitet.

Was den zweiten Punkt der Anfrage betrifft, ist im ersten Quartal 1991, Herr Abgeordneter Stoisser, ein massives Ansteigen der Zahl der illegalen Grenzübertritte feststellbar.

Im Jahre 1989 wurden im vierteljährlichen Durchschnitt an der steirisch-jugoslawischen Grenze etwa 45 bis 60 illegale Grenzübergänger aufgegriffen. In den Monaten Jänner bis März 1991 waren es bereits über 1000 illegale Grenzübergänger. Gleichzeitig mußte ein wesentlich verstärktes Schlepperunwesen vor allem auch festgestellt werden. Eine schlimme Sache. Insgesamt wurden seit Jänner 1991 2800 Fremde unterschiedlicher Staatszugehörigkeit, insbesondere Türken, Rumänen, Jugoslawen, Bulgaren und sogar Tamilen aufgegriffen. Der erfreuliche demokratische Aufbruch in unseren ost- und südosteuropäischen Nachbarländern hat insgesamt zu einer durchwegs positiv zu beurteilenden Intensivierung des Reise- und Wirtschaftsverkehrs geführt. Auch das muß in dem Zusammenhang einmal gesagt werden. So wurden im Jahre 1989 in der Steiermark insgesamt zirka 26,8 Millionen Grenzübertritte festgestellt, im Jahre 1990, also nach diesem sogenannten Wunderjahr, waren es hingegen 34,5 Millionen, was allein in einem Jahr eine Steigerung von fast 30 Prozent bedeutet. Das wesentliche Ansteigen des Grenzverkehrs und leider auch der illegalen Grenzübertritte erfordert daher verstärkte Grenzschutz- und Sicherungsmaßnahmen. Es ist bedauerlich und mir persönlich auch nicht verständlich, daß der für die österreichische Zollwache und damit auch für Fragen des Grenzschutzes und der Grenzsicherheit verantwortliche Finanzminister bisher eine den Erfordernissen und Bedürfnissen der Steiermark in diesem Zusammenhang – sage ich ausdrücklich – entgegengesetzte Vorgangsweise eingeschlagen hat. So gibt es Pläne des Finanzministeriums, insgesamt 14 Zollposten zur Gänze zu schließen und darüber hinaus die Zollämter Sieldorf, Langegg und Radlpaß sowie die Zollposten Mureck und Ehrenhausen zwischen 22 und sechs Uhr früh zumindest in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Mai zu sperren. Ein Schließen von Grenzübergängen hätte allerdings zwangsläufig ein massives Ansteigen der Verkehrsstauungen an den ohnehin stark frequentierten Hauptgrenzübergängen zur Folge, und darüber hinaus müßten von den Benutzern Umwege von bis zu 50 Kilometer in Kauf genommen werden. Dazu zählen vor allem die 112 steirischen Doppelbesitzer, die zur Bewirtschaftung ihrer Grundstücke mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten absolut unzumutbare Umwege fahren müßten.

Neben diesen Schließungsplänen beabsichtigt das Finanzministerium auch die Streichung von 60 neuen Planstellen für die Zollwache. Die Steiermark – und in dieser Haltung werden wir von unseren slowenischen und kroatischen Freunden unterstützt – bekennt sich zum Prinzip der offenen Grenze, der legalen offenen Grenze. Und die Steiermark fordert aber gleichzeitig, daß diese offene Grenze eine sichere Grenze sein muß. Und aus diesem Grund ist sowohl ein Offenhalten sämtlicher Grenzübergänge als auch eine Aufstockung des Personals der Zollwache ganz sicherlich ein Gebot der Stunde. Ich habe diese steirische Position gegenüber dem Finanzminister mehrfach und wiederholt deponiert. Darüber hinaus wurden von mir auch der Herr Bundeskanzler, der Herr Vizekanzler und der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten von der steirischen Haltung informiert und ersucht, diese im Zuge der Erörterung dieser Frage in der Bundesregierung entsprechend zu berücksichtigen. Bedauerlicherweise ist der Bundesminister für Finanzen in seinen Antworten weder auf die dargestellte konkrete steirische Situation eingegangen, noch hat er sich in der Lage gesehen, den berechtigten Forderungen nach Aufstockung des Personals für die Zollwachestation sowie eine Abstandnahme von Plänen zur Schließung von Grenzübertretsstellen nachzukommen. Ich habe daher in einem neuerlichen Schreiben vom 16. April 1991 unsere Forderungen unter Hinweis auf das rapide Ansteigen der illegalen Grenzübertritte neuerdings mit Nachdruck deponiert und den Herrn Finanzminister ersucht, den berechtigten Sicherheitsinteressen der steirischen Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen in bestmöglicher Weise Rechnung zu tragen. An dieser Stelle möchte ich noch auf ein anders Problem verweisen, das in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ansteigen der illegalen Grenzübertritte steht. Bekanntlich, meine Damen und Herren, werden im Grenzgebiet immer wieder Flüchtlinge aufgegriffen, die über keinerlei Identitätsausweise verfügen. Man weiß, daß von Schleppern bestimmten Flüchtlingen geraten wird, sie von sich zu werfen und ohne entsprechende Identitätspapiere über die Grenze zu gehen. Das Bundesbetreuungsgesetz sieht in solchen Fällen keinen Rechtsanspruch auf Zuerkennung der Bundesbetreuung vor.

Die vom Bundesministerium für Inneres angeordnete Vollziehungspraxis sieht vielmehr vor, daß Flüchtlinge auch nicht in die Bundesbetreuung übernommen werden, wenn sie keine Ausweise bei sich tragen. Es wird vielmehr die Auffassung vertreten, daß zur Feststellung der Hilfsbedürftigkeit, welche die Voraussetzung für die Aufnahme in die Bundesbetreuung bildet, der Nachweis der Identität des Betroffenen durch ein offizielles Personaldokument des Herkunftsstaates erforderlich ist. Diese Menschen werden als rechtlich nicht existent angesehen und mittellos und sprachunkundig faktisch ihrem Schicksal überlassen. Dazu kommt, daß diese Auslegung – wie der steirische Verfassungsdienst feststellte – im Gesetz und in der Bundesbetreuungsverordnung keine Deckung findet. Diese Bestimmungen stellen auf das Kriterium der Feststellung der Hilfsbedürftigkeit ab. Hierbei ist die Identitätsfeststellung durch offizielle Ausweispapiere von sekundärer Bedeutung. Die Steiermärkische Landesregierung hat über Antrag des Sozialreferenten Erich Tschernitz daher den einstimmigen Beschluß

gefaßt, der heute dem Landtag auch zur Annahme vorliegt und mit dem 10 Millionen Schilling für diesen Zweck bereitgestellt werden sollen. Die Bewältigung der Flüchtlingsfrage ist, wie Sie sehr wohl wissen, ein sensibles gesamtstaatliches Anliegen. Und das möchte ich ausdrücklich sagen, die Steiermark hat ihren Anteil immer erfüllt. In Österreich befinden sich derzeit etwa 14.000 Asylwerber in Bundesbetreuung, wovon mehr als 2500 in der Steiermark untergebracht sind. Die steirische Quote beträgt 17,25 Prozent, der tatsächliche Anteil liegt bei 18 Prozent. Zu den in der Anfrage angeführten Problembereichen, betreffend die Situation der steirischen Gendarmerie – und das ist der zweite Punkt dieser dringlichen Anfrage – sowie auch das Ansteigen der Kriminalitätsrate, möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Die in den letzten Monaten kolportierten Pläne zur Auflösung steirischer Gendarmerieposten haben in der Bevölkerung nachweislich – und jeder von Ihnen kennt das – zu einer großen Verunsicherung geführt. Ich werde bei jeder Gelegenheit in Gemeinden, in denen solche Postenschließungen beabsichtigt sind, vielfach angesprochen, nicht nur vom Bürgermeister und nicht nur von den Gendarmen selbst. Nachdem bereits im vergangenen Jahr gegen den Willen des Landes, der Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung auf Anordnung des Innenministeriums drei steirische Gendarmerieposten geschlossen wurden, muß auf Grund eines Erlasses des Innenministeriums vom 11. Jänner 1991 zur Ausarbeitung eines sogenannten Dienststellenstukturkonzeptes die Schließung einer großen Anzahl von Posten in allen Teilen des Landes befürchtet werden. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Erlasses – ich wiederhole – hat mich eine Welle von Protestnoten aus zahlreichen steirischen Gemeinden erreicht, die sich ganz vehement gegen die in Aussicht genommene Schließung von steirischen Gendarmerieposten richtet, und es hat auch in vielen steirischen Gemeinden Demonstrationen in diesem Zusammenhang gegeben. So ist die Kriminalität in der Steiermark – um das auch in diesem Zusammenhang zu sagen – im letzten Jahr um 14,9 Prozent angestiegen, bei Einbruchsdiebstählen gab es sogar eine Steigerung um 21,1 Prozent. Dem vom Innenministerium herausgegebenen ersten Band der Kriminalstatistik 1990 ist weiters zu entnehmen, daß in Österreich 457.623 gerichtlich strafbare Handlungen aufgezeigt wurden. Das entspricht im Schnitt – diese Durchschnittsziffern sind immer problematisch, wie wir wissen, aber immerhin, man bedient sich eben dieses Instrumentariums – einer Steigerung um 8,2 Prozent gegenüber 1989. Im gleichen Zeitraum sank die Aufklärungsquote von 46,7 Prozent auf 44,2 Prozent. Während die Zahl der strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben geringfügig von 80.735 im Jahre 1989 – relativ geringfügig – auf 81.459 im Jahr 1990 angestiegen ist, gab es bei den strafbaren Handlungen gegen fremdes Vermögen allerdings eine Steigerung von 9,5 Prozent von 292.792 auf 320.596 – wiederum eine Durchschnittszahl.

Die Aufklärungsquoten stellen sich bei den strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben sowie gegen die Sittlichkeit mit 92,3 und 66,7 Prozent sogar leicht sinkend dar.

Diese Zahlen geben Anlaß zu verständlicher Sorge. Und hier ist im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung auch rasch zu handeln.

Ich bin daher der Auffassung, daß alle Pläne, die nur auf die Schließung von Gendarmerieposten hinauslaufen, wirklich abzulehnen sind, aus Überzeugung abzulehnen sind.

Die Gendarmerie, aber auch die Polizei stehen unter dem Druck ansteigender Belastungen – das ist nicht zu bestreiten – und ansteigender Anforderungen, und da kann schließlich und endlich nur die Verstärkung des Personals wirklich Abhilfe schaffen.

Ich habe mich in dieser Angelegenheit – ich sage auch das – mehrfach mündlich und schriftlich an den Bundesminister für Inneres gewandt und auch mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Schließungspläne sowie die mangelhafte personelle Ausstattung der Gendarmerie dem wirklich berechtigten Schutzbedürfnis der steirischen Bevölkerung eklatant widersprechen.

Dennoch hat das Bundesministerium für Inneres am 11. Jänner 1991 einen Erlaß über das „Dienststellenstrukturkonzept 1991“ herausgegeben, worin das Landesgendarmeriekommando beauftragt wurde, in allen Bezirken Altersgruppen einzusetzen, die in alphabetischer Reihenfolge alle jene Gendarmerieposten zu erfassen hätten, die für eine Zusammenlegung in Frage kämen.

Auf Grund dieses Erlasses und der dadurch ausgelösten schärfsten Proteste der betroffenen steirischen Gemeinden habe ich den Herrn Innenminister nochmals mit Schreiben vom 1. Februar 1991 mit aller Eindringlichkeit ersucht, von der beabsichtigten Schließung steirischer Gendarmerieposten in dieser äußerst sensiblen politischen Situation, vor allem auch unseres südlichen Nachbarn, abzusehen. Der Herr Innenminister Dr. Löschnak hat mir in seinem Antwortschreiben lediglich mitgeteilt, daß dieses Strukturkonzept auch in der Steiermark umgesetzt werde.

Ich füge ausdrücklich hinzu: Wir haben rechtlich auch keinerlei Möglichkeit, gegen ein solches Vorgehen des Innenministers vorzugehen – was manche nämlich glauben, guten Glaubens auch sagen, wie ich immer wieder erfahre. Es ist das bitte überhaupt keine Frage, daß das ein Schreiben des Herrn Innenministers ist, und ich habe einen einstimmigen Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 8. April initiiert, mit dem ich den Innenminister neuerlich aufgefordert habe, diesen Dienststellenstrukturerauß zurückzunehmen – ist ein einstimmiger Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung. Und ich habe gleichzeitig vorgeschlagen, Verhandlungen mit der Steiermärkischen Landesregierung und den betroffenen Gemeinden aufzunehmen, um so gemeinsam zu einer besseren Struktur für die Gendarmerie zu kommen. Bis heute haben wir keinerlei positives Echo auf diesen Vorschlag. Es wird allerdings in den nächsten Tagen ein Gespräch mit dem Herrn Innenminister und mir stattfinden, und ich werde sehen, ob da inzwischen ein Umdenken erfolgt ist. Ich habe daher – das sage ich noch einmal – ausdrücklich Wert darauf gelegt, daß in einem Dialog dafür Sorge getragen wird, daß die berechtigten Planpostenwünsche des Landesgendarmeriekommandos auch erfüllt werden.

Auf Grund eines weiteren in diesen Angelegenheiten gefaßten Regierungsbeschlusses von gestern übr-

gens habe ich neuerdings einen Protestbrief an den Herrn Innenminister gerichtet – wiederum ein einstimmiger Regierungsbeschluß –, worin er abermals aufgefordert wird, in Entsprechung der Sicherheitsbedürfnisse der steirischen Bevölkerung die Zusperrpläne für Gendarmerieposten aufzugeben und die notwendige Personalaufstockung bei der steirischen Exekutive zu veranlassen.

Meine verehrten Damen und Herren des Landtages, wie ich bereits ausgeführt habe, fallen alle diese wichtigen Fragen, betreffend die Situation der Zollwache und der Gendarmerie in der Steiermark, in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes und der zuständigen Ministerien.

Wir haben daher unsere Forderungen und Standpunkte den zuständigen Zentralstellen gegenüber immer wieder sehr klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, und wir werden unsere Haltung auch weiterhin konsequent im Interesse der Sicherheit unserer Landsleute vertreten.

Ich möchte an dieser Stelle abschließend betonen, daß es mir auch ein dringendes Bedürfnis ist, den berechtigten Interessen unseres Landes, welche in dieser Frage im Landtag erfreulicherweise in parteiübergreifender Weise vertreten werden, durch rasche und geeignete Maßnahmen seitens der hierfür verantwortlichen Stellen des Bundes Rechnung zu tragen. Und es ist mir auch ein Anliegen, gerade in dieser Einheitlichkeit der Auffassung, unseren Respekt gegenüber der Zollwache und der Polizei und der Gendarmerie in einem tatsächlich sehr schwierigen Dienst zum Ausdruck zu bringen. Es wird das oft genug in Zweifel gezogen. Und es gibt da und dort Ausnahmefälle, die absolut nicht dazu berechtigen, sozusagen einen Schluß auf das Ganze zu ziehen. Die Regel bestätigt in Wahrheit, daß das Ausnahmen sind, und das möchte ich also im Zusammenhang mit dieser dringlichen Anfrage auch ausdrücklich festgestellt haben. (Beifall bei der ÖVP. – 17.10 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der Abgeordneten Kammlander, Zellnig, Kohlhammer, Gennaro, Schrittwieser, Trampusch, Vollmann, Minder, Günther Ofner, Franz Ofner, Kanape und Günther Prutsch an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die verfassungsrechtlichen Probleme, die mit einem Vertragsabschluß für die Schaffung des europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) verbunden sind, und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Rupp.

Abg. Dr. Rupp (17.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir auch hier die Darlegung einiger grundsätzlicher Gedanken zum Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere natürlich aus der Sicht der Wirtschaft, aber auch aus der Sicht als Sozialpartner.

Der EWR ist für uns Wirtschaftsvertreter kein Beitrittsersatz – das soll an die Spitze gestellt werden –, sondern nur ein Schritt am Wege zum EG-Beitritt. Zu groß sind für uns die Unterschiede zwischen EWR und

Beitritt, als daß wir uns mit diesem ersteren zufrieden geben könnten.

Wenn man diese grundsätzlichen Tatsachen im Auge hat, bietet der EWR trotzdem zwei große Vorteile. Warum?

Er stellt eine ganz interessante Teilintegration durch die Herstellung der Kapitalverkehrsfreiheit, durch die Dienstleistungsfreiheit und die Freiheit des Personenverkehrs dar, wobei unter letzterem freie Bewegung und Niederlassung der Selbständigen und aller Unselbständigen zu verstehen ist. Auch die Warenverkehrsfreiheit wird durch die gegenseitige Anerkennung der Normen und technischen Vorschriften sowie der Prüfungszeugnisse substantiell verbessert. Wir wissen auch, daß die europäische Forschung und Erziehung viel stärker als bisher miteingebunden werden.

Dies wird zwar trotz Schulklausel und Übergangszeiten zweifellos verstärkte Konkurrenz am Inlandsmarkt bedeuten – da dürfen wir uns auch nichts vormachen –, vor allen Dingen aber neue Chancen im großen europäischen Markt. Durch diese Exportmöglichkeiten, aber auch durch Anpassungen am Inlandsmarkt, die auch das Kartellrecht und alle Subventionen umfassen und die zweifelsohne auch schmerzlich sein können, wird die österreichische Wirtschaft der Integrationsreife einen bedeutenden Schritt näherkommen. All dies ist im Zusammenhang mit dem angestrebten Beitritt von größter Bedeutung.

Meine Damen und Herren, es soll aber auch ausgesprochen werden, der EWR hat auch einen sehr beträchtlichen Nachteil: Obwohl der Verhandlungsverlauf der EFTA Verbesserungen brachte, wird es eine echte Mitsprache der EFTA-Staaten bei der Gestaltung künftiger Regelungen nicht in dem Umfang geben. Die EFTA wird im Vorfeld von EG-Entscheidungen allerdings in konsultativer Form Ideen einbringen können. Wichtig für uns ist aber, daß durch den Beitritt zum EWR der EG-Beitritt nicht verzögert wird. Nun die Fragestellung: Ist diese Gefahr wirklich gegeben? Es geht hier nicht um die Frage, zu welchem genauen Zeitpunkt wir der EG beitreten. Die eigentliche Frage ist, ob bei einem österreichischen Alleingang durch Nichtteilnahme am EWR der Beitritt beschleunigt werden kann. Es gibt nach jetzigem Zeitpunkt keine Anzeichen von der EG-Seite, daß dies der Fall wäre. Wohl aber befürchten wir, daß die EG eine Verweigerung unsererseits als Beitrittsverweigerung bei der EG, wenn wir jetzt nicht dem EWR beitreten, daraus auch nachteilige Schlüsse über unseren eigentlichen Beitrittswillen zieht. Innerösterreichisch, meine Damen und Herren, hat die Kampagne der reinen EG-Beitrittsanhänger gegen den EWR etwas ganz Zwiespältiges an sich. Gestärkt wird durch diese Kampagne offenbar nicht die Beitrittsgesinnung, sondern, wie die letzten Umfrageergebnisse ganz genau aufzeigen, die Front der Beitrittsgegner. Sie lehnen den EWR aber nicht deswegen ab, weil es zu wenig, sondern weil er nach ihrem Geschmack zuviel Integration bedeutet. Die Hoffnung, eine Ablehnung des EWR würde sich als ein neuer Schub für den Beitritt erweisen, dürfte aber wirklich trügerisch sein. Man muß sich auch die Frage stellen: Besteht nicht die Gefahr, daß nach Verwirklichung des EWR das eigentliche Ziel des EG-Beitritts in Vergessenheit gerät? Innerösterreichisch gesehen ist diese Gefahr wieder nicht ganz auszuschließen, weil es

offenkundig Beitrittsanhänger gibt, die nur Lippenbekenntnisse ablegen. Wenn sie dies aus protektionistischen Gründen tun, dann sollte der weitere Integrationsprozess EWR die Furcht vor einem freien Europamarkt abbauen helfen. Vor allen Dingen aber ist der EWR, wie schon erwähnt, keineswegs eine so perfekte Lösung, wie es sich manche vorstellen, daß der Verzicht auf einen Beitritt mit dem EWR-Argument glaubhaft vertreten werden kann.

Nun auch noch zwei Fragen, die uns als Bundesländer stark bewegen. Einerseits das Thema „Grund und Boden“. Was Grund und Boden betrifft, da wird ja nicht die Aufgabe nationaler Flächenwidmungspläne verlangt, sondern nur eine Nichtdiskriminierung zwischen österreichischen und EG-beziehungsweise EFTA-Kaufwerbern. Dieser Situation kann mit innerösterreichischen Maßnahmen in einer Form Rechnung getragen werden, die die regionalen und lokalen Gesichtspunkte voll berücksichtigen. Hier sind bei Beschränkungen durchaus EG-konforme Lösungen möglich, wie wir das auch heute schon gehört haben, wie es Beispiele gibt in Dänemark, aber auch in Südtirol. Es ist dort auch nicht die Gefahr der befürchteten Auswirkungen eingetreten, nämlich Zersiedelung, starker Anstieg der Preise und so weiter. Wer aber könnte jetzt wirklich verstehen, daß ein ausländischer Arbeitnehmer, der in einem österreichischen beziehungsweise in einem steirischen Betrieb arbeitet und auch Familie hat, keine Eigentumswohnung oder kein Haus besitzen dürfen soll – zum Unterschied von einem Wiener mit einer Zweitwohnung beispielsweise im Burgenland? Andererseits wurde heute schon auf die Umwelt eingegangen, insbesondere diese höheren Umweltschutzstandards. Diese Standards gibt es übrigens je nach Gegenstand sowohl in EG-Ländern als auch in Österreich, und die werden auch weitestgehend beibehalten. Bei den anlagenbezogenen Vorschriften, hier muß man unterscheiden zwischen anlagenbezogenen Vorschriften und produktbezogenen Vorschriften. Bei anlagenbezogenen Vorschriften ist das überhaupt keine Frage. Bei den produktbezogenen Vorschriften gilt aber, daß im Zweifel das Prinzip des freien Warenverkehrs nicht beeinträchtigt werden darf. Mehrere Urteile des Europäischen Gerichtshofes und auch neue EG-Richtlinien zeigen schon jetzt, daß sich die EG durchaus von einer Wirtschafts- zu einer Umwelt- und Sozialgemeinschaft weiterentwickelt hat. Bei den Anlagen legt die EG lediglich Maßnahmen fest, die zum Teil weniger streng, zum Teil aber sogar noch strenger sind als die derzeitigen österreichischen Standards. Jedes Land kann aber selbstverständlich in seinem Bereich strengere Normen beibehalten oder auch neue einführen. Nochmals zu den produktbezogenen Vorschriften, die über die EG-Normen hinausgehen. Sie kollidieren zwar grundsätzlich mit dem Prinzip des freien Warenverkehrs, werden diesem aber – wie die Rechtsprechung, die ich schon erwähnt habe, aufzeigt – in begründeten Fällen durchaus übergeordnet. Da gibt es auch schon Beispiele, wie zum Beispiel das Einweggebindeverbot, die Anerkennung dieses Einweggebindeverbotes in Dänemark. Natürlich gibt es in den Verhandlungen über den EWR auch noch eine Reihe offener Fragen, auch denen sollte man sich widmen. Als Beispiel sei der Landwirtschaftssektor erwähnt, es wird ein Kollege sich heute auch zu Wort melden, wo wir auch für den österreichi-

schen landwirtschaftlichen Export Konzessionen wünschen. Auch soll – und das haben wir auch bereits gehört – die so entscheidende Transitfrage noch vor Schaffung des EWR gelöst werden. Meine Damen und Herren, ein endgültiges Urteil aber über diesen EWR wird also wohl erst nach Abschluß aller Verhandlungen, die voraussichtlich Ende Juni beendet sein werden, möglich sein. Eine Fragestellung wieder: Was sagen wir in unserem Bereich, was sagen die Sozialpartner schon jetzt dazu?

Es kann aus dieser Stellungnahme etwas zitiert werden. Die Sozialpartner unterstützen die Bestrebungen zur Schaffung des die EG- und die EFTA Staaten umfassenden EWR, auch wenn dieser keine Alternative für einen Beitritt darstellen soll. Das ist also klar. Es wird Phasen der Anpassung geben. In der Phase der kurz- und mittelfristigen Anpassung wird es zwangsläufig sehr große Chancen geben, aber natürlich auch wie überall, wo es Chancen gibt, Risiken eintreten können. Die langfristigen Effekte werden aber zweifellos ganz groß, großteils positiv für uns sein. Mit Anpassungserfordernissen werden Branchen dann umso stärker konfrontiert werden, je mehr diese im geschützten Bereich tätig waren. Es ist sicher ein problematischer Bereich, aber wir kommen daran nicht vorbei. Hiefür sind rechtzeitig gezielt wirtschafts-, sozial- und regionalpolitische Maßnahmen erforderlich. Strukturveränderungen müssen aber jedenfalls bereits jetzt begonnen werden, denn der Anpassungs- und Liberalisierungsdruck ergibt sich nicht nur aus dem Binnenmarkt, es wäre auch falsch, nur das zu sehen, sondern auch aus der weltweiten Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs.

Meine Damen und Herren, nun noch ein Wort zu diesem Mitte Mai stattgefundenen EG- und EFTA-Ministertreffen. Bei der EG-EFTA-Ministerkonferenz wurde zwischen den Verhandlungspartnern weitgehend Einigung über eine gemeinsame Deklaration, betreffend den angestrebten Vertrag zur Schaffung dieses EWR, erzielt. Der dort erreichte Kompromiß bedeutet einen ganz wichtigen politischen Durchbruch. Er bildet eine tragfähige Basis für weitere intensive Verhandlungen zwischen der EFTA und den EG-Vertretern. Damit sind auch unsere Chancen gestiegen, bei der nächsten Ministertagung am 25. Juni des Jahres diesen EWR-Vertrag tatsächlich paraphieren zu können. Als wichtigste Bereiche, bei denen eine Einigung erreicht wurde, wären zu nennen:

Weitestgehender Abbau der technischen Handelshemmnisse bei Normen und technischen Vorschriften. Gegenseitige Anerkennung von Prüfanstalten und Prüfzertifikaten. Auch das ist ein Bereich, den wir uns immer schon gewünscht haben. Bei Stahl und Energie, vor allem im letzteren Bereich nur zum Teil, die werden in das Abkommen inkludiert. Zwischen Österreich und der Gemeinschaft werden bilaterale Gespräche über gegenseitige Konzessionen im Landwirtschaftsbereich aufgenommen beziehungsweise noch weitergeführt. Die Transitverhandlungen Österreichs und vor allem auch der Schweiz mit der Gemeinschaft bleiben aus diesen EWR-Verhandlungen ausgeklammert. Weitgehende Übereinstimmung bei den sogenannten – das ist ein grausliches technisches Wort – „flankierenden Politiken“, das heißt also, in den Be-

reichen Forschung und Entwicklung, Erziehung und Berufsausbildung, Gesellschaftsrecht, bei Klein- und Mittelbetrieben, dem Bereich des Tourismus, Sozial-, Umwelt- und Konsumentenschutzpolitik. Auch hier werden zum Teil Übergangsregelungen zum Tragen kommen.

Den harten politischen Kern der EWR-Verhandlungen bildeten aber die rechtlichen und institutionellen Fragen. Strittig waren vor allem die Durchführung und Überwachung des EWR-Rechtes sowie die Beteiligung der EFTA-Staaten bei der Entwicklung des künftigen EWR-Rechtes.

Was sieht nun, meine Damen und Herren, diese gemeinsame Ministererklärung hiezu vor?

Es wird also eine Anwendung einer generellen Schutzklausel geben. Den EFTA-Staaten wird im Rahmen der EG-Kommission auf Expertenebene die Möglichkeit der durchgehenden Information und Konsultation eingeräumt.

Auf Ministerebene soll ein EWR-Rat installiert werden, um die politischen Richtlinien des EWR festzulegen.

Eine unabhängige EFTA-Struktur zur Überwachung der Einhaltung des EWR-Wettbewerbsrechtes im Rahmen der EFTA wird geschaffen. In der EG selbst nimmt die Kommission diese Aufgabe wahr.

Weiters wird ein unabhängiger EWR-Gerichtshof geschaffen, der funktionell im Europäischen Gerichtshof integriert ist.

Eine Wortmeldung der Frau Kollegin Kammlander veranlaßt mich, auch dazu etwas zu sagen: Dieses individuelle Opting Out, das heißt also die Nichtteilnahme an einer gemeinsamen EWR-Maßnahme durch ein einzelnes EFTA-Land, wird es generell nicht geben, wohl aber eine derartige Nichtteilnahme eines Landes mit Zustimmung zweier Vertragspartner.

Es gibt aber noch einige offene Problembereiche, die möglichst rasch in Verhandlungen zu lösen sein werden. Dazu zählen:

Der Wunsch der EG nach einseitigen Konzessionen der EFTA-Staaten für eine Reihe landwirtschaftlicher Produkte aus schwächer entwickelten Regionen der EG. Das ist die sogenannte, wie man in der Zeitung diesen Ausdruck immer liest, Kohäsionsliste.

Dann gibt es also noch Details über die Errichtung eines Fonds der EFTA-Staaten zugunsten ärmerer EFTA-Länder zu lösen. Das wären dann der sogenannte Kohäsionsfonds.

Und zum Thema „Fisch“ haben Sie immer wieder auch diese offene Frage gehört: Der Zugang für isländischen und norwegischen Fisch zu den EG-Märkten, gekoppelt mit dem beschränkten Zugang für EG-Fischer zu isländischen und norwegischen Fischfanggründen. Vielleicht ein Bereich, der uns weniger interessiert.

Freizügigkeit der Arbeitskräfte: Probleme der Schweiz und Liechtensteins hinsichtlich der Dauer von Übergangsmaßnahmen sind als offene Fragen zu betrachten.

Gegenseitige Konzession für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte.

Meine Damen und Herren, um bis Ende Juni doch noch zu einem inhaltlichen Abschluß zu kommen,

müssen die Verhandlungen noch weiter und stärker intensiviert werden.

Kurz eine Anmerkung zu dieser immer wieder, gerade von seiten der Grünen vorgetragenen Frage der Volksabstimmung. Wir sollten uns, glaube ich, viel mehr der eigentlichen Aufgabe einer repräsentativen Demokratie besinnen. Wir sind ja selbst aufgerufen, für das Volk Entscheidungen zu treffen, und nicht umgekehrt dort, wo wir bei Entscheidungen ringen, an das Volk heranzutreten und uns die Entscheidung sozusagen abnehmen zu lassen. Das hat also überhaupt nichts mit Mitsprache zu tun, denn wir müssen realistisch bleiben. Diese Fachtermini, die es in diesem Bereich in dem Zusammenhang gibt, sind eben nur auf Expertenebene auch zu lösen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren: Es wäre zwar für uns keine Katastrophe, aber doch eine ganz verpaßte Chance für Österreich, würden die Verhandlungen über die Gründung des Europäischen Wirtschaftsraumes scheitern. Ein meiner Meinung nach noch engeres Zusammenrücken der Märkte im neuen Europa würde nämlich auch für die österreichischen Unternehmer und für die Arbeitnehmer und damit für uns alle neue Möglichkeiten erschließen, und diese neuen Möglichkeiten brauchen wir ganz sicher. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.26 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (17.26 Uhr): Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren!

Ich will der Sicherheitsdebatte nicht vorgreifen, ich meine nur als Einleitung, daß es in einem politisch vereinten Europa sich so manche Spannung, die sich angedeutet hat und die möglicherweise noch viel dramatischer ausbrechen wird, eher in den Griff bekommen lassen wird als bei den jetzigen Ländergrenzen. Und nicht nur deshalb, meine verehrten Damen und Herren, stelle ich, genauso wie der Herr Kollege Rupp, nur weniger wortreich, voran: Wir wollen nach Europa, und zwar am schnellsten Wege. Und es ist lediglich die Frage, ob der EWR – und das ist auch der Ansatzpunkt des Kollegen Rupp gewesen – diesen Weg nach Europa schneller oder langsamer vorantreibt. Und diese Auseinandersetzung, die es früher zwischen der Kollegin Kammlander und dem Landeshauptmann gegeben hat, wie der Unterschied zwischen der Paraphierung und der Ratifizierung eines Vertrages ist, scheint ein semantisches Problem zu sein, ein semantisches Problem von ihr aus gesehen. Sie meint nämlich, man soll gar nicht zu parifizieren anfangen, wenn man es dann nicht akzeptieren will. Tatsache ist meiner Auffassung nach, daß der Unterschied in den Meinungen der ist, daß auch wir der Meinung sind, daß eine Bundesregierung fairerweise, auch wenn sie es nicht muß, ihre parlamentarischen Gremien auch während der Verhandlungen ausführlicher informieren muß, als diese Bundesregierung es getan hat, um damit natürlich ein stärkeres Mittragen des Parlaments für diese Verhandlungen erwarten zu können. Und in Wahrheit denken ja alle gleich. Auch wenn sie nicht kompetent sind, es aber ein Problem betrifft, das sie interessiert, verlangen sie von dem, der

kompetent ist, daß er vorher mit ihnen redet, auch wenn er es nicht muß. Entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann, wenn ich Ihre Antwort im Zusammenhang mit den Dienststellen der Gendarmerie noch in Erinnerung habe: Das ist genau dasselbe. Das geht die Landesregierung in Wahrheit nichts an, aber trotzdem verlangt sie zu Recht, daß man mit ihr vorher redet, bevor man sich entscheidet. Daher, Herr Landeshauptmann, verlangen natürlich auch wir und das Parlament und diejenigen, die in den Verhandlungen nicht drinnen sind, mit Fug und Recht, daß man zuerst die Dinge auf den Tisch legt, bevor man sie abgeschlossen hat, und dann erst weiterredet. Und das ist die Auseinandersetzung, um die es geht. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege Rader, ein Zwischenruf. Es hat eine ausführliche Debatte im Wiener Parlament zu diesem Thema gegeben. Sie können also nicht sagen, daß das Parlament nicht informiert worden wäre. Ich kann mich ganz genau erinnern, weil ich in Erinnerung habe, das am Abend in der zweiten „Zeit im Bild“ gesehen zu haben, wie dort argumentiert wurde – auch von der Opposition. Also, es hat ganz sicherlich ein solcher Prozeß stattgefunden.“) Ich habe die Unterlagen gelesen, Herr Landeshauptmann, und zwar alle, die den Abgeordneten des Parlamentes im Zusammenhang mit dem EWR, zum Teil auch unübersetzt und im Original, zugekommen sind. Entschuldigen Sie, auch wenn ich mich an die Parlamentsdebatte erinnere, auch dort haben alle in Wahrheit mitgeteilt, daß sie noch nicht sagen können, wie es sein wird. Das ist die nüchterne Situation. Übrigens auch genau dieselbe Situation wie bei den Gendarmeriedienststellen, weil da sagen auch alle, daß noch kein Mensch weiß, wie es sein wird. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie können nicht etwas erzählen, was nicht stimmt!“) Na, selbstverständlich. Ich habe die Unterlagen bitte wirklich gelesen, die den Parlamentsabgeordneten zugekommen sind, und ich hätte dort genauso argumentiert und gesagt: „Das reicht auf keinen Fall, was im Moment vorliegt.“ Daher ist ja auch der Zusammenhang der Frage, ob man für oder gegen den EWR ist, ja lediglich eine Frage: Ist er das Wartezimmer oder – wie mein verehrter Herr Bundesobmann zu formulieren pflegt – das Besenkammerl?

Man kann für beides argumentieren. Ich bin der Meinung, daß man manchmal halt nur über das Wartezimmer in eine Ordination gelangt, manche allerdings finden einen Umweg. Tatsache ich allerdings eines: Auch wenn es dazu kommt – und da gibt es ja die unterschiedlichsten Informationen –, daß man zu diesem EWR-Vertrag nicht ja sagen sollte, muß man unabhängig davon untersuchen, wie man direkt mit der EG verhandelt. Und da gibt es ja folgende Situation: Sie wissen, daß es hier einen Entschließungsantrag, der sehr viel von dem beinhaltet, was Sie versucht haben anzudeuten, zu Verhandlungen gibt, und ich habe gebeten, als Voraussetzung, daß man mit diesem Entschließungsantrag mitgehen kann, auch zu verankern, daß die Republik natürlich anstreben muß, unabhängig davon, wie sich der EWR entwickelt – wir tun ja so, als ob er von Österreich abhängt; wir sind die kleinsten Pimpelhuber in diesem Zusammenhang, wenn auch im Augenblick gerade in der Vorsitzendätigkeit der EFTA –, Direktverhandlungen mit der EG zu führen. Unabhängig von der Entwicklung des EWR-Vertrages, egal, was daraus wird. Ich höre gerade

früher – wir sind im Gespräch unterbrochen worden, weil ich zu Wort gerufen worden bin –, daß das ein Widersprechen der derzeitigen politischen Linie der Bundesregierung wäre. Das, meine Damen und Herren, ist für uns der Knackpunkt, wo wir sagen: Wenn wir uns jetzt nur auf den EWR konzentrieren und dabei die Meinung haben, wir sollten andere Bestrebungen, direkt bei der EG einzumarschieren, einstweilen zurückstellen, dann ist das eine Haltung, die wir nicht unterstützen können. Wenngleich man durchaus der Meinung sein kann, wenn man mit dem EWR nicht mitgeht, kann das eine Verärgerung hervorrufen, die dazu führt, daß man dann schlußendlich auch nicht in die EG kommt.

Wie auch immer. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege Rader, ich darf Ihnen einige Informationen geben. Es ist nicht der Bruch eines Staatsgeheimnisses, aber alle EG-Staaten, die an unserem Beitritt wirklich interessiert sind, von denen wir das wissen und die das auch öffentlich immer wieder bekennen, haben uns sehr geraten, in den EWR hineinzugehen, weil das auch für sie eine *Conditio sine qua non* ist. Sie haben ganz recht mit Ihrem Vergleich, den Sie anziehen, das ist ein sehr plastischer Vergleich: Besenkammerl und Vorzimmer. Es ist ja die Frage nicht von uns letztendlich zu beantworten, ob das ein Warteraum ist, wo wir ‚Warten auf Godot‘ spielen, oder ob das ein Warteraum ist, der tatsächlich in die EG führt. Nur, nach allem, was man seriöserweise erkunden kann – da war der Bundeskanzler unterwegs, da war der Vizekanzler unterwegs, da war der Außenminister unterwegs –, ist allen gesagt worden: Bitte schön, akzeptiert diese Position! Ob es tatsächlich dazu kommt – da haben Sie auch wieder recht –, hängt nicht nur von uns ab. Das wird sich am Dienstag vor allem in Luxemburg zeigen. Die Schweizer haben interessanterweise ihre Position wieder total geändert, sind wieder ganz auf pro – weil Sie die Antihaltung der Schweizer zitiert haben. Das stimmt überhaupt nicht. Die neueste Meldung der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘ – ich habe es rot unterstrichen: *Notwendig!*“ – Abg. Kammlander: „Die Mehrwertsteuer nehmen sie nicht an!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist wieder etwas anderes. Vertretbar und notwendig, sagt der Chefverhandler. Aber ich wollte Sie nicht unterbrechen, sondern nur, weil Sie das Thema angesprochen haben!“) Ich sehe das schon, nur, die Frage ist, natürlich ist es nicht so in der EG, und da haben wir vermutlich dieselbe Einschätzung, daß dort alle warten und sagen, wann kommt endlich Österreich? Wir müssen alles machen, nur damit endlich Österreich zu uns kommt. Und natürlich ist es die offizielle Politik der EG, einmal den EWR sichergestellt zu haben und dann einmal in Ruhe schauen zu können, wie die Frage der EG weiter ausgebaut wird. Und es muß zulässig sein, auch bei allen Signalen, die es vorweg gibt, dann muß es natürlich zulässig sein zu sagen, moment, um Himmels willen, vielleicht kann es einen Weg geben, der sagt, ich lasse mich dort drinnen nicht ruhigstellen. Und es gibt auch sehr Prominente, die durchaus auch der Meinung sind, daß der EWR dazu führen wird, daß einmal eine Gruppe von Staaten ruhiggestellt ist und der erste Druckansturm auf die EG nachgelassen hat, weil es ja nicht so ist, daß sie unbedingt warten, sondern eher, es so ist, daß sie meiner Ansicht nach vertiefen wollen, und nicht unbedingt verbreitern.

So, und in dem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren, ein Wort zur auch immer wieder herumgeisternden Frage der Volksabstimmung über diese Frage. Meine verehrten Damen und Herren, nach den Ergebnissen der Volksabstimmung in Wien, über die wir als Partei jubeln können, weil wir sie initiiert haben, aber auch weiterdenken dürfen, bin ich der Überzeugung, daß wir im Augenblick einen Trend haben, der eine Volksabstimmung über eine Thematik wie den EWR auf jeden Fall zu einem negativen Votum führen würde. Ganz einfach deshalb, weil die Angst vor dem großen Raum, die ja natürlich auch bewußt nicht zuletzt etwa durch Diskussionen, wie in diesem Sicherheitsbereich in der nachfolgenden dringenden Anfrage, die Angst vor dem großen Raum und der Unsicherheit, die auf einen zukommt, natürlich gegeben ist. Und es werden natürlich diejenigen, die eine Volksabstimmung anstreben und in Gang setzen, ein Interesse haben müssen, diese Volksabstimmung auch zu gewinnen, zu einem Ergebnis zu führen, das wahrscheinlich nicht nur optimal positiv und Wonne und Griefschmarrn ist. Ich befürchte, sollte es zu einer solchen Abstimmung kommen, dann würde das natürlich alle Argumente, die in diesem Zusammenhang vorgebracht werden, eins zu eins und nahtlos als Argumente gegen die EG verwendet werden. Und daher meine ich, daß, wenn man am Ziel festhält, in die EG zu wollen, diesen Weg möglichst unkompliziert und möglichst direkt zu gehen, man auch bei allen Diskussionen und Möglichkeiten einer solchen Volksabstimmung sie nicht machen darf, wenn man das Ziel verfolgt, außer man tut nur so und verfolgt es nicht wirklich. Meine verehrten Damen und Herren! Natürlich gibt es auch einige Voraussetzungen, die man auf diesem Weg schaffen muß. Nur, als wir alle, beginnend mit meinen politischen Vorfahren 1955 und immer mehr und immer dichter und immer breiter und nunmehr wirklich alle formuliert haben, daß wir in diese EG wollen, haben wir auch gewußt, daß es in diesen und jenen Bereichen natürlich irrsinnige Schwierigkeiten geben muß und auch geben wird; die jetzt langsam immer wieder breiter aufbrechen, immer konkreter werden. Der Teufel steckt ja bekanntlich immer im Detail, und wenn das Detail deutlicher wird, dann beginnt man auch die Schwierigkeiten deutlicher zu sehen. Ich glaube, daß es da ganz einfach staatspolitisch notwendig ist, bei allen Notwendigkeiten der Regelung verschiedener Detailfragen, daß alle in diese Richtung gemeinsam gehen, daß alle versuchen, die Schwierigkeiten, die kommen, zu beseitigen und nicht zu potenzieren, daß alle versuchen, die Steine aus dem Weg zu räumen und nicht neue Steine aufzubauen. Und aus diesem Grunde, meine verehrten Damen und Herren, dürfen wir den Weg nach Europa nicht gefährden. Anders ist es allerdings, daß wir uns überlegen müssen, wie wir uns in diesem Europa dann tatsächlich behaupten können. Und da ist die Föderalismusdebatte, die losgetreten worden ist, von höchster Dringlichkeit und Priorität. Nur, meine ich zum Unterschied zur Landeshauptmännerkonferenz und vielen anderen Papieren, die es gibt, was wir brauchen, ist eine neue Identifikation mit unserem Staat durch die Bürger, und zwar eine viel stärkere. Diese neue Identifikation wird ganz sicher dadurch nicht entstehen, daß die Herren Landeshauptleute mit den Herren Bundesministern und dem Herrn Bundeskanzler hin-

und herziehen, wer welche Aufgabe wie behandeln darf und das Geld dafür bekommt, weil das den Leuten völlig wurscht ist. Was wir brauchen, ist eine völlige Entschlackung der Kompetenzen überhaupt. Was wir brauchen, ist eine Überlegung, was wir an öffentlichen Kompetenzen überhaupt aufrechterhalten müssen. Diese Diskussion kann weder auf der Ebene der Landeshauptmännerkonferenz beginnen noch bei irgendeinem Föderalismusminister, auch in keinem Landtag. Diese Diskussion muß in der Gemeinde beginnen. Wenn wir dort die Bürger dazu bringen nachzudenken, was sie eigentlich an öffentlichen Aufgaben oder was auch für Aufgaben wirklich öffentlich sind, was sie sich eigentlich behalten sollten, was sie überhaupt weitergeben können. Ich bin ja sowieso der Meinung, daß die Gemeinden über kurz oder lang unfinanzierbar sein werden und wir sowieso wieder darauf zurückgreifen müssen, daß bestimmte Dinge die Bürger selbst machen. Das werden sie übrigens nur dann tun, wenn die Gemeindeeinheiten klein genug sind, daß sie sich wirklich identifizieren können. Dort müssen wir mit einem Neuaufbau, mit einem völlig neuen Durchdenken der Kompetenzverteilungen beginnen.

Ich bin der Überzeugung, daß damit viele Dinge auf viel tieferen Ebenen behalten werden können, als das derzeit der Fall ist, zum Beispiel viele Landeskompetenzen auf der Ebene von Gemeindeverbänden. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Und wenn ich dann den nächsten Schritt mache, dann kann ich viele Kompetenzen, die derzeit in einer Zentralregierung geregelt werden, herunternehmen und bei den Ländern behalten. Das bringt aber gleichzeitig eine neue Identifikation der Bürger mit dem Land, weil sie wissen, wer was warum tut. Und in dem Zusammenhang würde ich dafür plädieren, daß man gleichzeitig auch jedem für seine Aufgabenstellung der Steuerfindung, oder wenn Sie wollen Steuerfindungsrecht oder besser gesagt die Steuerfindungspflicht gibt. Weil, wenn derjenige für seine Geschenke, die er verteilt, auch das Geld besorgen muß und den Leuten vorher das Geld abknöpfeln muß, werden wahrscheinlich viele Blötheiten – verzeihen Sie mir dieses Wort – unterbleiben, die in der politischen Diskussion in den vergangenen Jahren gewesen sind. Das ist der Ansatzpunkt der Föderalismusdiskussion, die wir brauchen, und nicht ein Tauziehen zwischen Landeshauptleuten und einer Bundesregierung, das weder unter Applaus noch sonst was, sondern unter völliger Ignorierung durch die Bevölkerung vor sich geht. Das sehe ich. Und dann in dem Zusammenhang, weil das der Herr Landeshauptmann auch angeschnitten hat, wir müssen den Einfluß der Länder auf die Bundespolitik, auf die Bundesentscheidungen entscheidend stärken. Und alle Modelle, die ich bis jetzt in dieser Richtung gesehen habe, habe ich eigentlich noch nicht für optimal erachtet. Meine Überlegung ist eine ganz simple, weil immer diskutiert wird, wie bringe ich denn die Bundesräte dazu, daß sie sich an das halten, was hier im Land geredet wird. Da hat es schon Modelle gegeben, daß man sie bindet, ihr Abstimmungs-votum bindet, denn irgendwelche Beschlüsse der Landesregierung oder des Landtages, das ist in Wahrheit ja alles mit dem freien Mandat nicht vereinbar und unmöglich. Es gibt eigentlich nur einen Weg, wo ich ganz sicher bin, daß die Bundesräte natürlich das tun, was die Stimmung im Land ist. Man

setzt den Bundesrat künftig nicht mehr aus eigenen Bundesräten zusammen, sondern man setzt sie zusammen aus den Präsidenten der Landtage und weiteren vom Landtag entsendeten Mitgliedern, und zwar aus ihrer Mitte. Wenn du nämlich gleichzeitig Landtagsabgeordneter und Bundesrat bist, dann wirst du im Zweifelsfall in Wien an das denken, was dich zu Hause erwartet, und nicht an das, was dich in Wien erwartet. Und damit können wir uns alle Regelungen sparen, die die Bundesräte quasi an irgendein Votum, an eine Entscheidung der Länder bindet. Abgesehen davon, daß es noch dazu, wenn das für jemanden ein Argument sein sollte, auch eine viel billigere Variante wäre. Und dann, meine Damen und Herren, können wir hier in diesem Hause endlich berechtigt, und nicht unberechtigt, so wie heute – entschuldigen Sie die Anmerkung, wenn ich das sage: Das ist die erste dringliche Anfrage, die die ÖVP-Abgeordneten gemacht haben, wo sogar extra drinnensteht, daß das Land nicht zuständig ist und daher nach der Landesverfassung und der Geschäftsordnung weder aufgerufen noch diskutiert werden sollte. Aber macht ja nichts. Damit hätte man aber den ersten wirklich legitimen Einstieg, daß man sich natürlich in diesem Zusammenhang auch mit all den Entscheidungen des Parlamentes beschäftigen darf, die die Länder berühren. Und wenn wir diesen Einfluß haben, dann spielen wir in diesem Gesamtkonzert Europa wahrscheinlich eine geschlossener Rolle, weil wir unsere eigene Identifikation, unseren eigenen Einfluß auch von den Regionen her beharren wollen.

Ich glaube, daß die Diskussion wichtig war, ich glaube nur, daß über alle Diskussionen über den EWR hinweg niemand das Generalziel aus den Augen verlieren darf, und dieses Generalziel heißt EG, dieses Generalziel heißt Europa. (Beifall bei der FPÖ. – 17.44 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (17.44 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Beantwortung meiner dringlichen Anfrage war sehr aufschlußreich, und zwar deswegen, weil, wenn ich sie nicht in der letzten Landtagssitzung vor dem Sommer gestellt hätte, wir dann das alles nicht erfahren hätten. Ich meine, es wäre natürlich sehr schön gewesen, wir hätten das schon im April gewußt, weil im April war ja der Prozeß noch nicht so weit fortgeschritten. Aber immerhin, in der letzten Sitzung dürfen wir jetzt erfahren, was so alles verhandelt worden ist und wer mit wem sich wo getroffen hat und wie oft.

Für mich ist es auch ein Beweis dafür, also die Information des Landeshauptmannes, wie die Entscheidungsgremien immer dünner werden. Wenn ich mir jetzt anschau, daß der Kärntner Landeshauptmann, der ja eigentlich ein paktierter Landeshauptmann ist – er vertritt ja nicht die Mehrheit der Kärntner und Kärntnerinnen –, auch in dieser Landeshauptleutekonferenz sitzt und selbstverständlich mit einer Stimme im Chor mitsingt, wenn sie so einstimmig sind, also wie schaut denn das überhaupt aus? Also, repräsentative Demokratie ist ja recht schön und gut, aber wie repräsentativ ist denn das jetzt eigentlich, und vor allem, wie sind dann die Mehrheiten, die da zusam-

menkommen? Die Landtage, jedenfalls dieser Steiermärkische Landtag wäre eher ein uninformiertes Gremium geblieben, wenn es nicht zu dieser dringlichen Anfrage gekommen wäre. Wir hätten vielleicht im November einmal erfahren – im September wird gewählt, dann kommt die konstituierende Sitzung im Oktober, im November fangen wir schon an zu ratifizieren. Also, wenn die Paraphierung nicht der entscheidende Punkt ist, sondern die Ratifizierung (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist ein Jahr später!“) Na, bitte, was heißt ein Jahr später? 1992 ist es schon voll im Gange, Herr Kollege. Das wird vorbereitet. Nach der Paraphierung werden die einzelnen – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ende 1992, Frau Kollegin, Beginn 1993!“) Ja, Ende 1992, Anfang 1993 sind wir schon voll dabei – ja. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Hoffentlich!“) Und die Gesetze und die Anpassung an die österreichischen Gesetze, also dieser EG-Normsetzungen, passiert aber inzwischen. Und das Parlament wird sich ab Herbst schon damit zu beschäftigen haben. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es hätte Sie niemand daran gehindert, diese Frage früher an mich zu stellen!“) Ja, ja. Bei diesen Mehrheiten hier im Haus – weiß ich schon. (Abg. Dr. Maitz: „Sie sind uninformiert!“) Herr Kollege, Sie wissen, wie lästig Sie mir sind. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir wissen mehr als du!“) Herr Kollege, ich weiß genau, wie ich im April gesagt habe, ich hätte gerne diese dringliche Anfrage eingebracht, daß der Kollege Hirschmann gesagt hat: „Der EWR kommt eh nicht!“ Er hat über den weiteren Verlauf gar nichts gewußt, und einige der Abgeordneten haben – (Abg. Dr. Maitz: „Das ist wieder ein falsches Zitat!“) Aber, ist ja nicht – (Abg. Dr. Maitz: „Immer falsche Zitate!“) Was Sie als falsch bezeichnen, Herr Kollege! Sie sind nämlich der einzige, der immer falsch redet. (Abg. Dr. Maitz: „Ich werde Beweise bringen!“) Ich weiß, die Lautstärke und die Heftigkeit Ihrer Argumente hat immer etwas damit zu tun, wie bei den Hunden, die am lautesten kläffen, die haben am meisten Angst. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist Ihr Ton, den Sie kritisieren!“) Aber es ist mir wirklich schon lästig, wie der Herr Kollege Maitz mich ununterbrochen sekkiert, und er ist mir wirklich der lästigste aller Abgeordneten. Er muß ein psychisches Problem haben, anders geht das nicht. (Abg. Ing. Stoisser: „Sie müssen nachdenken, warum das so ist!“)

Ich möchte wieder auf die Argumente zurückkommen, welche wir jetzt im Zusammenhang mit der EG und mit dem EWR ununterbrochen zu hören bekommen.

Einerseits: Wir brauchen den Nachvollzug bestehender Internationalisierung. Einverstanden, bin ich ganz dafür! Österreich hat das sicher notwendig. Ich bin auch für supranationale Gegenbewegung in Europa, und zwar auch auf der parlamentarischen Ebene – in erster Linie dort. Ich bin für die Aufwertung des europäischen Parlamentes, daß die Kompetenz und die Entscheidungsrechte verbessert werden. Es ist im Moment so, daß im europäischen Parlament nicht einmal die Stellungnahmen, die sie abgeben, von der EG-Kommission und vom EG-Rat berücksichtigt werden brauchen. Also, wenn das ein Parlament ist, dann weiß ich nicht ...!

Wenn es darum geht, international zu werden, wenn es darum geht, ein echtes Europa mit Entscheidungs-

gremien zu machen, bin ich sofort dabei. Dort sollen die Ziele Europas formuliert werden. Wir brauchen dieses politische Instrumentarium, wir brauchen den Gegenpol zu diesen Wirtschaftsmächten. Wir brauchen auch ein internationales Verantwortungsbewußtsein – bekenne ich mich voll dazu.

Ich weiß, daß der Umgang mit Rohstoffen weltweit neu überdacht werden muß, nicht nur international jetzt auf der Europa-Ebene, sondern wirklich weltweit überdacht werden muß. Ich weiß, daß dieser Lebensstandard, den wir heute haben, nicht weltweit übertragbar ist, weil hier in dieser Welt – in Europa, das Sie ja anscheinend immer nur im Auge haben – so viel verschwendet wird. Mit der dritten Welt müssen wir uns auch einigen, wie es weitergehen soll. Wir müssen internationale, soziale und ökologische Standards festlegen, wir dürfen nicht immer nur den kleinsten gemeinsamen Nenner finden. Österreich braucht eine Modernisierung, mit und ohne EG, mit und ohne EWR, und wo jetzt wirklich? Ich meine, die Kammern verteidigen ihre Strukturen, die Eisenbahnen verteidigen ihre Strukturen. Ich bin derzeit dafür, daß hier Modernisierung Platz greift. Ich bin dafür, daß auch bei der Wirtschaftsförderung solche Produkte gefördert werden, die sozusagen modern sind, und nicht das alte Produkt Auto. Ich bin dafür, daß Österreich auch im gesamteuropäischen Konzert mitsingen soll, aber wenn man jetzt meint, daß Österreich in der EG mehr bewirken kann als außerhalb, dann frage ich mich wirklich, wie das bei diesen Mehrheiten gehen soll. Das ist höchstens eine Minderheitenfeststellung, und der Markt an sich hat bitte kein Organ für Umwelt oder für soziale Standards, der Markt korrigiert sich auch nicht selbst. Der Markt braucht auch andere Organe.

Und wenn es jetzt heißt, Österreich kann die Probleme nicht allein lösen, so stimmt das auch. Aber auch der EWR, bitte, ist keine Schutzmacht für Umwelt, ist keine Schutzmacht für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, ist keine Schutzmacht für Rohstoffe. Also, ob die das besser lösen können, nur weil wir jetzt sieben und zwölf sind, also 19 sind, ist anzuzweifeln. Bis jetzt haben sie hier bei der Problemlösung unserer Zukunft oder unserer ökologischen Probleme nichts beigetragen. Wenn jetzt Europa sozusagen ein neues Wachstum erlebt, dann frage ich Sie, was wächst denn wirklich? Wachsen die Überschüsse, wächst die Überproduktion, wachsen die Straßen, wächst der Verkehr, wächst der Bodenverbrauch, was wächst denn eigentlich, Herr Kollege? Beantworten Sie mir das einmal, wenn Sie sagen, dieses Europa ist ein neues Wachstum! (Abg. Pörtl: „Es gibt Rückgänge bei den Überschüssen!“) Ja, aha! Und wo sind jetzt die Folgen dieses Wachstums? Und darüber hätte ich gerne immer wieder Auskunft. Ich möchte gerne einmal dieses Szenario entwickelt sehen. Am Schluß frage ich Sie: Und wer gewinnt? Aber, Herr Kollege, gerade du aus der Landwirtschaft müßtest wissen, daß, wer gewinnt und wer verliert, auch einmal aufgelistet werden muß. Es nutzt uns nichts, wenn das Ei plötzlich 20 Groschen weniger kostet beim Kaufmann, aber den Kaufmann gibt es nimmer, und der Bauer ist irgendwo in Holland.

Mir fehlt ein alternatives – und jetzt nicht alternativ in meinem Sinn allein – Integrationszenario, in welchem neben den ökonomischen Interessen auch die

sozialen und umweltrelevanten Interessen untersucht werden. Mir wäre es wichtig, innerösterreichische Reformen zu untersuchen, die in Angriff genommen werden müßten. Zum Beispiel die Liberalisierung der Gewerbeordnung, zum Beispiel die Novellierung des Kartellgesetzes. Mir wäre es wichtig, auch die Reform zu untersuchen bei der Deregulierung der Wirtschaftsförderung, und da sitzen ja die einzelnen Herren, die dazu vielleicht etwas zu sagen haben. Mich würde interessieren, wie schaut es innerhalb der Kammern aus. Zu untersuchen wäre auch, als gleichberechtigter Partner bilaterale Verhandlungen mit der EG aufzunehmen mit dem Ziel des Abschlusses eines Assoziationsvertrages, und nicht eines Integrationsvertrages. Sinnvoll wäre zum Beispiel, da bin ich jederzeit dafür, die Eröffnung des öffentlichen Beschaffungswesens. Hier gehe ich konform. Oder die Liberalisierung des Finanzsektors. Hier sind ja auch die meisten Zuwachsraten zu erwarten. Im Bereich der Landwirtschaft, des Verkehrs und des Grundverkehrs möchte ich weiterhin auf diesen österreichischen nationalstaatlichen Regelungen beharren. Langfristig möchte ich, daß es ein Europakonzept gibt, welches den vielfältigen Anforderungen im Bereich jetzt wieder der Umwelt und der Sozialpolitik ebenso gerecht wird wie dem demokratischen Grundverständnis aller europäischen Staaten einschließlich der Staaten Osteuropas. Bitte nicht zu vergessen, Europa besteht aus 34 Staaten und nicht aus 19. Für mich ist der Europabegriff weiter gespannt als das, was Sie jetzt zum EG- und EFTA-Raum hören. Wenn es jetzt darum geht – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Der EWR ist ein Schritt dazu. Das ist unbestreitbar. Da sind wir auf einer Linie!“) Ja, es ist ein Schritt dazu, aber wenn man noch so unklar ist, wie dieser Schritt dann eigentlich ausfallen wird, ob weich oder hart (Abg. Gennaro: „Das ist wie die Verlobung vor der Hochzeit!“), dann ist der Verweis auf diese zeitliche Differenz zwischen Paraphierung und Ratifizierung für mich etwas problematisch. Die Schweizer müssen ja noch darüber abstimmen, ob sie letzten Endes das gutheißen, was ihre Regierungsvertreter oder Beamten aushandeln, und in erster Linie sind es jetzt immer mehr und mehr Experten und Politiker, die dort verhandeln in Brüssel, weil die Materie sehr kompliziert und sehr umfassend ist. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Da haben Sie recht!“) Wir begeben uns immer mehr und mehr in diese Position, daß Politiker nur mehr durch Experten vertreten werden. Wenn jetzt die Entscheidung in der Schweiz – ich weiß nicht, wann sie fallen wird, möglicherweise gegen Ende des Jahres – negativ ausfällt, dann ist die Schweiz draußen. Es wäre ja schön, wenn wir trotzdem diesen Korridor in den Alpen weiterhin zusammenhalten könnten und Österreich mit der Schweiz genauso durch eine Volksabstimmung, möglicherweise dafür oder möglicherweise dagegen, trotzdem im Konzert oder weiter als Partner nebeneinander stehen würde. Daß wir uns schon wieder kniefällig nach Brüssel begeben, gefällt mir nicht, auch wenn man der Schweizer Regierung oder den Schweizer Verhandlern einmal so und einmal so vorwirft, immerhin haben sie Profil, immerhin wird es auch öffentlich breitgetreten. Ich lese auch die „Neue Zürcher Zeitung“, ich kenne auch die Debatten in der Schweiz. Es gefällt mir nicht, wie Sie in Österreich diese Diskussion immer wieder so aufbereiten.

Wenn es jetzt darum geht, ich möchte gleich die dringliche Anfrage zur Sicherheit anschließen, dann geht das in einem. Sie bekennen sich dazu, daß Europa sich verändert. Ich bekenne mich auch dazu. Und diese Veränderung bedeutet Unsicherheit. Und was heißt jetzt Unsicherheit? Wollen wir die jetzt durch Sicherheit überwinden, und ich glaube, daß in Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheit aber auch etwas Neues entstehen könnte. Dieses Sicherheitsdenken, das ich jetzt auf der anderen Seite durch militärischen Schutz und Gendarmerie und Polizei an der Grenze und so weiter heraushöre, durch dieses Sicherheitsdenken und durch diese uniformierten Systeme wird versucht, von der latenten Unsicherheit eigentlich abzulenken. Und ich frage Sie wirklich, gibt es mehr oder weniger Sicherheit? (Abg. Pörtl: „Ihr redet immer von Sicherheit!“) Für wieviel Zeit – der Faktor Zeit kommt bei der Sicherheit meistens nicht vor – kann man Sicherheit gewährleisten? Für drei Stunden, für drei Tage, für drei Wochen oder für welchen Zeitraum? Ich meine, der Aufwand ist ja sehr groß. Wir haben das ja jetzt am Golfkonflikt erlebt. Man kann auch jemand so sichern, daß man ihn halbtot schlägt oder tot macht, wie man am Golfkrieg gemerkt hat. Die Österreichische Bundesregierung hat mit ihrem Weg in Richtung EG einen Bittgang angetreten, und sie brachte auch einiges an Opfern bereits heuer mit. (Abg. Gennaro: „Hoffentlich zum Wohle der Öffentlichkeit!“) Die Neutralität, die zusammen mit einer friedensichernden Außenpolitik lange unsere Sicherheit garantierte, wird scheinbar abgebaut. Und so durften Regierungs- und Parlamentsmehrheit bereits während des Golfkrieges unter Beweis stellen, wie sehr sie sich den Interessen von EG und NATO verpflichtet fühlen. Der Panzertransit durch Tirol und die Überquerung des Bundesgebietes durch Militärflugzeuge wurden auf Grund schon dieses Nahverhältnisses – nehme ich an – unverzüglich gestartet. (Abg. Kröll: „UNO-Solidarität!“) Wir meinen, diese Politik gefährdet die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung, weil sie unser Land in weltweite Konflikte hineinzieht. Der kalte Krieg zwischen dem Osten und Westen scheint zwar überwunden, dafür verschärfen sich aber die Gegensätze zwischen den reichen Industriestaaten und den Ländern der dritten Welt, die in Verschuldung und Abhängigkeit gehalten werden, weiterhin in dieser Abhängigkeit gehalten werden. Und der Krieg um diese kuwaitischen Ölquellen war ein Vorbote dieser Auseinandersetzungen. Und weil ich nicht will oder weil wir nicht wollen, daß Österreich in kommende Kriege um Rohstoffe verwickelt wird, und weil wir im Gegenteil wollen, daß unser Land eine vermittelnde und friedensichernde Rolle in den Nord-Süd-Auseinandersetzungen einnehmen soll, deshalb verlangte ich „Hände weg von dieser Neutralität“. Und wenn diese Neutralität der Eintrittspreis oder der Verlust oder die Aufgabe dieser Neutralität der Eintrittspreis, in diese Europäische Wirtschaftsunion in welche Form auch immer ist, dann bedaure ich diesen Verlust an Souveränität und diesen Verlust einer ehemals sehr hoch gepriesenen Sicherheit. Danke. (18.01 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Trampusch das Wort.

Abg. Trampusch (18.01 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Unterzeichnung des EWR-Vertrages wird unser Bundesland in vielen Bereichen näher berühren. Es führt für die Steiermark kein Weg vorbei, weder an der Unterzeichnung des EWR-Vertrages noch – wie wir glauben – später auch an der EG. Und es wird in manchen, ja in vielen Bereichen vermehrte Chancen, aber auch Gefahren geben. Die Verantwortlichen dieses Landes sollen daher rechtzeitig dazu eine klare Stellung beziehen.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner hat das bereits in einer Enquete öffentlich in Graz getan. Und wir wollten dazu auch den Herrn Landeshauptmann hören, und deshalb haben wir diese dringliche Anfrage unterstützt. Denn klare Aussagen sind notwendig. Ich erinnere mich, vor einigen Landtagssitzungen hatten wir eine Diskussion „Wie wird's der Landwirtschaft gehen, wenn wir näher an die EG herankommen?“, und ein Bauernvertreter dieses Hohen Hauses hat dann einen Zwischenruf getätigt und gesagt: „Hat eh euer Bundeskanzler den Brief nach Brüssel geschickt.“ Also, solche Aussagen sind natürlich dann immer auch sehr nachdenklich aufzunehmen, wenn man weiß, was vorher alles gemeinsam versucht worden ist darzustellen oder einzubringen. Daher ist es zu begrüßen, daß es heute dazu gekommen ist, daß es hier sehr klare Aussagen gibt. Und wir solidarisieren uns auch nicht mit jenen Aussagen der Frau Abgeordneten Kammlander, wo hier eine Volksabstimmung verlangt wird, weil wir der Auffassung sind, daß das sicher dann zur EG selbst notwendig ist.

Wo steht die Steiermark heute wirtschaftlich, sozial, strukturell wirklich, sozusagen am Vorabend zum EWR und beim Herannahen an die EG? Was bedeuten diese föderalistischen Anliegen auch für eine Region? Würden wir in einem großen europäischen Wirtschaftsraum auch benachteiligte Gebiete sozusagen als Forderung einbringen? Sind wir förderungswürdig? Ja oder nein? Hier sind sehr klare Antworten notwendig. Und wir sollten auch sehr kritisch unsere eigenen Positionen prüfen und auch Strukturschwächen offen aufzeigen. Ich sage das ganz bewußt, und ich weiß, daß ich damit vielleicht etwas provoziere. Wir sind in einem beginnenden Landtagswahlkampf, und da wird halt versucht, mit Jubelmeldungen sozusagen an die Öffentlichkeit zu treten und so zu tun, als sei in unserem Land eh alles bestens. Ich könnte sogar sehr abgekürzt, wenn ich das richtig einschätze, die ÖVP-Wahlparole, wie sie sich abzeichnet, so darstellen: „Wir sind ein ‚Happyland‘ und daher ein Happy-End, sonst gibt's ‚Pepi-End‘ als Drohung.“ (Beifall bei der SPÖ.)

Also, wenn das so – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ein guter Ausspruch. Das wäre mir nie eingefallen!“) Herr Landeshauptmann, so können wir natürlich nicht über unsere wirtschaftliche Annäherung an die EG, auch nicht in einem Wahlkampf, reden, und daher habe ich das schon auch prophylaktisch gesagt, wenn ich ehrlich bin. Und, Herr Landeshauptmann, Sie haben am Sonntag in Ihrer Rede davon gesprochen, daß die Steiermark Wirtschaftslokomotive ist. (Abg. Gennaro: „Nur der Heizer fehlt!“) Wir freuen uns, daß es eine bessere Wirtschaftsentwicklung gibt, nur so, wie das manchmal dargestellt wird, ist es ja auch nicht.

Denn wenn jemand 100 Schilling eingesteckt hat, und man gibt ihm 100 Schilling dazu, dann hat sich sein Einkommen sicherlich um 100 Prozent erhöht. Hat jemand aber schon 1000 Schilling eingesteckt und er bekommt 100 Schilling, dann war die Einkommenssteigerung nur 10 Prozent. Man muß halt immer auch dazusagen, von welchem wirtschaftlichen Level man ausgeht, und wir freuen uns über die Entwicklung, aber sie könnte sicher noch besser sein.

Das Nächste ist: Sie haben auch davon geredet, daß der Strukturwandel im Grenzland erfolgreich abgeschlossen wurde. Nun, da ist noch vieles zu tun, und wir haben halt die Auffassung, da ist noch vieles an Strukturen zu ändern, wenn wir mit diesem Grenzland wirklich in die EG kommen. Und Sie haben auch davon geredet, daß im Grenzland 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Es klingt schon sehr eindrucksvoll, nur, ich erinnere mich auch, daß erst kürzlich – ich glaube, es war Ende April – bei einer „Schilling“-Sendung im Fernsehen sehr dezidiert gesagt wurde, daß die Südsteiermark nur 51 Prozent des Bruttonationalproduktes, sozusagen im Schnitt, darstellt, und wie benachteiligt – von der Rechnung ausgehend – die Region sei. Da stehen halt dann schon gewisse Aussagen einander gegenüber. Und auch in dieser von Ihnen zitierten Studie von Professor Tichy, die ich sehr aufmerksam gelesen habe, gibt es natürlich beim näheren Lesen eine Reihe von Aussagen, etwa bei der Analyse der Arbeitsmarktstruktur im Grenzland, die sehr zum Nachdenken geben, gerade in die Richtung, wenn wir über die EG diskutieren. Dort heißt es wörtlich auf Seite 12: „Die Arbeitsmarktstruktur in der Hauptvariante der Arbeitsplatzentwicklung, die den peripheren Gebieten in großer Entfernung von den Wirtschaftszentren der EG keine allzu großen Entwicklungschancen einräumt, ergibt eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation im Grenzland. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind in der Steiermark insgesamt nicht sehr günstig. Über die Konsequenzen der Ostliberalisierung für den Arbeitsmarkt des steirischen Grenzlandes lassen sich im momentanen Entwicklungsstadium überhaupt keine Aussagen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit treffen.“ Und es geht so weiter. Also, es wird hier, wenn man hinterfragt und das genauer liest, eigentlich nicht jener Optimismus verbreitet, den man andererseits hört. Und ich habe auch hier eine ÖVP-Flugschrift, die halt für diese Grenzlandbezirke herausgekommen ist, wo man dann nicht mehr von 40.000 neuen Arbeitsplätzen redet, sondern stolz erklärt, daß zwischen 1980 und 1989 1850 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Und in der zitierten Studie des Herrn Prof. Tichy steht dann sehr lakonisch auf Seite 5: „Der Arbeitsplatzsaldo aus Betriebsneugründungen und -stillegungen war in Summe der Jahre 1981 bis 1989 im Grenzland nur mehr schwach positiv, nämlich plus 62 Arbeitsplätze.“ In Wirklichkeit haben wir also eine Entwicklung, die nicht so euphorisch zu sehen ist, wie das manchmal dargestellt wird, und es ist sehr viel zu tun, um uns diesem großen Markt einigermaßen, ohne größere Ängste, annähern zu können, wobei wir nicht zu jenen gehören, die gerade im Zusammenhang mit EWR und EG mit Ängsten operieren wollen, sondern im Gegenteil, man soll Hoffnung erwecken, aber man soll auch dazusagen, was dazugehört, damit diese Hoffnungen eintreten. Und das heißt also, wir haben diese wirt-

schaftliche Aufwärtsentwicklung, die sichtbar ist, zu versuchen, mit allen Möglichkeiten zu betreiben, wir haben aber vor allem darauf zu achten, daß das in allen Landesteilen passiert, denn wir haben – und das habe ich schon gemeint – diesen Strukturwandel noch längst nicht abgeschlossen, und wir haben auch vor längerer Zeit, nämlich schon im November 1988, hier im Hohen Hause einen Antrag eingebracht, der damals gefordert hat, daß die Einkommensverhältnisse in der Steiermark nach Gebieten gesondert untersucht werden. Leider ist dieser Antrag, wie viele andere, dann nie mehr ins Hohe Haus zurückgekommen, denn ich glaube, wir brauchen diese Bestandsaufnahme dringend, aber nicht nur bei den Einkommensverhältnissen, sondern auch anderswo, um hier in Richtung EG und EWR konkreter operieren und argumentieren zu können.

Was wir nicht wollen – und ich sage es noch einmal –, ist eine verordnete Glückseligkeit, wie das der Bundeskanzler Kohl in der Bundesrepublik probiert hat und wo es jetzt Probleme gibt. Wir wollen Klarheit und Wahrheit für einen gemeinsamen Weg. Wir haben heute einige konkrete Dinge und Antworten gehört, wir gehen daher auch beim Beschlußantrag mit. Wir haben gebeten, zwei Punkte aufzunehmen: Das ist, daß man benachteiligte Gebiete von vornherein definiert und einbringt, sozusagen nicht als Pfand, aber als Forderung in eine Lösung, und wir fordern auch, daß die Erhaltung des Sozialstandards auch bei einem Beitritt gewährleistet ist. Und diese zwei Punkte sind in den Beschlußantrag hineingekommen, und wir werden dem gerne beitreten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.11 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (18.11 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich habe mir heute früh gedacht, was ist eigentlich los in der zweiten Regierungspartei in der Steiermark, daß immer wieder solche Anträge unterstützt werden, die in Wirklichkeit auf Bundesebene gemeinsam getragen werden? Und der Herr Abgeordnete Trampusch hat es nun jetzt auch erklärt, daß er doch auch bereit ist, diesen gemeinsamen Weg zu gehen mit all den Vorbehalten, mit diversen Krankjammereien, die sicher oft im politischen Leben vor Wahlen notwendig sind, aber ich frage mich nur, ob es in Anbetracht auch der Entwicklung der Zukunft gut ist, wenn man das immer so macht, daß man bewußt versucht, positive Leistungen aus politischen Überlegungen irgendwo in den Boden zu drücken. (Abg. Trampusch: „Ich habe eine Studie zitiert, die du nicht gelesen hast!“) Na bitte. Wenn du das Grenzland hernimmst, wenn du die ganze Arbeitsplatzsituation hernimmst und wenn ich vielleicht zurückverweisen darf auf einige Jahre, wo wir die Probleme in der Obersteiermark gehabt haben und wo der Kollege hinter dir, der zweite, auch versucht hat, die Dinge in ein ganz anderes Licht zu rücken, wo aber dann die Gemeinsamkeit und der für so etwas notwendige Optimismus dann doch etwas zustandegebracht haben, was auch zum Erfolg geführt hat. Ich glaube, man soll auch das überdenken. Und, Frau Kollegin Kammländer, Ihre Wortmeldung und vor

allem Ihre Bedenken im Hinblick – sie ist so nicht da, da hilft es so nichts – (Abg. Pörtl: „Sie lauscht schon. Sie ist da hinten!“) auf die Sicherheit, ich glaube, das ist etwas, wo es wirklich gar nicht ins Konzept paßt. Und Sie haben es ja selbst zugegeben, daß Sie schlecht informiert oder überhaupt nicht informiert sind. Das zeigt halt wirklich auch, daß Sie sich für die Dinge zu wenig interessieren. Die ganze Entwicklung wäre überall lesbar. Ich glaube, es wäre das schlechteste, was wir tun könnten, daß wir gar nichts tun und einfach die Dinge so hinnehmen. Und ich glaube, die Verhandlungen, die wir geführt haben, haben schon zu positiven Akzenten geführt, und wir wären sicher viel weiter, wenn auch vor allem im agrarischen Bereich das Abkommen der Agrarbriefe von 1972 von den vorherigen Bundesregierungen in den siebziger und Anfang der achtziger Jahren etwas ernster genommen worden wäre. Aber es wurde seit 1986 vieles korrigiert, und wir sind uns bewußt, daß das Gespräch immer das beste ist. Und gerade die österreichische Agrarpolitik hat ja auch im europäischen Raum auch mit der ökosozialen Agrarpolitik ein Umdenken eingebracht. Und wenn man hört, daß heute selbst in der EG die agrarpolitischen Überlegungen auf eine bäuerliche Struktur hinführen, und wenn man weiß, daß die Massenproduktionen in gewissen EG-Ländern auch hintangehalten werden, dann glaube ich, ist sicher hier auch der Wegweiser der österreichischen Agrarpolitik durchgezogen. Wie Ihnen bekannt, haben wir eine sehr hohe Qualität, und unsere Bauern bemühen sich auch um die Qualität, nur, es ist ein Verlangen auch von agrarpolitischer Überlegung, daß diese Qualitätsbegriffe auch gesetzlich festgelegt werden, um auch dann mit einem gewissen Vorteil hier in diese Assoziierung hineinzukommen. Es stimmt schon, daß eine gewisse Sorge besteht zwischen dem Nord-Süd-Gefälle, vor allem was Obst, Gemüse, Wein und Südfrüchte betrifft – der Kollege Purr hat es bereits auch angeführt –, aber hier, glaube ich, muß eben weiter verhandelt werden, muß weiter geredet werden, und ich bin überzeugt davon, daß hier einiges auch zum Positiven oder sehr viel auch mit einer Zwischenstufe zum Positiven gewandt werden wird.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir haben auch im Verarbeitungsbereich schon die Strukturmaßnahmen in Angriff genommen. Es wird unsere Aufgabe sein, in den nächsten Diskussionen über die Marktordnung, auch im Hinblick auf die EG, die Marktordnung zu gestalten, und es wird notwendig sein, daß auch das österreichische Denken bezüglich der Energieversorgung und vor allem der Rohstoffsicherung für die Energie in das agrarische EG-Programm eingebracht wird. Landwirtschaftspolitik kann man sicher nicht ganz von der Wirtschaftspolitik abkoppeln. Und deshalb bin ich so empfindlich, wenn man immer wieder versucht, den ganzen agrarischen Teil in verschiedene Polemiken hinüberzutreiben. Landwirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, heißt heute auch europaweit Umweltpolitik. Und wir wissen, daß unsere größten Güter Luft, Wasser und vor allem der ländliche Raum in der EG eine besondere Bedeutung haben werden, und deshalb glaube ich, bemühen wir uns wirklich gemeinsam, daß in dieser Frage keine politische Polemik, sondern eine sinnvolle Arbeit im Hinblick für die Zukunft zustande kommt. (Beifall bei der ÖVP. – 18.18 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kohlhammer das Wort.

Abg. Kohlhammer (18.18 Uhr): Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte gleich eingangs offen mein Bekenntnis zur EG ablegen. Nicht so sehr, weil ich mich darauf freue, daß wir dann in einem hohen Maße fremd bestimmt werden, sondern ganz einfach deshalb, weil ich aus meiner beruflichen Tätigkeit heraus, ich habe das Beispiel aus meinem beruflichen Leben hier schon ein paarmal angezogen, diese unbedingte Notwendigkeit einfach erlebe. Ich erwarte auch die EWR, diesen Vertrag, als Schritt dorthin, möchte aber gleichzeitig zugeben, daß ich hier einiges an Unbehagen mit mir herumtrage, nämlich in die Richtung, daß wir nicht nur dorthin schauen, wo wir vielleicht und in einem gewissen Maße mitwirken können, sondern daß wir einfach sehr darauf achten, daß wir dort, wo wir können, selbst für uns regeln.

Meine Damen und Herren, nochmals auf meinen Betrieb bezogen, wir sind sozusagen ein multinationales Unternehmen, 100 Prozent ausländisches Kapital in Österreich. Ich freue mich nicht darüber, ich würde mich wohlher fühlen, wenn wie ehemals österreichisches Kapital in dieser Gesellschaft drinnen wäre. Trotzdem müssen wir mit dieser Situation leben, wollen wir diese Arbeitsplätze haben. Ich muß sagen, für unsere Region und für mich, wir wollen diese Arbeitsplätze haben, und wir wollen, daß wir diesen internationalen Betrieb so führen, daß wir dieser Herausforderung gewachsen sind. Was will ich damit sagen? Ich will damit sagen, daß wir mit eigener Kraft vor Ort versuchen, durch eigene Leistungen Fremdeinwirkungen möglichst abzufangen. Ich glaube auch, das gilt für Regelungen im Hinblick auf die EG. Mir fällt das Beispiel Transitregelungen ein. Ich glaube kaum, daß wir entsprechend bedient worden wären, wenn nicht Bundesminister Streicher mit derartigen Hartnäckigkeit von uns aus Forderungen, Vorschläge, ganz konkrete Vorschläge auf den Tisch legen würde. Kollege Trampusch hat schon das Happyland-Grenzland angesprochen, das hier zu gerne verkauft wird. Ich glaube, daß wir in der EG-Diskussion den Menschen vor allem auch sagen müssen, was uns erwartet, wenn wir der EG nicht beitreten, weil zu sehr dieser Eindruck in der Bevölkerung drinnen ist, na, uns geht es ja relativ gut, und es kann nur so bleiben, wir können auf das Stücklein „Besser“ verzichten. Ich fürchte, das ist ein Irrglaube. Ich fürchte, wir würden nach einer Diskussionsphase zu einer Überraschungsphase und vielleicht zu einer Ernüchterungsphase kommen. Wenn ich also dafür werbe, daß wir aufzeigen, welche Probleme auf uns zukommen, dann nicht deshalb, weil ich etwas krankjammern möchte, sondern weil ich glaube, daß man diesen politischen Stil pflegen sollte auch für den künftigen Wahlkampf, daß wir Lösungen anbieten. Und ich will nicht sagen, uns geht's so gut, uns kann gar nichts passieren, sondern die Probleme aufzeigen und unsere Lösungen dafür, und daß wir damit werben, dafür eben dann jeweils gewählt zu werden in dem Vertrauen, daß wir diese Maßnahmen tatsächlich umsetzen. Bei diesem Umsetzen habe ich halt auch meine Erfahrungen.

Meine Damen und Herren, etwas selbstkritisch möchte ich hier an dieser Stelle nach 17 Jahren Landtagstätigkeit sagen: Ich habe den Eindruck, daß nach dieser gepflogenen politischen Übung, wie sie jetzt gehandhabt wird, wir gar keine Chance haben, den Erfordernissen der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens zeitlich gerecht zu werden. Wir reparieren doch nur hinterher. Ich meine, dieses „Nur“ nehme ich in Klammer, aber überwiegend reparieren wir, statt daß wir im voraus die Dinge zu regeln versuchen, und das scheint mir doch der springende Punkt zu sein. Es werden viele Studien veranlaßt. Der Kollege Trampusch hat schon die von Professor Tichy angesprochen. Sie wird wirkungsvoll verkauft; natürlich nur die positiven Aussagen, die wieder die Stimmung verbreiten, es sei eh alles zum besten. Aber es wird nicht versucht, konkret die Vorschläge, die drinnenstehen, auch umzusetzen. Das ist gar nicht unsere Studie, abgesehen davon, daß sich Dinge wiederfinden, die wir auch schon vorher diskutiert haben, zum Beispiel diese Zonenrandförderung, wie das in der Bundesrepublik heißt, als Beispiel auch vom Kollegen Trampusch hier schon angeführt. Hier gibt es konkret die Möglichkeit, daß die EG auch künftig Förderungseinrichtungen akzeptiert, wenn nachgewiesen wird, daß aus strukturellen Gründen diese Förderungen notwendig sind und daß diese Sorge um Wettbewerbsverzerrung einfach nicht stattfindet. Ich frage mich, warum diese Regelung, die es in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten gibt, nicht bei uns entsprechend diskutiert wird beziehungsweise entsprechend betrieben wird. Ich würde mich jedenfalls dafür einsetzen wollen, daß dies jetzt gleich passiert, und nicht erst Ende 1992 oder noch später.

Meine Damen und Herren, wir sollten, wie der Herr Landeshauptmann gemeint hat, wohl vorbereitet in diese Diskussion gehen beziehungsweise an die EG herantreten und sollten uns eben nicht überraschen lassen.

Ich darf also hier noch einmal sagen: Diese Problematik, daß wir mit unseren eigenen Problemen nicht rechtzeitig fertig werden und daß wir auf der anderen Seite neue durch die EG bekommen werden, ob wir jetzt beitreten oder nicht, muß der kommende Landtag behandeln und versuchen, mit ihr fertig zu werden. Ich hoffe, diese Situation wird nicht dazu führen, daß man sie als neue Ausrede für die eigene politische Arbeit gebraucht.

Ich möchte schon zum Schluß kommen: Ein altes Sprichwort sagt: „Großes gewollt zu haben, ist schon genug.“ Ich versuche, mich damit zu beruhigen. Ich danke jedenfalls jedem, der mir in dieser Zeit – in 17 Jahren – wenigstens zugehört hat, und besonders jenen, die mich unterstützt haben. Ihnen allen wünsche ich eine gute Zukunft. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.26 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Dr. Cortolezis das Wort.

Abg. Dr. Cortolezis (18.26 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Ich darf gleich direkt zum – (Abg. Hammer: „Euro-Draken!“) was sagst? (Abg. Hammer: „Der Herr Kol-

lege bekommt einen Euro-Draken!“) Jawohl, aber das kommt später noch. Jetzt aber zum Beschlußantrag:

Wie der Kollege Trampusch schon gesagt hat, sind ja Trampusch und Gennaro dem Beschlußantrag beigetreten, der wie folgt lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit folgenden Forderungen an die Bundesregierung heranzutreten beziehungsweise im eigenen Wirkungsbereich die entsprechenden Maßnahmen zu setzen:

Erstens: Sicherstellung wichtiger Bundesländerkompetenzen und Bundesländerinteressen in den Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum.

Ihr habt das seinerzeit mitunterzeichnet, gell? Es wird Vorsorge dafür getroffen werden müssen, in allen jenen Bereichen, wo der Beitritt Österreichs zum Europäischen Binnenmarkt bestehende Landeszuständigkeiten und besondere Interessen der Länder in Frage stellt beziehungsweise gefährdet, nach Lösungen zu suchen und diese in den Verhandlungen auch durchzusetzen, die den notwendigen europäischen Anpassungsprozeß in bestmöglicher Weise und unter Wahrung und Weiterentwicklung bewährter Strukturen ermöglichen.

Im einzelnen geht es dabei um folgende Bereiche:

a) Fragen des Ausländergrundverkehrs beziehungsweise des Schutzes vor dem Ausverkauf von heimischem Boden. b) Fragen des Transitverkehrs; hier müssen umweltschonende Verkehrslösungen angestrebt werden; das vorgeschlagene Öko-Punktesystem muß für ganz Österreich und für alle in Betracht kommenden Transitrouten, also auch für die Pyhrn-Strecke, Anwendung finden; das Transportangebot auf der Schiene muß gesamtösterreichisch verbessert werden; in diesem Zusammenhang ist auch der rasche und zügige Ausbau der Schoberpaßstrecke und einer neuen Nord-Süd-Achse Wien–Graz–Klagenfurt zu betreiben. c) Fragen der Landwirtschaft; der notwendige Anpassungsprozeß an gesamteuropäische Agrarpolitikrahmenbedingungen muß mit möglichster Schonung der bestehenden heimischen Agrarstruktur durchgeführt werden; alle jene Bemühungen, die in Österreich und seit neuem auch im Bereich der Europäischen Gemeinschaft darauf hinauslaufen, (wieder) traditionelle (klein)bäuerliche Strukturen wirtschaftlich zu ermöglichen und zu stärken (Stichwort ökosoziale Agrarpolitik), sind zu unterstützen. d) Fragen des Umweltschutzes; in jenen Bereichen, in denen die derzeitige österreichische Umweltschutzgesetzgebung vergleichsweise fortschrittlich geregelt ist, muß dafür Sorge getragen werden, daß diese hohen Standards, etwa im Bereich der Luftreinhaltung, auch nach einem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum beziehungsweise zur Europäischen Gemeinschaft aufrechterhalten bleiben; in den Bereichen, wo derzeit bereits europäische Lösungen zu besseren Umweltschutzstandards führen, als die derzeit in Österreich gelten, muß das österreichische Recht rasch an die höheren europäischen Standards angepaßt werden; dies gilt etwa für die Bereiche der Wasserreinhaltung und des Bodenschutzes. e) Fragen des sozialen Standards der Arbeitnehmer; die vergleichsweise hohen Standards an sozialer Sicherheit, die in unserem Land in vielen Jahren erarbeitet worden sind, müssen in vollem

Umfang aufrechterhalten bleiben; es darf zu keiner Form des sogenannten Sozialdumpings kommen. f) Fragen des Grenzlandes und sonstiger benachteiligter Regionen der Steiermark; hier sind alle Anstrengungen zu unternehmen, daß die berechtigten Interessen der Bewohner des Grenzlandes und sonstiger benachteiligter Gebiete unseres Landes, wie etwa jene mit alten Industriestrukturen, durch den Prozeß der Einbindung Österreichs in den Europäischen Wirtschaftsraum nicht beeinträchtigt werden; diese Gebiete sind vielmehr mit verstärkten Anstrengungen an das wirtschaftliche Niveau in wohlhabenderen Teilen unseres Landes heranzuführen.

Zweitens: Sicherstellung und Ausbau der Rechte der österreichischen Bundesländer in zeitlichem Gleichklang mit den Verhandlungen über den Abschluß des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum.

Der derzeitige Stand der Bundesstaatlichkeit in Österreich ist unbefriedigend, und er ist überdies durch den Prozeß der Europäischen Integration in Gefahr, in wichtigen Punkten weiter aus der Balance zu geraten. Es wird daher dringend darauf zu achten sein, daß die Verhandlungen mit dem Bund rasch und ernsthaft vorangetrieben werden, damit es zu einem möglichst baldigen Abschluß der Bemühungen um die sogenannte Strukturreform, mit der die Rechte der österreichischen Bundesländer verbessert und sichergestellt werden sollen, kommt.

Im einzelnen wird es dabei zu a) einer sinnvollen Umgestaltung und Bereinigung der Kompetenzaufteilung zwischen dem Bund und den österreichischen Bundesländern kommen müssen; b) zu einer verstärkten Einbindung der Bundesländer in alle jene Entscheidungsstrukturen, bei denen auch Länderrechte betroffen sein können; im besonderen werden daher auch den österreichischen Bundesländern umfassende und rechtzeitige Informations- und Stellungnahmerechte in allen einschlägigen Fragen der Europäischen Integration eingeräumt werden müssen;

In Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder muß den Ländern im Prinzip ein entscheidender Einfluß auf die von Österreich nach außen vertretenen Standpunkte eingeräumt werden. c) Zu einer Verbesserung all jener Einrichtungen auf Landesebene, die durch den Prozeß der Europäischen Integration betroffen sind beziehungsweise an der Mitgestaltung von Länderpositionen mitwirken sollen; im besonderen wird auch dafür Vorsorge zu treffen sein, daß für Fragen der Europäischen Integration auf Landesebene Informations- und Beratungsgremien geschaffen werden, in die alle traditionellen Vertreter von öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Interessen – Gemeinden und Interessensvertretungen – eingebunden sind.

Drittens: Ausbau des Europa der Regionen und verstärkte Einräumung von Ländermitwirkungsrechten im Europäischen Kontext.

Der in den letzten Jahren verstärkt angelaufene Prozeß der Einbindung von Bundesländern und Regionen in gesamteuropäische Entscheidungszusammenhänge ist weiter voranzutreiben. Regionale und überregionale gesamteuropäische Kooperationsbemühungen, wie die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria und die Vereinigung der Regionen Europas und die Konferenz

Europa der Regionen, sind weiterhin zu forcieren, und alle jene Bemühungen, die darauf hinauslaufen, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Organe Rechte der Länder und Regionen zu sichern, sind auch aus österreichischer Sicht aktiv zu unterstützen. In diesem Zusammenhang werden ausdrücklich die Beschlüsse der vierten Konferenz „Europa der Regionen“ in Linz am 7. und 8. Mai dieses Jahres bekräftigt und unterstützt. Das ist der Beschlußantrag. (Beifall bei der ÖVP. – 18.55 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek (18.35 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich glaube, es ist notwendig, in diesem Rahmen und in diesem Kreis festzustellen, daß die Unterstützung von dringlichen Anfragen, die Parlamentarier zu stellen begehren, weil sie ein Thema abgehandelt haben wollen, wie ich glaube zu Recht, unsere Unterstützung stets finden soll, weil es ein Anliegen ist, über dieses sehr umfassende und schwierige Thema ausreichend informiert zu sein. Es ist natürlich so, daß die Exekutivseite immer einen bestimmten Informationsvorsprung hat. Das betrifft die Bundesregierung, genauso die Landesregierung, betrifft die Landeshauptmänner, betrifft auch zu Teilen die Präsidenten des Landtages, auch Teile der Legislative. Es ist aber doch so, daß sehr viele Abgeordnete oder nicht alle Abgeordnete die Möglichkeit haben, sich die Zugänglichkeiten zu verschaffen, die man braucht. Daher halten wir es für eine parlamentarische Tugend, auch dann, wenn wir nicht mit dem übereinstimmen, was der Antragsteller oder Fragesteller begehrt, dieses zu unterstützen, um eine Diskussion abführen zu können.

Ich stelle daher klar, daß es für uns die grundsätzliche wirtschaftspolitische aber auch staatspolitische Überlegung ist und sein muß, daß wir den Europäischen Wirtschaftsraum EWR und die EG als etwas betrachten, in das wir hineinzugehen haben mit Mut, mit Optimismus und mit großer Zukunftshoffnung, wiewohl wir wissen, daß wir in einer Zeit leben, in der es so etwas wie Megasyndrome gibt, also die Ablehnung und Abneigung gegen große Institutionen. Ich glaube, daß das auch zu Recht so ist. Man muß sich ja vorstellen, daß sehr vieles jedenfalls in der EG des eigenen Souveränitätsbereiches in den supranationalen Bereich abwandert, und wenn man den EWR als die Vorstufe zur EG sieht, und das soll man zweckmäßigerweise tun, daß sich dann Grundsatzfragen auch unseres gesamten Staatsgebildes stellen. Sie stellen sich nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem EWR, sie stellen sich aber ganz sicherlich mit der Frage der EG. Dort gibt es dann Souveränitätsverzichte in nicht unbedeutendem Ausmaß, und es kann gar nicht früh genug mit der Debatte begonnen werden – erster Punkt.

Zweiter Punkt: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Situation, wo wir etwa beim EWR und beim EWR-Beitritt, also mit 1. Jänner 1993, schon zirka 60 Prozent unserer Rechtsmaterie an

diesen Raum anzugleichen haben. Ich meine daher, daß die Unterscheidung zwischen Paraphierung und Ratifizierung korrekt ist, formal in Ordnung ist. Ich glaube aber schon, daß die Paraphierung natürlich der Wegbereiter zur Ratifizierung ist und daß in Wirklichkeit ab diesem Zeitpunkt die Dinge in Gang gesetzt werden und auch in Gang gesetzt werden müssen, um zum Zeitpunkt ausreichend gerüstet zu sein. Wir müssen also bei den Vorzügen, die unzweifelhaft bestehen, wenn man sich in diesen großen Raum begibt, auch sehen, was wir in unserem eigenen Land, in der Republik insgesamt, aber auch im Land Steiermark und auch im kommunalen Bereich zu tun haben. Ich erwähne zuerst die Vorteile, ein bißchen erweiternd. Wir müssen davon ausgehen, daß der amerikanische Raum, im speziellen der nordamerikanische Raum, sich zu einem gewaltigen Wirtschaftsgebilde zusammenschließt. Wir wissen, daß Mexiko und Kanada mit den Vereinigten Staaten ein System erproben und letztlich dort landen werden, wo die EG sich bereits befindet und wo wir letztlich auch hin müssen. Denn eines ist auch sicher, wenn diese Blockbildungen entstehen – und in Südostasien wird das gleiche unter der besonders starken Beteiligung Japans passieren –, dann bedeutet das natürlich für uns auch einen Schutzbereich. Denn, meine Damen und Herren, die EG ist als Zollunion, was die EFTA ja nicht ist, auch ein Diskriminierungsinstrument. Man muß das sehen, so wenig schön diese Bezeichnung ist, aber man muß dazu stehen, daß es das ist und daß daher in Wirklichkeit ein Weg an diesem 320-Millionen-derzeit-Markt nicht vorbeiführen. Wir müssen also schon aus Diskriminierungsgründen oder um diese zu unterlaufen diesen Weg dorthin gehen, und dieses Bekenntnis steht daher für uns auch fest. Die Sorgen, die im Zusammenhang mit den vier Freiheiten, also Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, in Wirklichkeit entstehen, sind berechtigt. Es gibt ein paar Schwerpunkte, über die man sich wirklich in diesem Rahmen und in diesem Haus unterhalten muß. Wir haben zu Recht große Sorge, was die Transitfrage betrifft. Es ist oder es sei mittlerweile sichergestellt, daß die Transitfrage nicht in die Frage des EG-Beitritts unmittelbar hineingezogen wird beziehungsweise nicht zur Bedingung gemacht wird. Ein sehr wichtiger Schritt!

Das Zweite, es wurde ja angesprochen, wir haben hohe soziale Standards und hohe Umweltstandards. Die EG und auch EWR werden diese Standards nicht nur nicht verbieten, sondern es ist davon auszugehen, daß unsere höheren Standards nicht nur belassen werden, sondern daß die übrigen versuchen werden, sich diese Standards anzugleichen. Auch das – glaube ich – ist eine politische Willenskundgebung, die in der EG festzustellen ist. Es gibt natürlich darüber hinaus Probleme im Zusammenhang mit dem Grundverkehr. Sie wurden angeschnitten, und man sollte dazu sagen, daß hier noch nicht alles ausgeräumt ist und daß diese Freiheiten auch des Grundverkehrs natürlich noch einer besonderen Regelung und auch einer besonderen Maßregelung, nämlich Augenmaßregelung, unterworfen werden müssen. Schließlich ist noch klar, daß der Kohäsionsfonds, also das Instrument des Ausgleiches Nord-Süd, ein noch nicht ausdiskutiertes Problem darstellt, insbesondere auch was die Landwirtschaft betrifft. Es geht auch um die Fischerei, die uns

nicht betrifft – das ist in den nordischen Gewässern –, aber es geht vor allem um die Frage der Landwirtschaft, und die, meine Damen und Herren, betrifft uns sehr wohl und sehr intensiv. Ich glaube – und ich möchte da durchaus bei dem anschließen, was der Herr Abgeordnete Grillitsch gesagt hat –, daß wir auch dort die Chancen, die wir haben, nützen können und nützen müssen, weil wir im Verhältnis zum übrigen Europa ein Kapital haben, das man sonstwo in der Form nicht mehr findet, nämlich unsere Natur, unsere Landschaft – man kann es wirklich so nennen: unsere Kulturlandschaft.

Bei der Vermarktung derselben darf und muß man äußerst sorgsam vorgehen, und wir müssen uns dieses Gut bewahren. Und dieses Gut können wir uns nur bewahren, wenn auch die landwirtschaftliche Struktur so ausschaut, daß wir bewußt die kleine Struktur und auch bewußt die gemischtwirtschaftliche Struktur aufrechterhalten. Ich glaube, wir sollten als Gesellschaft sagen: Das ist uns etwas wert. Wir sollten dieses Bekenntnis ablegen und auch wissen, daß das tatsächlich etwas kostet. Und es ist ein Kreislauf, der sich abschließt. Der Arbeitnehmer, der die Natur konsumiert, ist auch derjenige, der davon profitiert, daß es jemanden gibt, der dieses Kulturgut erhält, so daß wir aus der volkswirtschaftlichen Überlegung auch sagen müssen: Jawohl, diese Landwirtschaft in dieser ihrer Strukturierung, die uns die ehemals sogenannten freien Güter, die heute längst knappe Güter sind, Luft, Umwelt, ökologischer Kreislauf und so weiter, sichert, ist uns tatsächlich etwas wert, und wir müssen bereit sein, das auch zu bezahlen.

Man muß also sehen, daß es tatsächlich Ängste gibt, daß es aber unsere Aufgabe ist, diese auszuräumen. Und jetzt muß ich einen Punkt wirklich besonders hervorheben – das ist die Frage der Information! Ich sage gar nicht, daß das in erster Linie und ausschließlich eine Angelegenheit des Landes ist. Aber wenn man alles in allem betrachtet, sich alle Gebietskörperschaften anschaut, dann muß ich sagen, daß es ein Informationsdefizit gibt. Und ich glaube fast, wenn wir derzeit eine Volksabstimmung machen würden, daß es sehr schwierig wäre, eine Mehrheit zu bekommen. Ich glaube, man kann das ohne weiters ausdrücken, deswegen weil wir zu wenig an Information und Aufklärung betrieben haben und weil zu stark auch partikuläre Interessen dort und da bestimmte Stimmungen angeheizt haben, die wir absolut nicht wollen. Der gemeinsame Weg ist daher ausreichende Information, damit die Menschen sich orientieren können.

Ich komme zum letzten Bereich: Was geschieht mit den Ländern und in der Folge, da der Föderalismus ja nicht bei den Ländern aufhören kann, mit den Gemeinden?

Meine Damen und Herren, es bietet sich, glaube ich, an, daß wir zu einer neuen Qualität des Verhältnisses zwischen dem Bund und den Ländern und in der Folge zu den Gemeinden kommen, die über das hinausgeht, was wir derzeit in unserer föderalen Struktur institutionalisiert haben. Es ergibt sich die Chance und die Möglichkeit, über die Bundesratsfrage, über die Landeshauptmännerkonferenz hinausgehend tatsächlich durch Staatsvertragsmaßnahmen unter Umständen überhaupt durch eine Veränderung der Bundesverfassung, die sich ja spätestens bei der EG-Frage stellen

wird, die Flexibilitäten, die sich ja ununterbrochen zeigen und anbieten, in unserem Stufenbau des Rechtssystemes tatsächlich wahrzunehmen und dorthin zu delegieren, wo tatsächlich die erwünschte Nähe sinnvoll ist. Es ist das keine Einbahnstraße – es kann in die eine oder in die andere Richtung gehen –, aber wir haben die Chance, zu einer neuen Qualität auch des föderativen Prinzips vorzustoßen. Dieses derzeitige System ist für mich ein sehr starkes Verheißungssystem. Es wird sozusagen angekündigt, daß im Laufe des „procedere“ die Länder stärker einbezogen werden. Ich meine, daß es allerhöchste Zeit ist, das sofort zu tun. Ich glaube, daß das Informationssystem gut funktioniert, aber daß man sich auch die Frage der Festlegung bestimmter Vetomöglichkeiten bei Einhelligkeit der Länder doch sehr deutlich stellen sollte. Und natürlich haben wir dann letztlich die Verpflichtung, das gleiche auch in Hinsicht unserer Gemeinden zu tun. Ich bekenne mich zum Beispiel auch dazu, was heute schon angeschnitten wurde, daß wir die Verantwortlichkeiten für Einnahmen und Ausgaben dorthin geben, wo sie auch tatsächlich stattfinden. Die Ausgabenverantwortung kombiniert mit der Einnahmenverantwortung ist auch eine neue Qualität des Föderalismus.

In diesem Sinn, meine Damen und Herren: Es gibt in verschiedenen Fragen Probleme, die wir ehrlich und offen diskutieren sollen. Wir sollen sie aber nicht angstvoll diskutieren, sondern mit großer Hoffnung, auch mit den Möglichkeiten, die dieser Markt bietet. Es wird zu einer Steigerung des Sozialproduktes kommen, allein über diese Automatik, es wird aber noch etwas passieren, was noch nicht angeschnitten wurde: Es wird zu einer Senkung auch von bestimmten Preisbereichen kommen, von denen wir heute wissen, daß sie über die geschützten Bereiche relativ zu hoch sind. Auch dieser Anpassungsprozeß wird nicht immer leicht sein, aber ich glaube, er ist notwendig. Auch diesen Punkt sollte man im Sinne der Konsumenten, die wir auch alle sind, nicht übersehen. Wir sollten daher diese Chancen nützen, die Probleme sehen, aber insgesamt positiv und zukunftsbewußt in diesen gemeinsamen Markt gehen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 18.50 Uhr.)

Präsident Meyer: Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Frau Abgeordneten Kammlander.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Der Antrag der Frau Abgeordneten ist jedoch nicht von vier Mitgliedern des Hohen Hauses unterfertigt, weshalb ich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 die Unterstützungsfrage stelle.

Wer den Beschlußantrag der Frau Abgeordneten unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Beschlußantrag hat die erforderliche Unterstützung nicht gefunden.

Eingbracht wurde weiters ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Cortolezis, Grillitsch, Dr. Maitz,

Dr. Rupp, Trampusch und Gennaro, betreffend den Schutz und den Ausbau von Länderrechten im Prozeß der Europäischen Integration.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Cortolezis, Grilitsch, Dr. Maitz, Dr. Rupp, Trampusch und Gennaro die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der ÖVP-Abgeordneten an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die Sicherheit in der Steiermark, und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Heibl.

Abg. Heibl (18.53 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben uns in den vergangenen, vor allem auch in der letzten Landtagssitzung eingehend mit Sicherheitsfragen befaßt, und meiner Meinung nach ist Sicherheit ja nicht nur an der jugoslawischen Grenze ein Thema, sondern das ist ein sehr weiter Begriff. Es ist gar keine Frage, daß Sicherheit permanent und auf vielen Ebenen zu erfolgen hat, daß aber vor allem auch die Bevölkerung daher im hohen Ausmaß – und wir haben das vorhin ja gehört – informiert werden muß, um sich dann auch dementsprechend und richtig verhalten und vorbereiten zu können. Wir vergessen anscheinend sehr schnell – zu schnell – etwa die Katastrophe von Tschernobyl, sonst verstehe ich es einfach nicht, daß eine angebotene – und heute haben wir das ja behandelt – Förderung zum nachträglichen Einbau von technischen Schutzraumausstattungen so zaghaft angenommen wird.

Bis Ende Mai waren es rund 40 Ansuchen, die mit einem formlosen Antrag zu stellen waren, die bei der Rechtsabteilung 14 eingegangen sind. Sicherheit bedeutet, meine Damen und Herren, aber auch größtmögliche wirtschaftliche Leistungskraft und auch soziale Absicherung. Das alles ist Sicherheit. Wir Steirer befinden uns am äußersten Rand, ob wir jetzt zur EG kommen oder nicht, wahrscheinlich wird es der Fall sein, einer großen, im Entstehen befindlichen Wirtschaftsmacht, wahrscheinlich der leistungsstärksten der Welt. Der Unterschied zu unserem Nachbarn Jugoslawien wird immer größer. Der Unmut bei unseren Nachbarn nimmt zu. Die politische Lage in Jugoslawien, meine Damen und Herren, ist derzeit und auch in absehbarer Zeit, meiner Meinung nach, wahrscheinlich auch nicht so, daß bestehende Ängste der Grenzlandbevölkerung automatisch abgebaut werden können. Unsere Aufgabe ist es, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln ein entsprechendes und

ausreichendes Sicherheitsgefühl diesen Grenzlandbewohnern zu vermitteln. Wir müssen uns mit den an der Grenze befindlichen Beamten des Zolls, der Gendarmerie, aber auch der betroffenen Bevölkerung solidarisieren. Den Grenzlandbewohnern ist es egal, ich habe das letztes Mal auch gesagt, wer zuständig ist oder nicht. Die Grenzlandbevölkerung will Aktivitäten sehen. Und das müßte doch durch Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien möglich sein. Ich ersuche daher nochmals unseren Landeshauptmann Dr. Krainer, in Wien vorstellig zu werden. Ich habe in der letzten Landtagssitzung ausführlich über die Erstaufnahme von Flüchtlingen oder Zuwanderern – wie es heißt – im Grenzbereich berichtet und die miserablen baulichen und sanitären Zustände dargestellt. Ich möchte das auch nicht wiederholen. Aber ich habe auch mit diesen Menschen dort gesprochen, und beim Zoll ist es sicher so, daß sie am Ende der Leistungskraft angelangt sind und daß sie Arbeiten, die ihnen vom Gesetz her zugedacht sind, nicht mehr ordnungsgemäß durchführen können. Sie sind einfach unterbesetzt. Und bei der Gendarmerie ist es halt auch so ähnlich, aber mindestens im gleichen Ausmaß fehlen diesen Gendarmeriebeamten Räumlichkeiten, denen fehlen technische Geräte, wie Autos und Schreibmaschinen. Sie haben Schreibmaschinen aus den fünfziger Jahren. Ich habe mich am Samstag voriger Woche wiederum beim Spielfelder Gendarmerieposten, beim Kommandanten selbst, erkundigt, was nach Bekanntwerden dieser Zustände, sie waren ja auch in einigen Zeitungen veröffentlicht, von seiten der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz unternommen wurde. Außer einer Feststellung, wie viele Menschen in diesen Zellen Platz finden, noch nichts. Eine Sekretärin der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz bestimmt weiterhin, wer Flüchtling ist oder nicht. Es ist so, wer einen Paß hat, wird in den meisten Fällen wieder zurück nach Jugoslawien gestellt, weil ihn die Jugoslawen annehmen müssen. Wer keinen Paß hat, bleibt hier und ist halt Flüchtling, weil ihn die Jugoslawen nicht mehr nehmen. Das nehme ich einfach so zur Kenntnis. Nehme aber auch zur Kenntnis, meine Damen und Herren, daß die steirische Landesregierung unter Zustimmung der damit befaßten Landesräte, Landesrat Tschernitz, aber auch Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, einen 10-Millionen-Kredit im außerordentlichen Haushalt für diese Vorhaben beantragt hat. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.56 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (18.56 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Abgeordneten der steirischen Volkspartei haben sich neuerlich veranlaßt gesehen, zum Thema „Innere Sicherheit“ eine dringliche Anfrage einzubringen. Wir wollen es nicht hinnehmen, daß die zuständigen Minister, der Innenminister und Finanzminister, derartig offenkundig und eklatant die berechtigten Sicherheitsinteressen der Steiermark negieren. Es ist ein Faktum, daß die Gendarmerie und somit der gesamte ländliche Raum gegenüber der Polizei personell sehr stark benachteiligt sind. Die geplante Schließung von

nahezu 50 Gendarmerieposten in der Steiermark würde diese Schlechterstellung zusätzlich verstärken. Für mich ist es ein nicht zu rechtfertigender Zustand, daß die Polizei in Österreich, die auch ihre Probleme hat, um 1000 Beamte mehr hat als die Gendarmerie. Die Polizei hat einen Bereich zu betreuen, der 2,6 Millionen Österreicherinnen und Österreicher umfaßt. Bei der Gendarmerie hingegen haben wir einen Personenkreis von fünf Millionen Österreichern, die auf einen Wachebeamten kommen. Im Polizeibereich fallen somit etwas über 200 Einwohner auf einen Wachebeamten, während im Gendarmeriebereich österreichweit bereits 426 Österreicherinnen und Österreicher auf einen Beamten fallen. Leider ist hier die Steiermark noch einmal schlechtergestellt. Im steirischen Schnitt kommen auf einen Gendarmeriebeamten mehr als 500 Einwohner. Auch in den Grenzlandbezirken Radkersburg und Leibnitz ist die Situation nicht besser als zum Beispiel im Bezirk Mürzschlag. Hier kommen auf einen Wachebeamten 510 Einwohner. In meinem Heimatbezirk in Hartberg, wo wir mehr als 2000 Flüchtlinge haben, kommen auf einen Gendarmeriebeamten 740 Einwohner. Im Vergleich dazu im Polizeibereich nur 200 Einwohner. Also jetzt schon ist eine eklatante Schlechterstellung gegeben. Angesichts dieser Situation der Arbeitsüberlastung ist es für mich nur verständlich, wenn bei einem solchen Innenminister und bei einem solchen zuständigen Staatssekretär heute zwischen 14.000 und 15.000 Exekutivbeamte auf die Straße gegangen sind. Das, was Innenminister Löschnak gerade meinem Heimatbezirk Hartberg antut, hat uns noch kein Minister angetan, und ich werde nachher auch aus einem Brief von Innenminister Löschnak zitieren können, wie ernst er unsere Sorgen nimmt. Ich befinde mich hier im Einklang mit den Jusos, die schon vor geraumer Zeit den Rücktritt von Innenminister Löschnak gefordert haben. Ich finde, daß hier der Juso-Vorsitzende Winkler recht gehabt hat, als er den Rücktritt von Innenminister Löschnak gefordert hat, wenn unsere Interessen so beharrlich ignoriert und wir an der Nase herumgeführt werden. Ich möchte Ihnen einen Beleg geben. Der Kollege Alfred Prutsch war am 19. März mit einer Bürgermeisterdelegation beim Innenminister in Wien. Damals sind wir empfangen worden vom General Seiser. General Seiser hat uns damals mitgeteilt – und ich führe den Kollegen Prutsch als Zeugen auf –, er kann uns leider nichts sagen, wir sollen uns im Juni an den Innenminister wenden, wenn er die Unterlagen hat. Jetzt habe ich dem Innenminister geschrieben. Wissen Sie, was er mir geantwortet hat? „Wie mir der Leiter der Gruppe B, General Mag. Seiser, mitteilt, haben Sie am 19. März 1991 mit einer Delegation im Bundesministerium für Inneres die Probleme, die bei der Zusammenlegung von Gendarmeriedienststellen entstehen, besprochen und sind über die nächsten Schritte in bezug auf das Dienststellenstrukturkonzept informiert worden.“ Damals sind wir nicht informiert worden. Ich bin verwiesen worden auf den Minister, und der verweist mich jetzt wieder auf seinen Beamten, auf den Herrn Mag. Seiser. So kann es wohl nicht gehen, daß man zuerst von Bürgernähe spricht und daß wir miteinbezogen werden, wenn bei uns im Bezirk von 14 Posten sieben geschlossen werden sollen.

Jetzt nenne ich Ihnen ein zweites Beispiel vom Innenminister. Wir haben 2000 Flüchtlinge im Bezirk

Hartberg. Es gibt keinen Bezirk, der in dieser Frage derartig belastet ist. Und bisher ist noch alles gut gegangen. Ich möchte es bewußt so formulieren. Was macht jetzt der Innenminister? 150 Flüchtlinge, die Arbeit gefunden haben, werden gezwungen, innerhalb von einer Frist von zehn Tagen diese Quartiere zu verlassen. Als ich anrufe beim Ministerium, weil eine hochschwängere Frau dabei war, ob man wenigstens für die eine Ausnahme machen kann, hat es geheißen, nein, das ist ein genereller Erlaß, auch sie muß hinaus. Was macht man? In diese 150 Quartiere sind inzwischen schon neue Flüchtlinge gekommen. Die dürfen bei uns im Bezirk nicht arbeiten. Weil wir schon einen derartig hohen Anteil an Flüchtlingen haben, ist unser Kontingent erschöpft, was die Arbeitsbewilligungen betrifft. 150, die Arbeit haben, stehen auf der Straße, weil sie keine Wohnung haben. In die Quartiere hat der Innenminister 150 einquartiert, die den ganzen Tag herumlungern müssen, nichts tun können. Wer wundert sich da, wenn die Ausländerfeindlichkeit steigt? Die Leute sehen sie nur herumstehen und sagen: „Die wollen nicht arbeiten.“ Das Gegenteil ist der Fall: Die dürfen nicht arbeiten! Und ich könnte Ihnen nicht einen, sondern eine Legion von Briefen vorlegen, die ich dem Innenminister geschrieben habe. Die Antworten sind genauso nichtssagend wie bei den Gendarmerieposten.

Und ich sage Ihnen ganz offen, ich finde es daher angebracht – ich mache das nicht leichtfertig, und in den fünf Jahren, in denen ich im Landtag bin, habe ich noch nie von dieser Stelle aus den Rücktritt eines Ministers gefordert. Ich glaube, daß man das nicht hinnehmen darf, daß derartig über die Köpfe der Betroffenen hinweggefahren wird und man überhaupt nicht ernstgenommen wird. Die Bürgermeister in den betroffenen Gemeinden sind verzweifelt. Nur bei uns im Bezirk Hartberg sind in diesen sieben kleinen Gemeinden – und das sind keine großen Gemeinden – innerhalb kürzester Zeit 8000 Unterschriften für die Erhaltung der Gendarmerieposten gesammelt worden. Man hat nicht einmal den Bürgermeistern gesagt, wer die zuständige Stelle ist, wo sie wenigstens ihre Unterschriften abgeben können – wie ernst sie genommen werden, werden wir ja sehen.

Und hier kommt noch der Löschnak-Plan hinzu, von 1175 Dienstposten, die für das heurige Jahr in Aussicht gestellt sind – und ich habe vorher das Ungleichgewicht zwischen Polizei und Gendarmerie aufgezeigt –, wieder 388 zusätzlich zur Wiener Polizei zu geben, aber nur 25 zur Gendarmerie in der Steiermark, und dann gleichzeitig noch einige Dutzend von Gendarmerieposten zu schließen.

Soweit zur bundespolitischen Seite. Und ich muß hier auch sagen, daß ich in dieser Frage von Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek enttäuscht worden bin. Warum? Er hat schon im Februar inserieren lassen – (Landesrat Dr. Strenitz: „Wir haben nichts anderes erwartet!“) Ich bin nicht überall enttäuscht, aber in dieser Frage bin ich wirklich enttäuscht. (Abg. Schrittwieser: „Das haben wir schon gehört!“) Ja, ich muß es wiederholen, weil sich nichts geändert hat, weil die Inseratenkampagne fortgesetzt worden ist, Kollege Schrittwieser. (Abg. Gennaro: „Du wirst noch mehrere Enttäuschungen erleben. Du bist noch jung!“) Ja, Kollege Gennaro (Abg. Schrittwieser:

„Was hat Landeshauptmann Dr. Krainer hier gemacht?), darf ich gleich sagen: Der Herr Landeshauptmann Krainer, Kollege Schrittwieser, hat hier zu einem Zeitpunkt schon reagiert, wo für Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek das Thema noch kein Thema war, und ist beim Innenminister vorstellig geworden. Den Schriftverkehr gibt es nachweislich, den kann ich dir gerne geben. Und dann hat die SPÖ im Februar inseriert, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek zusätzliche Dienstposten erreicht hätte. Leider stimmt das nicht, denn im Dienstpostenplan war das schon Monate vorher, genau diese Anzahl von Dienstposten, festgelegt. Es ist kein einziger dazugekommen. Und mein Kollege Schützenhöfer wird noch zu Wort kommen; der wird dich aufklären, was er erreicht hat. Ein „Minuswachstum“ hätte Androsch dazu gesagt. Das hat er erreicht, aber nicht mehr. Und ich finde es einfach nicht richtig, daß man diesen sensiblen Bereich für eine parteipolitische Inseratenkampagne hernimmt – das sage ich ganz offen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Falsche Informationen!“) Ich finde es nicht richtig, wenn hier die Bevölkerung falsch informiert wird, und die Inserate haben falsche Fakten beinhaltet, was ich jederzeit und gerne nachweise.

Erstens sind keine zusätzlichen Dienstposten in die Steiermark gekommen, und das Zweite, was in den Inseraten war, daß die Bevölkerung beruhigt sein kann, was die Schließung der Dienstposten betrifft, daß hier mit den Verantwortlichen Gespräche geführt worden sind: Bis heute hat sich der Innenminister geweigert, mit den Verantwortlichen Gespräche zu führen. Vielleicht erreicht hier der Herr Landeshauptmannstellvertreter etwas. Es wäre nur im Interesse der Bevölkerung. Aber zuerst inserieren und dann ist nichts da, das halte ich nicht für den richtigen Weg. Ich halte die Vorgangsweise von Innenminister Löschnak – und ich möchte nicht zu lange reden – einfach für unverantwortbar und möchte daher noch einmal am Ende eines bitten – der Herr Landeshauptmann hat es heute schon gesagt, daß es auch hier einen einstimmigen Beschluß der Landesregierung gibt –, daß man diesen Themenbereich sehr, sehr ernst nimmt, vor allem was die Flüchtlingsfrage betrifft. Das ist ein sehr sensibler Bereich, und das, was bisher der Innenminister gemacht hat, war in jeder Hinsicht falsch. Wir haben zuerst – und ich wiederhole es – 2000 Flüchtlinge bekommen; es ist niemand informiert worden, es ist niemand vorbereitet worden. Dann hat man im nachhinein versucht zu reparieren, wo es noch möglich war, und jetzt, wo die ersten Integrationsbemühungen teilweise Erfolge zeigen, werden diese Leute, die teilweise schon integriert sind, auf die Straße gesetzt, und es kommen wieder neue Flüchtlinge nach, die nicht arbeiten dürfen. Dieser Weg ist sicherlich ein völlig verkehrter. Wenn man das ernst nimmt – und hier bin ich bei einem Wort von Bürgermeister Zilk, das ich sehr ernst nehme –: Es geht nicht, wie es Cap und Marizzi falsch formuliert haben, ob das Boot voll ist; es geht um die richtige Verteilung im Boot. Und in dieser Frage hat sich's der Herr Innenminister zu leicht gemacht – auch bei uns hier in der Steiermark. Vergleichen Sie die einzelnen Bezirke, wie es hier aussieht. Es ist ein derartiges Ungleichgewicht. Jedes Boot würde bei einer derartigen Beladung zum Kentern kommen, wenn man ein Boot so ungleichgewichtig beladen würde.

Vor diesem Hintergrund bitte ich alle Abgeordneten, unserem Beschlußantrag die Zustimmung zu geben. Dieser lautet:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse der Sicherheit in der Steiermark mit folgenden Forderungen an die Bundesregierung heranzutreten:

Erstens: Es ist, wie bereits mehrfach gefordert, eine markante Aufstockung des Zollwachepersonals an der steirisch-slowenischen Grenze vorzunehmen, damit den Anforderungen des sprunghaft gestiegenen Grenzverkehrs und den Problemen mit der explodierenden Vervielfachung von illegalen Grenzübertritten in bestmöglicher Weise entsprochen werden kann. Zweitens: Es ist angesichts der alarmierenden Daten der jüngsten Kriminalstatistiken und der gestiegenen Aufgaben eine markante Erhöhung der Planstellen für die Gendarmerie in der Steiermark vorzunehmen, da insbesondere im ländlichen Raum eine eklatante Unterversorgung registriert werden muß. Drittens: Der Innenminister hat daher auch von allen Schließungsplänen von Gendarmerieposten in der Steiermark, gegen die es ebenfalls seit Monaten eine Welle des Protests gibt und die zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung geführt haben, unverzüglich Abstand zu nehmen. Viertens: Der Finanzminister wird aufgefordert, von allen Schließungsplänen für Zollposten in der Steiermark Abstand zu nehmen. Eine offene und sichere Grenze erfordert vielmehr mehr Übertrittsmöglichkeiten und mehr Personal. Fünftens: Die berechtigten Forderungen der Exekutive personeller und finanzieller Natur sind im Rahmen einer sinnvollen Prioritätensetzung im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung zu erfüllen. Sechstens: Von weiteren Zentralisierungen im Exekutivbereich, wie etwa bei der Verkehrskobra, die nur mehr Bürokratie, Reibungsverluste und nicht zweckdienlichen Mehraufwand mit sich bringen, ist Abstand zu nehmen. Im Interesse der Bürgernähe und stärkerer Vertrauensbildung in der Bevölkerung ist vielmehr eine Föderalisierung von Sicherheitsagenden mit entsprechender finanzieller Ausstattung erforderlich.

Ich bitte Sie, diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP. – 19.09 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

Abg. Günther Prutsch (19.09 Uhr): Verehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Das Thema Sicherheit hat in den letzten Monaten bereits mehrmals das Hohe Haus hier beschäftigt. Fakten, Zahlen und Problemdarstellungen wurden in umfassender Form dargelegt. Trotz allem möchte ich mich auch als Grenzlandabgeordneter hier zu Wort melden. Sie werden verstehen, daß die Grenzlandbevölkerung ein besonders ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis hat und sensibel auf die Fragen und Antworten reagiert. Die Öffnung der Ostgrenzen hat neue Situationen geschaffen, die von allen große Flexibilität und vor allem auch Einsatz verlangen. Ich möchte daher ganz bewußt auf meinen Vorredner nicht eingehen. Neben der Sorge um die Bevölkerung müssen wir allen Exekutivorganen verstärktes Augenmerk schenken. Ich persönlich habe kein Verständnis für Wiener Pläne, die auf Kosten der Grenzlandbevölkerung

gehen. Ich habe aber auch kein Verständnis – und das sei auch meinem Vorredner wiederum gesagt – für unqualifizierte Anti-Wien-Schreiereien. (Abg. Dr. Lopatka: „Was war da unqualifiziert?“)

Ich möchte daher auch eindringlich vor unbedachten Aktionen und Aussagen warnen – auch dies im Zusammenhang mit der Jugoslawien-Frage. Manche scheinen ja förmlich auf einen Bürgerkriegsausbruch in Jugoslawien zu warten.

Damit können und dürfen wir nicht Politik machen, und Sicherheit kann man nicht im Bedarfsfall und schon gar nicht vor der Wahl aus der Lade ziehen. Ein sorgsamer Umgang mit den Ängsten der Bevölkerung und auch mit den internen Angelegenheiten unserer Nachbarländer ist angebracht und wäre allen dienlich.

Für mich steht eine Einschränkung der Sicherheitsbehörden, vor allem im Grenzland, überhaupt nicht zur Diskussion. Im Gegenteil, die Politik hat auf die neue Entwicklung mit zusätzlichen Maßnahmen zu reagieren. Die gewaltige Entwicklung im Personenverkehr läßt sich mit einigen wenigen Zahlen dokumentieren. Bei einem nur sehr leicht gestiegenen Personalstand im Grenzübergang Spielfeld ist die Zahl der Reisenden von 17,8 Millionen im Jahre 1989 auf 20,3 Millionen 1990 gestiegen. Und noch dramatischer ist die Entwicklung in Langegg: 1989 waren es 1,9 Millionen Reisende, und 1990 waren es bereits sage und schreibe 4,3 Millionen Reisende. Eine Steigerung von mehr als 125 Prozent bei gleichbleibendem Personalstand. Und an allen anderen Grenzübergängen sind ähnliche Steigerungen zu verzeichnen. Dazu kommen unhaltbare Raumverhältnisse in vielen Dienststellen.

Und keineswegs besser ist – wie wir alle wissen – die Situation in der Gendarmerie. Kollege Heibl hat in der letzten Sitzung über die unhaltbaren Verhältnisse sehr eindrucksvoll berichtet. Der Anstieg der illegalen Grenzübertritte schafft für die Zollwache und für die Gendarmerie fast unlösbare Zustände, die ein umfassendes Reagieren erforderlich machen. Nicht das Taktieren und schon gar nicht das Spekulieren mit der Angst bringen uns weiter. Wir haben natürlich Zuständigkeiten der Wiener Ministerien einzufordern, dürfen aber die Verantwortlichkeit der Steiermark nicht übersehen und schon gar nicht wegdiskutieren. Wir müssen Neues beginnen und Begonnenes fortsetzen, denn genug getan haben wir noch lange nicht. (Beifall bei der SPÖ. – 19.14 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (19.14 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, von der Mehrheitspartei hier im Hause geht die dringliche Anfrage in der Begründung ein bißchen daneben, nämlich über die Fragen der Sicherheit wurde in der laufenden Legislaturperiode und vor allem in den letzten Monaten sehr viel schon diskutiert. Ich sage aber dazu, daß uns die Sicherheit wirklich sehr viel wert sein muß und daher eigentlich jeder Zeitpunkt passen sollte. Unabhängig von diesem Bekenntnis zur Sicherheit, insgesamt zur Sicherheitspolitik – (Abg. Dr. Cortolezis: „Ist das eine alte Rede?“) Lieber Kollege Cortolezis, ich meine vielmehr, Sie von der ÖVP haben sich in Ihrer Begründung geirrt. Die richtige Begründung für diese dringliche

Anfrage wäre, erstens steht die Landtagswahl ins Haus, zweitens, wir wissen, daß die Personalvertretungswahlen im Bereich der Exekutive vor dem Haus stehen (Abg. Dr. Lopatka: „Kollege Weilharter, das gilt für den inneren Sicherheitsdienst innerhalb der FPÖ!“), und, lieber Kollege Dr. Lopatka, der dritte Punkt wäre, Sie sind krampfhaft bemüht, für Ihre Partei in der Steiermark ein Wahlthema zu schaffen oder, lieber Kollege Lopatka, Ihre Wortmeldung war ja eine Wiederholung. Ich habe das Protokoll vom 5. März hier, oder ist es eine Alibipolitik, die Sie heute hier abspulen, nämlich eine Anlaßpolitik, weil gerade heute die Exekutivbeamten in Wien demonstrieren.

Ich glaube, Hohes Haus, meine Damen und Herren, so leicht kann man sich die Frage der Sicherheitspolitik insgesamt nicht machen. Ich verwahre mich namens meiner Fraktion, auf Kosten der Sicherheit parteipolitische Spekulationen anzustellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Unbeachtet der Situation, so ernst und so dramatisch und auch mit großer Sorge wird die Entwicklung im Süden der Steiermark verfolgt. So sensibel und so emotionell also die Frage der Entwicklung in Jugoslawien ist, sollte sie auch nicht der Anlaß sein, in der Steiermark damit vielleicht auch eine Panikmache zu erzeugen und schon im Hinblick auf die kommende Landtagswahl im Herbst Stimmung zu machen. (Abg. Dr. Lopatka: „Wissen Sie, was Dr. Haider in dem Zusammenhang macht?“) Ein Punkt, lieber Kollege Dr. Lopatka, und Sie sind ein Profi in diesem Bereich, ein Punkt kann nicht dazu verwendet werden, und eine Situation kann nicht dazu verwendet werden, nämlich die Frage der illegalen Grenzübertritte, daß man auch damit versucht, wiederum politisch Kapital zu schöpfen – die Flüchtlingsfrage insgesamt. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Engelbert, das muß man aufzeigen!“) Ich habe die Gelegenheit gehabt, anlässlich der letzten Landtags-sitzung, die gehört neu überdacht und vor allem der Begriff Asylant neu definiert. Neu definiert mit der Begründung rassisch, politisch und religiös Verfolgte werden selbstverständlich der Genfer Konvention entsprechend aufgenommen und behandelt. Diese Formulierung sollte aber auch nach außen getragen werden, damit die sogenannten illegalen Grenzgänger nicht mit falschen Hoffnungen in unser Land kommen.

Ein Punkt noch zur Frage der Schließung der Gendarmerieposten. (Abg. Dr. Cortolezis: „Dein Klubobmann ist auch bald ein Asylant in der Steiermark!“) Lieber Kollege Dr. Cortolezis, das ist deine Definition, aber ich bin überzeugt, bei Ihnen und Ihrer Partei wird von uns keiner um Asyl ansuchen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Lopatka: „Was ist Rader jetzt?“ – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das ist seine letzte Chance, er muß von der Brücke springen!“) Gerade diese Situation im Hinblick auf die Schließung der Gendarmerieposten sollte auch nicht Anlaß geben, daß wir verallgemeinern und in dieser Frage versuchen, uns stark zu machen und immer wieder eine Anti-Wien-Politik betreiben. Selbst die betroffenen Beamten in den kleineren Posten sagen, daß es notwendig ist, in manchen Bereichen Posten aufzulassen, anderen Posten anzugliedern, damit die Effizienz gewahrt ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Welchen möchtest du auflassen?“) Ich sage dir, lieber Kollege Lopatka, sehr offen, weil du

Murau anspricht. Ich bekenne mich dazu, und auch die betroffenen Beamten bei uns im Bezirk Murau, der Zweimannposten Krakaudorf wäre notwendigst einzugliedern beim Posten Schöder. Warum? Weil zwei Mann, lieber Kollege Bacher, überhaupt nicht in der Lage sind, bei den Verwaltungsaufgaben, die sie zu bewerkstelligen haben, effizienten Sicherheitsdienst zu machen, und vor allem überhaupt nicht in der Lage sind, vorbeugende Maßnahmen zu setzen, die sogenannten Präventivmaßnahmen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Mit dieser staatsmännischen Rede bist du erster Nachfolger für den Klubobmann!“) Hohes Haus, meine Damen und Herren! Beginnen wir die Diskussion in der Frage der Sicherheit nicht mit Schuldzuweisungen. Lassen wir in der Frage der inneren Sicherheit die parteipolitischen Aspekte beiseite. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du verstehst das Problem nicht, sonst hättest du heute nicht eine solche Rede gehalten!“) Und, lieber Kollege Eichtinger, deine Fraktion sind die Profis in der parteipolitischen Punzierung. Ich sage nur das Stichwort: Die Bestellung des Landesgendarmeriekommandanten, die Bestellung des steirischen Sicherheitsdirektors wurde von deiner Fraktion dazu benutzt, daß die beiden parteipolitisch punziert wurden. Die beiden Beamten haben es nicht verdient und die Exekutive nicht.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Treten wir vielmehr dafür ein, daß im Bereich der Exekutive für Gerechtigkeit im Bereich der Überstunden gesorgt wird. Fordern wir vielmehr die Ausgliederung der Überstundenregelung im Exekutivbereich (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Freiheitlicher bist du keiner, würde ich sagen!“) und vor allem auch bei dieser Ausgliederung der Überstunden eine autonome Regelung der Überstunden, daß die sogenannten befohlenen oder angeordneten Überstunden – die kann ja der dienstführende und diensthabende Beamte nicht unbedingt selbst bestimmen – unter Umständen künftig steuerfrei sind. Fordern wir aber auch nicht nur von seiten des Arbeitsinspektorates, daß die Einrichtung in den jeweiligen Dienststellen kontrolliert wird, sondern auch die Mehrleistungen im Bereich der Überstunden. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten diese Diskussion zum Anlaß nehmen, daß wir uns insgesamt zur Exekutive bekennen, das heißt aber auch – und das hat heute der Herr Landeshauptmann treffend formuliert, da gehe ich völlig konform mit ihm –, wenn es im Bereich der Exekutive vereinzelt Fehlentscheidungen gibt, daß wir nicht verallgemeinern, daß der diensthabende Beamte spontan entscheiden muß, was rechtmäßig ist, was nicht rechtmäßig ist. Das heißt, wenn ein Beamter eine Fehlentscheidung trifft in diesem Bereich, weil er spontan einschreiten muß, tun wir nicht verallgemeinern, und sind wir auch so weit in dieser Frage der Sicherheit, daß wir ein umfassendes Bekenntnis zur Sicherheit abgeben. Ein umfassendes Bekenntnis zur Sicherheit heißt: das Bekenntnis zur Gendarmerie, zur Polizei, zur Zollwache, zur Justizwache. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist vernünftig!“) Und vor allem fehlt mir in dieser Frage von seiten der ÖVP immer wieder das Bekenntnis zu unserem Bundesheer. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Auch das!“) Für mich ist unser Bundesheer ein wesentlicher Bestandteil unserer Sicherheit. Bekennen wir uns auch in dieser Frage zur umfassenden, aber auch zur militärischen Landesverteidigung. Glück auf! (19.24 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (19.24 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Eigentlich war ich vor einigen Minuten ein bißchen erschüttert. Darüber nämlich, daß sich einige SPÖ-Abgeordnete dieses Hohen Hauses gefunden haben, die einer Ausführung des freiheitlichen Kollegen Weilharter, mit dem ich mich weiter gar nicht beschäftige, zustimmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines zu Beginn sagen:

Die Stimmung, die die Freiheitliche Partei gegen die Ausländer macht, ist moralisch unerträglich. Mehr habe ich zu ihnen überhaupt nicht zu sagen. Und wenn Sie daher heute meinen, man soll die Frage der Sicherheit nicht in den parteipolitischen Streit ziehen, dann bitte ich Sie, Kollege Weilharter, sagen Sie das dem Abgeordneten Haider, denn er hat mit keiner Frage als mit der Frage der Angst der Bevölkerung – „das Boot ist voll“ und so weiter; Sie wissen es – vor der Nationalratswahl eine Stimmung erzeugt, die unserem Staat Österreich kein gutes Zeugnis ausgestellt hat. Sie sind der Letzte, der sich in dieser Frage überhaupt moralisch zu Wort melden darf. Das darf ich Ihnen in dieser Form sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn wir daher auch, ich sage nicht dem politischen Gegner, sondern dem politischen Partner SPÖ in diesem Zusammenhang einiges zu sagen haben, dann eben deshalb, weil festgestellt werden muß, daß wir seit Wochen und Monaten an den Bundeskanzler und an die zuständigen Minister – und das sind sozialistische Minister, nämlich Löschnak und Lacina – Appelle richten, dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung mit mehr Sensibilität zu begegnen und den berechtigten steirischen Anliegen der Exekutive die verdiente Aufmerksamkeit zu schenken.

Meine Damen und Herren, wir haben hier im Landtag mehrere Anträge eingebracht, die Landesregierung hat einstimmige Beschlüsse gefaßt – die Reaktion ist Null. Aber jeder von uns weiß, daß der Zustand an der Grenze zu Jugoslawien immer bedrückender wird. Ich habe am Wochenende mit einigen Zollbeamten gesprochen, und die haben mir gesagt, meine Damen und Herren, daß die internationalen Schlepperorganisationen, die mit dem Leid hilfloser Menschen ihr unwürdiges Spiel treiben, ihr brutales Geschäft gar nicht mehr an der Grünen Grenze abwickeln müssen, sondern sie fahren teilweise schon einfach mit dem Auto über die Grenze, weil durch den katastrophalen Personalstand sogar die Paßkontrolle – wie uns mitgeteilt wurde – nicht mehr gesichert ist. Was sich die Sozialisten Lacina und Löschnak mit ihrer unverantwortlichen Personal- und Gendarmeriepostenzusperrpolitik leisten, ist ein nie – (Abg. Weilharter: „Ihre Personalvertretung trägt das mit!“) du hast ja überhaupt keine Ahnung – dagewesener unfaßbarer Anschlag auf die Sicherheit unserer Bevölkerung und damit unseres Landes.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen ein paar Beispiele anführen: Da steigt die Ausländerkriminalität – das kann überhaupt niemand bestreiten –,

aber der rote Innenminister will 49 Gendarmerieposten zusperrern. Da signalisierte Minister Lacina die Zustimmung für 60 Planstellen – das liegt schriftlich auf – für den normalen Zollgrenzdienst in der Steiermark, insbesondere auch – nicht nur – wegen der für 1. Juli fixierten Eröffnung des neuen Autobahnzollamtes Spielfeld. Im Mai, vor kurzem, teilte aber der Finanzminister mit, daß eine Personalerhöhung wegen des bevorstehenden EG-Beitrittes – es fand heute eine Debatte darüber statt – nicht sinnvoll sei. Diese Begründung ist nichts anderes als eine Unverfrorenheit sondergleichen, denn die Ostgrenze wird dann EG-Außengrenze sein und somit sowohl zollrechtlich als auch sicherheitspolizeilich verstärkt zu überwachen. Die Folge dieser Lacina-Anordnung: Anstatt die Abfertigungsgruppen personell wie geplant auf mindestens acht aufzustocken, wurden sie von sechs auf fünf reduziert, bis sich vor wenigen Tagen herausstellte, daß damit die ganz normale Zollkontrolle zusammenbricht. Und jetzt sind es wieder sechs – aber acht sollten es pro Gruppe und laut Zusage sein.

Und weil eigentlich niemand mehr weiß, wie man den Dienst überhaupt aufrechterhalten kann, hat man sich – wie mir gestern abend erst mitgeteilt wurde – offensichtlich entschlossen, das an sich fertige Autobahnzollamt Spielfeld nicht zu Beginn der Hauptreisezeit am 1. Juli, sondern einen Monat später, ja vielleicht überhaupt erst Anfang September und damit am Ende der Ferien, zu eröffnen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie auch in der linken Reichshälfte um Verständnis, wenn ich daher sage, das ist perfekte sozialistische Planwirtschaft, wie sie zum Dogmatiker Lacina bestens paßt, aber leider eben am Rücken der Steirer und der hoffnungslos überforderten Zollbeamten.

Eine nicht zu übertreffende zynische Frotzelei des Genossen Lacina ist mir vor einigen Tagen bekannt geworden. Und ich sage Ihnen ganz offen, ich habe das nicht geglaubt, als ich diese Information bekam: Lacina hat 60 zusätzliche Planposten für den normalen Zolldienst zugesagt, und dann kam dieses Telegramm an alle Zollämter. Da steht drin, daß er nicht um einen einzigen aufstocken will, sondern daß Lacina zehn steirische Beamte – und jetzt hören Sie nicht falsch – zur Zollwachabteilung Walsertal-Autobahn, also nach Salzburg, versetzen möchte. Dieses Begehren ist seitens des Finanzministeriums, wie gesagt, an alle Ämter mit der Bitte gegangen, daß sich interessierte Beamte über die Zollhauptfunkstelle melden. Nun weiß ich mittlerweile aus den Gesprächen mit den Zollbeamten, daß sich der Minister kalte Füße geholt hat, aber es herrscht natürlich unter den Zollbediensteten größter Unmut über dieses Ansinnen, weil, wie Arbeitnehmervertreter wissen, Zollbeamte auch ohne eigene Zustimmung bis zu 90 Tagen im Jahr einer anderen Dienststelle zugeteilt werden können.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist das Unfaßbare: Da werden 60 zusätzliche Stellen zugesagt, aber am Ende sollen zehn abgezogen werden. Der Landeshauptmann hat Protest eingelegt, von Schachner-Blazizek habe ich nichts gehört. Es ist still geworden um ihn. Er kennt mittlerweile offensichtlich seinen Stellenwert in Wien. Und trotzdem frage ich Sie, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Prof. Schachner-Blazizek: Wann kommt eigentlich Ihr Aufschrei gegen

die unverantwortliche Sicherheitspolitik der zuständigen Minister Lacina und Löschnak, die ja Ihre Genossen sind?

Und die eigentliche Frechheit kommt erst: Da unterschreiben die beiden Regierungsparteien ein Koalitionsübereinkommen – ich habe es hier Wort für Wort liegen –, der SPÖ-Finanzminister bricht es einfach, und der SPÖ-Bundeskanzler schaut zu oder schaut weg, anstatt daß er seinen Genossen zur Ordnung ruft, wenn schon nicht entläßt.

Meine Damen und Herren, wir nehmen das nicht zur Kenntnis! Im Regierungsübereinkommen heißt es wörtlich – und das darf ich zitieren –: „Wie alle Staaten muß auch Österreich seine Staatsgrenzen wirksam sichern. Auf Grund der besonderen geographischen Lage verlangt diese Sicherung und Überwachung einen stärkeren Einsatz von Exekutivkräften, um illegale Grenzübertritte wirksam zu verhindern. Die Aufgabe der Grenzsicherung war bisher und soll auch weiterhin Aufgabe der zivilen Behörden und der Exekutive sein. Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, daß mit dem derzeitigen Personalstand der Gendarmerie und Zollwache keine dauerhafte Sicherung der Grünen Grenze gewährleistet werden kann. Es wird daher erforderlich sein, zusätzliche Planstellen dafür vorzusehen.“ Ende des Zitates.

So steht es Wort für Wort im Arbeitsübereinkommen der Koalitionsparteien, das am 17. Dezember 1990 unterzeichnet wurde. Demgemäß haben Innen- und Finanzminister am 21. Dezember des Vorjahres vereinbart, die Zollwache um 1000 Planstellen aufzustocken. Ich habe diese Vereinbarung vor mir liegen. Und zwar 700 für den Bereich Burgenland und Niederösterreich sowie 100 für Kärnten und 200 für die Steiermark zur Sicherung, und zwar ausschließlich zur Sicherung und Überwachung der Grünen Grenze zu Jugoslawien. Vereinbart und unterschrieben, geschehen ist nichts. Nicht eine einzige zusätzliche Planstelle wurde für 1991 geschaffen. Das ist schwarz auf weiß dem Dienststellenplan des Bundes, am 5. April dieses Jahres ausgegeben, zu entnehmen. Versprochen und gebrochen, das lassen wir uns nicht gefallen. Wir sind nicht bereit, zur Tagesordnung überzugehen, denn es geht um unser Land, und es geht um unsere Bevölkerung. Ich fordere den Bundeskanzler dringend auf, unverzüglich einzugreifen.

Meine Damen und Herren, es ist ernst. Es ist spät, und die Fakten sind unfaßbar. Nicht einmal 30 der 337 Bediensteten der steirischen Zollwache können für den so notwendigen Streifendienst eingesetzt werden. Meine Damen und Herren, wie sollen 30 Mann Tag und Nacht – weiß jemand, wie lange die Grenze zu Jugoslawien ist in der Steiermark? (Abg. Hammer: „Da war die ÖVP viel konsequenter. Sie hat alle Draken in die Steiermark geschickt!“) Am Erzberg ist keine Grenze, ich verstehe, daß du dich nicht auskennst. Wie sollen 30 Mann Tag und Nacht 132,8 Kilometer steirische Grenze zu Jugoslawien kontrollieren können? Meine Damen und Herren, das ist doch undenkbar. Ich weiß, Kollege Hammer, du hast ein besonderes sozialistisches Herz. (Abg. Hammer: „Richtig!“) Da geht dir alles hoch, wenn du die Realität der sozialistischen Politik und das, was Ihr an Programmen niederschreibt, merkst. Die Zollbeamten berichten uns, daß täglich bereits 100 – meine Damen und Herren, das ist

eine alarmierende Zahl, das hat ja – ist heute nicht das Thema – aber ganz besondere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, weil der Austausch und – ich füge hinzu in aller Vorsicht – auch das Ausspielen älterer Arbeitnehmer mit solchen, die hereinkommen, stattfindet. Etwas, was wir nicht zur Beobachtung, sondern auch zu verhindern haben. Aber die Zollbeamten berichten dieser Tage, daß täglich bereits 100 bis 150 illegale Grenzgänger von internationalen Schlepperorganisationen, ohne daß sie aufgegriffen werden können, über die steirische Grenze kommen. Fast täglich werden von Zoll- oder Gendarmeriebeamten paketweise Pässe irgendwo an der Grenze gefunden von solchen, die längst über die Grenze sind. Und da soll jetzt niemand mehr kommen und sagen, wir spielen dieses Problem hoch. Das tun wir nicht. Aber die Verantwortung ist klar zuzuordnen, weil sie eben bei den bekannten Ministern liegt. Und die Zollbeamten haben mir auch berichtet, daß zum Beispiel ein Hotel in Marburg – das ist auch allgemein bekannt, aber es wird offensichtlich zur Kenntnis genommen, ein bekanntes Hotel, registriert sozusagen – zum Sitz der internationalen Schlepperorganisationen sich entwickelt hat und daß vor allem Tamilen, Türken und Rumänen es sind, die um ihr letztes Hab und Gut auf die Reise gebracht werden. Es ist den Zollbeamten bekannt, daß sich die Schlepper immer neue Routen suchen. Spielfeld und nun auch verstärkt in der Nähe der kleineren Übergänge Radlpaß, Langegg, Graßnitzberg, Sieldorf und alle anderen auch, ich will gar nicht übertreiben. Auch das muß gesagt und wiederholt werden, daß nämlich bestimmte Delikte, vor allem Einbrüche, in den Grenzgebieten steigen, und zwar überdurchschnittlich steigen. Und deshalb sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit, die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung ist nur gewährleistet, wenn es Tag und Nacht eine flächendeckende Überwachung der Grünen Grenze gibt. Und das ist nur möglich, wenn wir die 200 Mann zusätzlich für Zollwache in der Steiermark bekommen. Und wir werden, bis dieses entscheidende Anliegen der steirischen Bevölkerung und unseres Bundeslandes nicht verwirklicht ist, die beiden Minister niemals aus ihrer Verantwortung entlassen, denn wir können doch als Steiermärkischer Landtag nicht darüber hinwegsehen, daß Lacina und Löschnak alle Appelle des Landeshauptmannes, der Landesregierung einfach ignorieren und daß sie einstimmig beschlossene Landtagsanträge schlicht und einfach nicht beantworten. Unsere Gendarmerie und unsere Zollbeamten sind aufrechte Männer, die unter schwierigsten Bedingungen ihren Dienst tun. Ich möchte ihnen auch von dieser Stelle heute sagen, daß wir stolz auf sie sind und uns mit ihnen solidarisieren und daß wir es nicht zulassen wollen, wie sie von den verantwortlichen SPÖ-Ministern behandelt werden.

Ich sage daher zum Abschluß:

Erstens: Herr Bundeskanzler Dr. Vranitzky, wie lange wollen Sie dem gefährlichen Treiben Ihrer Genossen Löschnak und Lacina noch zuschauen? Schaffen Sie endlich Ordnung!

Zweitens: Der Mißmut gegen die von Konzeptarmut und Gefühllosigkeit gezeichnete Horuckpolitik Lacinas und Löschnaks treibt auf den Höhepunkt zu. Wir sehen nicht ein und werden niemals einsehen, warum die Sicherheit eines ganzen Bundeslandes auf das

Spiel gesetzt werden soll, nur weil zwei rote Minister völlig versagen.

Drittens: Ein Minister, ein Bundesminister, ich spreche von Ferdinand Lacina, der ein Regierungsübereinkommen bricht, die Bevölkerung verunsichert und die bis zur physischen Erschöpfung treu dienenden Zollwachebeamten durch sein Verhalten in die innere Resignation treibt, ist eigentlich nicht mehr tragbar.

Viertens: In einer Zeit steigender Kriminalität ist der Sicherheit der Bevölkerung Priorität einzuräumen und endlich von wahnwitzigen Ideen Abstand zu nehmen.

Lacina und Löschnak, das möchte ich Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, diese beiden Minister haben kein brauchbares Konzept. Sie haben sich lächerlich gemacht, und deshalb geht unser Appell an den sozialistischen Moderator, sagt man immer, an den Bundeskanzler und an die Bundesregierung, ein solches Konzept zu erstellen und vor allem getroffene Vereinbarungen einzusetzen. Ich weiß, Sie hören das nicht gerne. Aber mit Ihren demagogischen Bemerkungen werden Sie über diese Realitäten trotzdem nicht hinwegkommen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.40 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (19.40 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich gebe dem Kollegen Schützenhöfer nur in einer einzigen Frage recht. Er hat nämlich zu Beginn gesagt, man soll Sicherheitsfragen nicht in den politischen Streit ziehen. Nur, selbst hat er sich dann nicht daran gehalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage das bewußt, und ich komme dann auf einen Beschlußantrag zurück, den wir gerne unterstützen, weil er sachlich ist. Ich sage im Zusammenhang mit dem, was der Kollege Schützenhöfer jetzt ausgeführt hat, nur eines: Wir erinnern uns, daß er vor wenigen Wochen landauf, landab, im Rundfunk, im Hohen Haus lautstark gesagt hat, es droht der Polizeistaat, weil in der Steiermark ein nicht der ÖVP angehörender einwandfreier Exekutivbeamter Landesgendarmeriekommandant geworden ist. Seine eigenen Ausführungen, seine eigenen Ausführungen und die Glaubwürdigkeit sind dadurch schon längst außer Streit, weil der Herr Landeshauptmann hat vor wenigen Tagen diesem angeblich so bedrohlichen Landesgendarmeriekommandanten das Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark überreicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Da sieht man (Abg. Dr. Maitz: „Da sieht man, wie objektiv der Herr Landeshauptmann ist!“), was man von den Ausführungen des Kollegen Schützenhöfer halten kann. Ich wollte das nur als kleinen Beweis bringen, daß, wenn jemand sagt, man soll etwas nicht in den politischen Streit ziehen – (Abg. Schützenhöfer: „Sogar du wirst einen Orden bekommen!“) Meine Damen und Herren, jetzt komme ich schon zu den Inhalten. Es werden immer zwei böse sozialistische Minister erwähnt. Ich gehöre jetzt nicht zu jenen, die sich irgendwo schützend hinstellen. Ich bin auch der Auffassung, daß sich alle Verantwortlichen, auch die Minister, an Ort und Stelle, wo die Probleme sind,

davon überzeugen sollen. Und ich gehöre sicher auch zu jenen, die auch die Minister Löschnak und Lacina auffordern, sich das einmal vor Ort an der Grenze anzuschauen. Das ist unbestritten. (Beifall bei der SPÖ.) Nur, ich sage eines dazu: Man kann nicht sagen: „Der Herr Landeshauptmann erreicht alles“, und in Wirklichkeit ist anscheinend nichts erreicht worden – auch laut Aussage von ÖVP-Abgeordneten –, aber man wirft dann dem Landeshauptmannstellvertreter Schachner vor, er müßte alles erreichen. Also das heißt, der eine setzt in Wien nichts durch (Abg. Schützenhöfer: „Ich habe gesagt, das muß ein Aufschrei der Genossen sein!“), der andere soll aber alles durchsetzen. Da bitte ich dann auch um mehr Objektivität bei der Beurteilung. Anscheinend setzt halt die ÖVP in Wien jetzt schon gar nichts mehr durch.

Aber, was heißt das im konkreten? Man soll auch sagen, wo die Dinge liegen. Ein Minister Lacina kann gar nicht Zollwachdienststellen zusperrn. Denn wer sich das genauer anschaut, weiß, es gibt eine „Gemischte Kommission“, bestehend aus österreichischen und jugoslawischen Vertretern, und nur die gemeinsam können in jedem Einzelfall darüber befinden. Das sind Sandkastenspiele, die ein paar Jahre alt sind, wegen dieser angeblich 14 Zollwachdienststellen, die überhaupt nicht aktuell sind. Aber sie werden bei jeder Gelegenheit aus der Tasche gezogen, präsentiert, und dann wird gesagt: „Der Lacina will das.“ Der kann das gar nicht – das muß man dazusagen. (Abg. Schützenhöfer: „Was ist mit den zugesagten Planstellen?“)

Nächste Sache: Die Bedenken kommen von den Personalvertretern, und die sind bei der Zollwache ja mehrheitlich von der ÖVP besetzt. Was tun wir mit jenen 2000 Zollwachebeamten (Abg. Schützenhöfer: „Das ist vielleicht der Grund, warum die Planstellen nicht genehmigt werden!“), die an der bayrischen Grenze frei werden, wenn wir zur EG kommen? Auch diese Frage ist hier nicht zusätzlich gesagt worden. Das heißt, wir werden in wenigen Jahren viel zu viele Zollwachebeamte haben. Trotzdem treten wir dafür ein, weil wir nicht warten können, daß wir jetzt mehr Zollwachebeamte und auch mehr Gendarmeriebeamte an die Grenze bekommen. Das Problem, das nachher kommt, ist sicher groß, aber das werden wir als Steirer nicht allein lösen können. Aber der Ehrlichkeit halber muß man die ganze Wahrheit sagen, und nicht die halbe. Und daß jetzt da gesagt wurde, daß in Spielfeld bei der Zollwache Gruppen vom Finanzminister auf fünf reduziert worden sind, stimmt doch auch nicht. (Abg. Schützenhöfer: „Weil er die Planstellen nicht bekommen hat, ist das gescheitert!“) Das war ein Experiment des dortigen Zollamtsleiters, der versucht hat, weil er halt wenig Personal hat, von sechs auf fünf pro Gruppe zu gehen. Das war nichts anderes als ein Experiment. Dann zu sagen, da ist der Minister schuld, das ist wirklich sehr an den Haaren herbeigezogen. Und wenn behauptet worden ist – auch in den Medien –, jetzt werden steirische Zollwachbeamte nach Walsberg versetzt, bitte schön, das sagt die Personalvertretung. Und wie gesagt, die ist ja nicht nur von Sozialisten besetzt. Das ist wirklich nur ein Gerücht, denn wenn Steiermark um 58 Beamte zu wenig hat, die sie angefordert haben und die sie nicht bekommen, dann wird doch niemand zulassen, daß nur ein einziger

nach Walsberg versetzt wird. Also, auch hier wird mit Ängsten und mit Gerüchten operiert (Abg. Schützenhöfer: „Ich habe dir das Telegramm gezeigt!“), die nicht ganz stimmen.

Aber, zum zweiten Bereich: Gendarmerie. Es stimmt schon, daß es die Diskussion gibt und auch diesen Erlaß des Innenministers, hier ein Strukturkonzept auf den Tisch zu legen. Aber es wird immer wieder betont, daß nicht in Wien entschieden werden darf. Wenn es zu Veränderungen kommt, dann müssen die Vorschläge von unten kommen. Und wenn die Vorschläge nicht kommen – und da müssen wir sicher alle mitreden, dann wird es auch kein Zusperrn von Gendarmerieposten geben. Dafür haben wir gemeinsam einzutreten. Aber nicht immer so tun, als entscheidet allein der böse Innenminister darüber. Das stimmt doch nicht!

Und ein Allerletztes, meine sehr geschätzten Damen und Herren: Wir sollten uns das wirklich noch einmal durchlesen, was im Beschlußantrag steht. Denn nicht, wenn wir jetzt versuchen, wieder Schulduweisungen vorzunehmen, werden wir mehr erreichen, sondern wenn wir geschlossen und konsequent auftreten und jetzt nicht Beschuldigungen dort anbringen, wo sie vielleicht gar nicht hingehören. Die Forderungen selbst sind klar und deutlich: eine dringende Personalaufstockung bei Zollwache und Gendarmerie, eine bessere materielle Ausstattung mit Fahrzeugen, EDV und Schreibeinrichtungen in beiden Bereichen, eine menschlichere Behandlung der Flüchtlinge – ist schon gesagt worden, Kollege Prutsch und Kollege Heibl –, eigene Auffanglager für Flüchtlinge, damit sie nicht zusammengepfercht in einer kleinen Zelle sein müssen, und, was heute nicht gesagt worden ist, die Rückführung von 25 Abstellungen im Bereich steirischer Gendarmeriebeamter, die im Burgenland Dienst versehen. Die sollen halt wieder dann zurück in die Steiermark. Dann hätten wir auf einen Anhieb um 25 Beamte bei der Gendarmerie mehr.

Und ein Letztes, ein Überdenken unserer österreichischen Flüchtlingspolitik. Wenn wir diese Dinge so sachlich vertreten, dann, bin ich überzeugt, werden wir mehr erreichen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 19.46 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Schachner-Blazizek.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Schachner-Blazizek (19.46 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich spreche zum zweitenmal hintereinander, aber diese Debatte ist zu wichtig, als daß man sie vorübergehen läßt, ohne ein paar grundsätzliche Dinge zu sagen. Ich gehe davon aus, daß wir alle in diesem Hohen Haus und in der Landesregierung darunter leiden – ich sage ausdrücklich „gemeinsam“, daß die Durchsetzungskapazität, die wir uns sehr oft gegenüber den Zentralstellen wünschen, von uns gemeinsam nicht erreicht wird. Es ist nicht so, daß nicht ich allein etwas nicht erreiche, sondern es gelingt auch den Regierungskollegen nicht, in gleichem Ausmaß etwas zu erreichen. Realität ist, sowohl der Landtag, wo wir Beschlüsse gefaßt haben,

Anträge beschlossen haben, die Landesregierung, wo wir gemeinsam vorgehen, sind nicht in der Lage, in diesem überaus sensiblen und heiklen Bereich in Wien das zu erreichen, was wir uns gemeinsam wünschen und vornehmen. Das ist der erste Befund, den ich einfach an die Spitze stelle, um nicht so zu tun, als ob mir das nicht bewußt wäre, daß das ein Problem ist. Es ist ein Problem – und da sind wir wieder dort, wo wir heute schon darüber geredet haben – beim Ernstnehmen der föderativen Struktur dieses Staates.

Das Zweite, meine Damen und Herren – und das ist vielleicht etwas Wichtiges von der Kernaussage her –:

Ich glaube, daß man in Wien und in den Zentralstellen – und ich nehme da niemanden aus in der Bundesregierung – einfach zu wenig oder nicht realisiert hat, daß sich im Westen unserer Grenzen nichts verändert hat, im Osten sich aber Gewaltiges abspielt. Und man hat auch offensichtlich nicht realisiert, daß das nicht eine kurzzeitige Sache ist, die man zwischenzeitlich irgendwie überbrücken kann, sondern daß das ein längerer Prozeß ist und einer, der offensichtlich von den Dimensionen größer wird. Das ist nicht etwas, was übermorgen aus sein wird, und nicht etwas, was in einem Jahr aus sein wird. Denken wir daran, wenn die Sowjetbürger, die Russen, etwa ihre Pässe bekommen, auf die sie warten, was sich dann an Ost-West-Bewegung als „Völkerwanderung“ tatsächlich abspielt. Es ist also eine Dimension, die offensichtlich von Wien aus falsch beurteilt wird und mangelnde Sensibilität erkennen läßt. Ich sage das in der Deutlichkeit. Wir sind vor der Situation, daß wir zwei Bereiche grundsätzlich neu zu überdenken haben, was die Sicherheitspolitik im Inneren betrifft. Im Inneren ist es so, daß wir durch die Veränderung der globalen äußeren Bedrohungen, die keine Bedrohungen der Blöcke mehr sind, sondern Bedrohungen von Einzelformen des Gefährdungspotentials, etwa von Nationalismen, eine andere Verteidigungsdoktrin und ein anderes Verteidigungskonzept für das Bundesheer brauchen. Das ist die eine Seite. Und ich bekenne mich dazu – und in dem Punkt stimme ich mit Ihnen überein –, daß wir daher auch eine neue Sicherheitsdoktrin und ein neues Sicherheitskonzept brauchen. Das ist völlig unbestritten, und ich sage noch einmal: Man hört in Wien zu diesem überaus sensiblen Bereich sehr wenig, und auch das soll mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Wir werden daher in beiden Bereichen, sowohl was das Bundesheer betrifft, das dringlich ein neues Verteidigungskonzept braucht, als auch was die Exekutivorgane betrifft, insbesondere die Gendarmerie und den Zoll, ein Sicherheitskonzept einzufordern haben, das den Ansprüchen Rechnung trägt, über die wir heute zu Recht hier gesprochen haben. Für mich eine Selbstverständlichkeit, und ich beklage es noch einmal, daß wir gemeinsam nicht mehr an Durchsetzungskapazität in diesem Staat und in dieser Frage haben.

Meine Damen und Herren, es gibt aber im Zusammenhang mit dieser dringlichen Anfrage noch einen Punkt, den ich ganz kurz anschneiden möchte: Wir sollten die Bedrohungsszenarie, die ich kurz versucht habe, neu zu formulieren und neu zu sehen, dazu verstehen, daß wir unsere Nachbarn im Zusammenhang mit dieser jetzt inneren Sicherheit, die wir besprechen, näher beleuchten. Unsere innere Sicherheit ist unmittelbar mit der äußeren Sicherheit verbun-

den, und unser Nachbarland Jugoslawien, das als Völkerrechtssubjekt als solches besteht, ist ein Bereich, von dem aus bestimmte Formen der Unsicherheit ausgehen.

Und wir, glaube ich, haben auch in diesem Hohen Haus die Verpflichtung, zu diesem Sicherheitsaspekt, der von außen hereinkommt, etwas zu sagen.

Meine Damen und Herren, ich habe mir erlaubt festzustellen, der jugoslawische Staat besteht als völkerrechtliches Subjekt unbestritten! Die Realität ist aber auch, daß historische Prozesse nicht von einem Tag auf den anderen aufgearbeitet und bereinigt werden können. Und es sollte auch unsere Auffassung und unsere Meinung auch von Sicherheitspolitik nach außen sein, daß wir die Grundsätze von Helsinki für diesen Staat auch akzeptieren. Das erste ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Hohes Haus! Man kann das nicht nach Köpfen beurteilen. Es ist nicht zulässig, meine ich, von der Anzahl der Population darauf zu schließen, wer ein Selbstbestimmungsrecht hat. Das ist der eine Punkt, der zweite Punkt ist die Realisierung der Menschenrechte und damit unmittelbar zusammenhängend – und das ist der wichtige Konnex auch wieder für die innere Sicherheit – der absolute Gewaltverzicht in diesem Teil und auch in allen anderen Teilen, die sich verpflichtet fühlen, in diesem Kulturraum zu leben, sprich, sich der KSZE zu unterwerfen. Und es gibt einen letzten Sicherheitsaspekt, den ich auch noch ganz kurz anreißen möchte, das ist die Frage einer Gefährdung, die eine potentielle Gefährdung ist, die auch von einer Urgewalt getragen wird und daher auch Urängste erzeugt. Das ist die Atomkraft und im speziellen Fall Krško. Es gibt eine Dissonanz, eine offensichtliche Dissonanz zwischen politischem Wollen der Regierung in Slowenien, überdies ein Problem auch der völkerrechtlichen Konstruktion zwischen Slowenien und Kroatien, und der wirtschaftlichen Realität und der unternehmenspolitischen Realität am Ort, wenn man sich das anschaut. Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich glaube, daß wir auch hier versuchen sollten, durch intensive Kontakte zu realisieren, daß dem politischen Willen zum Durchbruch verholfen wird und daß wir die Möglichkeiten anbieten, die wir haben: technologische Hilfen und Hilfen nicht in Geschenksform, sondern in einer Finanzierungshilfe, die auch rückzahlbar ist. Ich meine, daß die innere und äußere Sicherheit voneinander untrennbar sind, daß wir beide Aspekte im Auge behalten sollten und daß das Wichtigste in beiden Fällen, auch in der Behandlung der Menschen, die zu uns kommen, die des Gewaltverzichtes im wahrsten Sinne des Wortes ist. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 19.55 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Trampusch, Ing. Stoisser und Günther Prutsch, betreffend die Sicherheit in der Steiermark.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß

Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich komme jetzt zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Trampusch, Ing. Stoisser und Günther Prutsch Ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir werden den Tagesordnungspunkt 18, der unterbrochen wurde, weiter fortführen. Es geht um die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1990. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (19.56 Uhr): Sehr geehrte Frau-Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wer zu Hause zu reden hat oder nicht, lieber Kollege Grillitsch, darf ich gleich darauf eingehen, ist eine Frage, die jeder selber für sich festzustellen hat. Ich wünsche dir dabei viel Glück. Ich hoffe, du hast mehr zu reden als viele andere.

Meine Damen und Herren, vom Ausblick in die Europäische Gemeinschaft, von der Sicherheitspolitik zurück zur Realpolitik, die uns jeden Tag wieder einholt. Die Frage Umweltschutz ist für jeden von größter Bedeutung und sicherlich in vielen Bereichen eine Bedrohung der Zukunft. Ich möchte auch, wie es der Kollege Kröll getan hat, allen, die an der Verfassung dieses Umweltschutzberichtes, dieses Umweltberichtes teilgenommen haben, mitgearbeitet haben, den herzlichsten Dank sagen. In erster Linie dem Koordinator, dem Kollegen Rupprecht, und allen anderen, die in mühevoller Kleinarbeit hier alles zusammengetragen haben und in zehn Hauptkapitel all das aufgeteilt haben, was das Jahr hindurch auf uns einströmt und was uns immer wieder beschäftigt. Ich darf hiezu vermerken, meine Damen und Herren, daß wir in einem Antrag vom 30. April 1991, Einlagezahl 1435/1, den Wunsch geäußert haben, man möge zukünftig in diesen Umweltbericht auch die vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten in der Steiermark aufnehmen, weil wir glauben, daß das sicherlich auch von großer Bedeutung ist, und weil man dann Maßnahmen setzen könnte. Denn nur gemeinsame Maßnahmen in diesem Bereich sind also auch wirkliche Maßnahmen. Es wäre jetzt verlockend, natürlich auf die Gesamtheit dieses so viele Seiten umfassenden Berichtes einzugehen, meine Damen und Herren. Es ist sicherlich nicht möglich auch in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit. Lassen Sie mich aber zu einem Bereich, nämlich zum Bereich Luft, einiges sagen.

Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung, meine Damen und Herren, wurden unbestritten in den letzten Jahren einige Fortschritte erzielt, jedoch muß auch darin bitte betont werden, daß es vor allem in Ballungsräumen immer noch zu Luftsituationen kommt, die mitunter eine Gefährdung der Gesundheit nicht ausschließen. Wir brauchen uns nur die verschiedenen Probleme ansehen, die wir in den letzten Jahren gerade im Stadtgebiet von Graz hatten und die dazu geführt haben, daß wir das schöne U-Pickerl heute auf unserem Auto tragen, alle jene, die fast tagtäglich nach Graz müssen und in diesen Einflußbereich kommen. In

den letzten Jahren, meine Damen und Herren, wurde immer deutlicher, daß die Kombination bestimmter Schadstoffe, wie beispielsweise Stickoxide, Schwefeldioxide und andere Staubelemente, außerordentliche Belastungen darstellen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bisher noch nicht alle Kombinationen in ihrer Auswirkung wissenschaftlich genau zu erfassen und auch bekannt sind. Es geht jedoch nicht an, glauben Sie mir das, sich in Diskussionen über zur Zeit noch unverlässliche Emissionsgrenzwerte zu verlieren, vielmehr müssen alle Schadstoffemissionen grundsätzlich auf den Stand der derzeitigen Technik und des Bekanntheitsgrades reduziert werden. Die Bekämpfung der Schadstoffbelastung aus den Großanlagen, beispielsweise kalorische Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen und dergleichen, ist unzweifelhaft notwendig und entscheidend, wird jedoch allein nicht ausreichen, meine Damen und Herren, um die Lebensqualität weiter zu verbessern. Dazu müssen auch Maßnahmen bei der Fülle von Kleinemittenten einsetzen. Vor allem müssen die Emissionen aus Gewerbe und Industrie – ich betone bitte – aus Gewerbe und Industrie reduziert werden. Die Einhaltung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen muß intensiv überprüft werden. Wirksame Konsequenzen sind vorzusehen, und die Mittel des Umweltfonds, des bundesstaatlichen Umweltfonds, sind vor allem auch im städtischen Bereich, besonders sei hier Graz genannt, gezielt einzusetzen, und es sind ja große Ansätze in der Steiermark dazu schon vorhanden. Es wäre aber falsch, an dem vorbeizugehen, worüber wir jeden Tag immer wieder diskutieren. Das ist die Frage der besonderen Belastung durch die Kfz-Schadstoffemissionen. Die Einführung der Katalysatortechnik und die Bemühungen der Länder haben dazu beigetragen, daß diese Schadstoffe verringert worden sind. Aber wir wissen heute schon, daß wir uns weit von einem wirklichen Erfolg entfernt haben. Stickoxide, Kohlenmonoxide und unverbrannte Kohlenwasserstoffe können um 90 bis 95 Prozent reduziert werden. Aber ich komme dann noch darauf zurück. Allerdings werden diese Ergebnisse erst in dem Maße sichtbar, in dem alte Fahrzeuge durch neue ersetzt werden. Deshalb sind weiterhin Maßnahmen zu fordern, und zwar Verkehrsorganisation beziehungsweise Verkehrsberuhigung, Überprüfung der Vergaser- und Zündeneinstellungen, Einschränkung des Berufspendelverkehrs mit dem Auto durch besondere Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Meine Damen und Herren, ich darf hier einen Vergleich bringen: In Österreich sind derzeit 4.239.784 Kraftfahrzeuge angemeldet. Davon sind 1.248.500 Lastkraftwagen, Busse, Zugmaschinen, einspurige Fahrzeuge und dergleichen und 2.991.284 Pkw und Kombi. Von diesen Pkw und Kombi haben österreichweit 593.000, das sind ungefähr 20 Prozent, einen Katalysator. Von in der Steiermark angemeldeten 455.100 Pkw und Kombi haben lediglich 77.100 oder 16,9 Prozent einen Katalysator. Das heißt also, wir liegen unter dem Bundesschnitt. Und auf 1000 Einwohner in der Steiermark fallen – und wir sind da an der siebenten Stelle beziehungsweise sechsten Stelle der Pkw- und Kombi-Besitzer – 383,4 Pkw und Kombis. Das spricht aber auch dafür, daß diese Bereiche einer besonderen Beachtung bedürfen und daß die Frage des Katalysators in Zukunft für uns von besonderer Bedeutung sein wird.

Meine Damen und Herren, im Sinne einer volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise ist auch der Fernwärmeheizung im urbanen Raum Priorität einzuräumen. Sie nützt durch die Kraft-Wärme-Kupplung den eingesetzten Brennstoff in den Kraftwerken optimal aus und erhöht dadurch den Nutzungsgrad. Schließlich ist die Immissionsbelastung durch die Fernwärme infolge der Rauchgasreinigungsanlagen wesentlich geringer als bei Einzelofenheizungen.

Dabei ist aber auch besonders zu beachten, daß nicht nur die Frage des Anschlusses an die Fernwärme gegeben sein muß und im Vordergrund zu stehen hat, sondern damit verbunden auch die Förderung dafür. Denn wenn keine entsprechende Förderung für einen solchen Anschluß vorliegt, dann wird es für viele Haushalte sicherlich kaum möglich sein, hier Anschlüsse zu tätigen beziehungsweise in der Zwangslage des von uns beschlossenen Gesetzes dann auch diesem nachzukommen.

Darf ich abschließend, meine Damen und Herren, noch einige Forderungen beziehungsweise unbedingte Notwendigkeiten aufzählen, die es durchzusetzen gilt, um die Luftsituation in der Steiermark zu verbessern.

a) Die Einführung einer jährlichen Abgasprüfung für Lastkraftwagen; b) eine weitere Absenkung der Schadstoffe von Lkw und Bussen; c) die Reduktion beziehungsweise ein Anwendungsverbot für alle Stoffe, die sich negativ auf die Ozonschicht der Erde auswirken und zum Treibhauseffekt beitragen. Wir diskutieren und reden oft vom FCKW. Im Endeffekt werden wir dieses Problem allein nicht lösen können, sondern wir können es nur gesamt lösen, vor allem gesamteuropäisch, was die Oststaaten in diesem Bereich besonders betrifft.

Die Reduktion der Kohlenwasserstoffemissionen um mindestens 50 Prozent wird bis zum Jahre 2000 unbedingte Notwendigkeit sein und die Reduktion der Kohlendioxidemissionen – der CO₂-Emissionen – um mindestens 25 Prozent, wie es auch in einer Vorlage für die Zukunft bis zum Jahre 2005 verlangt wird.

Und eine regelmäßige Kontrolle, wie sie zum Teil heute schon vorgesehen ist, für die kleinen Feuerungsanlagen wird eine unbedingte Notwendigkeit sein.

Die Einführung eines Ozongrenzwertes im Smogalarmgesetz ist in der Steiermark zum Teil bereits Wirklichkeit geworden, wird aber sicherlich in der Frage der Zukunft noch mehr zu beachten sein. Und dabei geht es, um im Endeffekt das auch zu sagen, um eine genaue Überwachung der Nachrüstung von alten Anlagen auf den Stand der Technik sowie die Befristung von Umweltauflagen bei der Genehmigung von neuen technischen Anlagen.

Meine Damen und Herren, ohne diese Mindestnotwendigkeiten werden wir das Problem der Luftreinhaltung und Luftreinigung nicht schaffen, und Luft, meine Damen und Herren – gesunde Luft –, brauchen wir alle.

Der steirische Wald war immer ein Garant für eine gute Luft, und wir müssen heute feststellen, daß dieser steirische Wald zu einem großen Prozentsatz, nämlich rund 20 Prozent, als angegriffen gilt. Und wer mit offenen Augen durch die Obersteiermark oder durch

das waldreichste Gebiet der Obersteiermark geht, muß feststellen, daß sich sichtlich für das Auge die Situation kaum gebessert hat, wohl aber sicherlich in den Berichten, die immer wieder vorgelegt werden. Ich zweifle sie zum Teil an. Ich bin einer, der sich viel in der freien Natur und im Wald aufhält und der mit großem Bedauern feststellen muß, wie Teile des Waldes sterben, wie Zweige, wie Nadeln braun werden und wie damit eigentlich unsere Umwelt großen Schaden erleidet.

Ich bitte Sie alle, das Möglichste und Notwendigste zu tun, um diesen Katalysator der Natur zu erhalten, in ordnungsgemäßem Zustand zu erhalten. Es gilt für uns alle, mit vollem Einsatz dafür zu arbeiten. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 20.08 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold.

Abg. Neuhold: Aus kollegialen Gründen ziehe ich zurück.

Präsident Dr. Kalnoky: Das ist sehr verdienstvoll, vor allem, weil das der letzte Landtag ist, Herr Kollege. Danke.

Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser: Aus zeitökonomischen Gründen verzichte ich. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kalnoky: Der Dank des Landtages ist Ihnen gewiß.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis.

Abg. Dr. Cortolezis (20.09 Uhr): Ich ziehe de facto zurück; nur ein Wort und einen Satz zum Beschlußantrag der Frau Abgeordneten Kammlander:

Wir gehen bei diesem Antrag nicht mit, weil es ohnedies in all den Bereichen, die sie in dem Beschlußantrag angesprochen hat, laufende von uns initiierte Entwicklungen gibt. Und so wie es in vielen Bereichen keine Datologien zu geben hat, so wie es keine Zitronenlimonade gibt, so wie es keine Bouillonsuppe gibt, so gibt es auch keinen Beschlußantrag Kammlander.

Aus diesem Grund gehen wir nicht mit. (20.09 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (20.09 Uhr): Ja, ich mach's auch ganz kurz. Ich möchte nur um Verständnis bitten, daß ich trotzdem erstens allen ein Dankeschön sage, die gesprochen, und auch jenen, die nicht gesprochen haben. Der gute Wille gilt für's Werk.

Zweitens möchte ich ein großes Dankeschön Herrn Hofrat Rupprecht sagen, der diesen Umweltschutzbereich seit Jahren in einer sehr hohen Qualität schreibt beziehungsweise koordiniert. Ich glaube, der Bericht ist eine wirkliche Fundgrube und Dokumentation.

Einen dritten herzlichen Dank möchte ich – die Gelegenheit kann ich nicht vorbeigehen lassen – dem

Herr Hofrat Dipl.-Ing. Ertl sagen. Und zwar möchte ich ihm deshalb sehr danken, weil er in wenigen Monaten, Ende Juli, in den dauernden Ruhestand, in den wohlverdienten Ruhestand, tritt. Er hat durch 30 Jahre, und zwar vom 1. September 1961 bis Ende Juli dieses Jahres, dem Land nicht nur sehr treu gedient, sondern er war auch ein ausgezeichnete Beamter. Ich habe ihn jetzt seit 1982 als Vorstand der Fachabteilung Ia erlebt. Seit ich in der Regierung bin, zählt er zu meinem engsten Mitarbeiterstab. Ich kann nur eines sagen: Man kann sich solche Mitarbeiter nur wünschen: entscheidungsfreudig, einsatzbereit, geradlinig.

Ich bedanke mich sehr bei dir, lieber Herr Hofrat Ertl, für deinen Dienst, den du der steirischen Heimat geleistet hast, auch für die steirische Umwelt und für die Verbesserung der Umwelt. Alles Gute, ein herzliches Glückauf für den Ruhestand! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.10 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Er ist jetzt wieder im Hause. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich war immer im Haus!“) Im Hause ist man, wenn man auf seinem Sitzplatz ist.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: (20.11 Uhr): Da muß man aufgerufen werden, das ist ja ganz klar. Geschäftsordnung ist, daß man den Abgeordneten aufruft.

Aber ich werde versuchen, es recht kurz zu machen. Grundsätzlich habe ich eigentlich vorgehabt, daß ich euch sage, ihr könnt fünf Stunden heimgehen, und dann treffen wir uns wieder – wäre nämlich dieser Umweltschutzbericht wert. Ich muß wirklich sagen, daß in dem Umweltschutzbericht derart profunde und gute Sachen sind. (Abg. Dr. Maitz: „Ich lese ihn sehr aufmerksam!“) Wenn man über das referiert, spielt die Zeit keine Rolle.

Also grundsätzlich: Ich bin auch sehr interessiert, daß diese Umweltschutzberichtsache in den nächsten Jahren weitergeht. Das ist ein Tätigkeitsbeweis einer steirischen Umweltpolitik, und ich möchte auch hier jenen Fachbeamten, die sich in den letzten Jahren die Mühe gegeben haben, herzlich danken, mit umweltfreundlichen Grüßen danken, denn ich weiß, daß so ein Elaborat – der Herr Hofrat Rupprecht koordiniert das – eine immense Arbeit ist und auch eine hohe Verantwortung ist.

Was ich kurz zu dem Bericht sagen möchte, zum Thema Wasser. Für uns gibt es nicht die Woche des Wassers, sondern das ganze Jahr ist das Jahr des Wassers. Das Wasser hat das ganze Jahr immer und überall geschützt zu werden, behütet zu werden und bestmöglich verschmutztes Wasser gereinigt zu werden.

Zur Wasserrechtsnovelle. Die Wasserrechtsnovelle hat eine sehr große Verschärfung gebracht, was die Emissionswerte betrifft. In Richtung Immissionswerte bin ich der Ansicht, daß auch hier mit Augenmaß gehandelt wurde, denn es hat keinen Sinn, zum Beispiel für Kleinstgerinne, Kleinstgewässer Vorflutwerte anzustreben, die besser sind als das beste Trink- und Quellwasser, das direkt aus dem Berg herauskommt. Auch hier wurde mit Augenmaß gearbeitet, und es genügt in dem Bereich für 500 Liter pro Sekunde, daß die Emissionswerte jene Werte, die technisch und

ökologisch ohne weiteres erreichbar sind, auch im kleinsten Bereich, auch bis zur Gruppenanlage, bis zu Einzelanlagen eingehalten werden.

Was die Grundwassersituation im Leibnitzer Feld betrifft, es ist tatsächlich eine hohe Aufgabe, diese Nitratprobleme in den Griff zu bekommen, wenn man bedenkt, wir sind zwar mit dem Grenzwert von 50 auf 100 hinaufgegangen, damit das Wasser noch den Grenzwerten entspricht, tatsächlich sind aber im europäischen Raum, im EG-Raum, die Werte im Bereich von 50 und selbstverständlich für Babyernährung für die Kleinstkinder bei 25 Milligramm pro Liter. Hier wird dem zukünftigen Umweltlandesrat, ich hoffe, es bleibt der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, noch eine sehr, sehr hohe Aufgabe bevorstehen. Hier wird noch nach allen Regeln der Technik und der Vorsorge gearbeitet werden müssen. Daß die Maismonokulturen in diesem Gebiet tatsächlich ein Problem sind, weil sie ja doch in Landindustrie führen, weil sie den Boden zu belasten, weil der Humus zurückgeht, weil diese Stoffe – vor allem der Handelsdünger – als gelöste Stoffe relativ rasch bei Regen in das Trinkwasser einsickern, ist bekannt, und ich bin daher sehr froh, wenn hier für Grünflächen, für Brachflächen Beträge bezahlt werden, da der Landwirt einfach auch, wenn er das Wasser schützt, überleben muß und von dieser ganzen Öffentlichkeit, sprich die Öffentlichkeit will reines Wasser, auch die nötige finanzielle Entschädigung bekommen muß. Es geht leider nicht anders, und damit ist dieser Interessenskonflikt noch am ehesten in den Griff zu bekommen. Wir haben natürlich keine Freude, wenn dauernd die Leute, die unten die 6000 Schilling bekommen pro Hektar im Bereich des Wasserschon- und Schutzgebietes Graz, Graz-Andritz, zum Beispiel in unserer Gemeinde Pachtflächen aufkaufen mit dem Geld, das sie unten bekommen, und dann genau das gleiche Theater da oben passiert mit schon fast bis zur einer Schweinemistdeponie, daß man hier den Mist fast deponiert, wenn man ihn unten nicht mehr anbringt. Das sind Dinge, die man auch im Wasserschon- und Schutzgebiet untersagen sollte und müßte.

Die Abwasserentsorgung vor allem im städtischen Bereich ist großteils abgeschlossen, im ländlichen Bereich läuft es richtig. Die Aussage in der Burg, so dezentral als möglich, wird von uns nicht nur voll unterstützt, sondern mitgetragen. Ich möchte hier allen jenen, die ökologisch denken und mehr Augenmerk auf die Reinigung als auf die Kanalisierung und auf die Zentralanlagen legen, meinen Dank sagen. Daß die technischen Kläranlagen, wenn ich hier sehe, Kläranlagenverzeichnis, im Winter allesamt Probleme haben, weil eben durch offene Anlagen es zu einer Abkühlung kommt, unter acht, neun Grad die Nitrifizierung kaum oder nicht mehr stattfindet, ist bekannt. Wir haben die Meßergebnisse von den Zentralkläranlagen. Ich bin sehr froh, daß das durch das neue Wasserrechtsgesetz veröffentlicht und transparent gemacht werden muß. In dem Sinne muß ich sagen, daß hier sehr, sehr viel noch nachzuholen ist, vor allem was die Phosphatfällung betrifft und weitere Maßnahmen zur Verbesserung dieser zentralen technischen Kläranlagen. Daher im ländlichen Raum gleich kombinierte Anlagen mit Kleinanlagen nach bestem Stand der Technik, kombiniert mit Pflanzenstoffen, um eben auch in Richtung Ökologie und Hygiene das Nötige zu erreichen.

Daß wir auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft durch die gesetzliche Regelung sehr viel erreicht haben, das fängt langsam zum Greifen an. Es ist fast in allen steirischen Gemeinden durch die Abfalltrennung, durch die Kompostierung bis zur Eigenkompostierung der Resteabfall sehr, sehr stark zurückgegangen. Ich würde sagen, im Schnitt 30 bis 40 Prozent, das sind immerhin einmal Zahlen, die greifbar sind. Wenn man gejammert hat, das bringt alles nichts, die Leute tun nicht mit. Sie tun schon mit, wenn sie sehen, das hat einen Sinn. Wir wehren uns natürlich, wenn es dann heißt, Kompostverordnung, oder daß in der Abfallverordnung drinnen steht, für ein Einfamilienhaus im ländlichen Raum muß jeder eine Komposttonne mit 240 Liter haben, und abgeführt wird es dann durch irgendein konzessioniertes Unternehmen. Ich glaube, daß in vernünftigen Gemeinden diese Kompostierung von den Leuten selber gemacht werden soll, daß man sich eine 240-Liter-Tonne – sie ist doppelt so groß als die andere, man nennt sie „grüne Tonne“ – ohne weiters sparen kann. Und wenn wirklich einer sagt, ich will meinen Grünschnitt oder irgendwas kompostieren, dann ist ohne weiteres möglich, daß ein paar Landwirte in der Gemeinde es machen und dort das Geld verdienen von den Leuten, und nicht, daß die Allgemeinheit belastet wird und wieder Diesel und Treibstoff durch Komposttourismus vergeudet wird. Das ist meiner Meinung nach das Grundsätzliche, daß man die biogenen Abfälle dort, wo sie anfallen, dort, wo sie entstehen, wieder in Humus umsetzt. Und es geht. Ich möchte auch sagen, daß diese Kompost- oder Abfallberatungsstelle des Landes eine sehr gute Sache ist. Da sind junge Leute, die sich einsetzen, die mit idealistischen Vorstellungen an die Sache herangehen und die positiv denken. Das ist heute überhaupt das Wichtigste in der ganzen Umweltpolitik, positiv zu denken und zu sagen, es geht, wenn wir alle überzeugt sind und wenn man mit gutem Beispiel vorangeht.

Was das Lärmproblem betrifft, na ja, gut, die Draken-geschichte ist sattsam bekannt. Die Menschen in diesen Einflugschneisen haben wirklich große Probleme. Ich habe mir das selber angehört, es ist tatsächlich fast unzumutbar, daß dort durch diesen Draken-lärm die Menschen belastet werden bis zu physisch-psychischen Belastungen, bis auch zu Störungen, wie die Schweizer nachgewiesen haben.

Böden und Nahrung: Der Boden ist eines unserer wertvollsten Güter. Der Boden ist Leben. Ein Kubikzentimeter Boden hat etwa 100 Millionen Kleinstlebewesen. Wir müssen diese Kleinstlebewesen behüten, bewahren. Wir müssen schauen, daß sie die Nährstoffe abbauen, dann kann sie die Pflanze in Biomasse umsetzen, und daher ist es ein biologisch-dynamischer Landbau mit geringsten Einsätzen von Handelsdünger, mit geringsten, wirklich so sparsamst als möglich, weil ja auch der Landwirt auch seinem Sohn seinen Betrieb geben will. Wie hat es früher einmal geheißt: Viel Kalk, reiche Väter, arme Söhne. Das heißt, man hat allein durch den Kalk schon den Boden ausgelaugt und faktisch zu stark belastet und jetzt mit dem Handelsdünger, mit den Spritzmitteln, es ist meiner Meinung nach Aufgabe, eine Dimension der Verantwortung, den Erben eines landwirtschaftlichen Betriebes einen ökologisch intakten Boden zu übergeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist aber noch nicht das Schlußwort. Schade!

Grundsätzlich tendieren wir in die gleiche Richtung, wie es die ganze Beratungsstelle macht. Übrigens hat das Land sehr gute Gülle-, Bodenberater. Ich möchte vor allem Prof. Deutsch erwähnen, der meiner Meinung nach einer der profundesten Berater der Landesregierung ist. Du kennst ihn gut, Hermann. Du hast ihn eingesetzt. Er ist einer, der unserer Meinung nach auf dem Gebiet ganz richtungsweisend vorangeht, und ich würde bitten, ihn weiterhin mit allen Kräften zu unterstützen.

Was die Luft betrifft, das ist sicher ein Problem, das wir immer an Einzelfällen bemerken, daß oft Interessen der Wirtschaft, gewinnorientiertes Streben wichtiger sind als das Luftsanieren. Luftsanierungsgebiete, ich denke vor allem hier an den Raum von Graz, was spielt sich im Raum nördlich von Graz ab? Wir haben vor kurzem in Peggau eine Sondermüllverbrennung aufgedeckt, wo im Jahr 500.000 Liter Lösungsmittel, Farben und Lacke verbrannt werden, wo die Asche alle Farben hat, alle Farben, die in der Lackindustrie sozusagen gang und gäbe sind. Die Leute kehren sich das Granulat vom Balkon und von den Fenstern weg. Wo die Kirschbaumblätter im Mai solche Löcher haben, daß man glaubt, die Mäuse haben sich durchgearbeitet, einen verbrannten Rand haben und oben die Kirschen und die Äpfel voriges Jahr ungenießbar waren.

Sicher ist die sogenannte Altlastbeseitigung ein großes Problem – allein das Altöl. Es werden in Peggau 5 Millionen Liter Altöl mitverheizt. Kein Wunder, wenn die Meßstellen überhöhte Werte an Schwermetallen, Blei, anzeigen; kein Wunder, wenn Lösungsmittel hier durch Verbrennen alle Arten von Ultragriften erzeugen. Blätter werden halt eben von Dioxinen zerfetzt, von anderen Stoffen: Benzopyren und so weiter. Aber nicht nur die Blätter, sondern auch die Kinderlungen. Eine Kinderlunge ist wie ein Blatt, das atmet, das vom Sauerstoff lebt, das Sauerstoff aufnimmt, und Sie können ein Blatt, das Sie verbrannt sehen, mit einer Kinderlunge, die dann verätzt ist und wo die Kinder dann unter Umständen in Richtung krebsartiger Erkrankungen – Tumore – gehen, ganz klar vergleichen. Es ist zwischen einem Menschen und einer Pflanze, wenn's um die Belastung geht, nicht viel Unterschied. Candidus, ich hoffe, du hörst wegen der Geschichte da oben mit.

Das zweite Luftproblem, das wir immer wieder kennen und kennenlernen, ist das Verbrennen von chlorhaltigem Klärschlamm, wo Dioxine frei werden, wo man dann immer wieder behauptet, die Dioxine seien eh nur knapp unterm Grenzwert – ganz, ganz knapp. Man sagt aber nicht dazu, daß aus dem Kamin in der Stunde 450.000 Kubikmeter Luft hinausgehen und die Dioxine ein Summationsgift sind, ein Ultragrif sind, ein Speichergift sind. Man muß also sagen: Der Wert mit 450.000 Kubikmeter in der Stunde. Dann liegt man richtig, und dann wird's einem schaurig, wenn man das dann durchrechnet. Daher, wenn es heute um Luftsanierung im Norden von Graz oder auch im Pölser Bereich geht, Hände weg vom Chlor in der Papierbleiche zum Sauerstoff hin. Es gibt Versuche, es gibt Tendenzen, es weiß ein jeder, daß kein Weg vorbeiführt. Nur weil halt dann das Papier mit der Sauerstoff-

bleiche 3 bis 4 Groschen teurer ist, schafft man diesen Sprung nicht. Das ist das kurzzeitig wirtschaftliche Denken.

Was den Bereich nördlich von Graz betrifft, habe ich das Wort vom Herrn Landesrat, daß im Raumordnungsbeirat diese ganze Asphaltgeschichte nicht durchgeht. Ich verlasse mich auf dieses Wort, weil in der Gemeinde in dem Fall ein kleinkariertes Bürgermeister, der die ÖVP eh schon einmal durch eine eigene Liste betakelt hat – du weißt eh, wen ich meine, lieber Karli Maitz –, drübergefahren ist – über die Bevölkerung –, und wenn es zwei Gutachten von der Landes-sanitätsdirektion gibt: eindeutige Gesundheitsgefährdung bis zum Krebspotential – wer da mittut, macht das wider besseres Wissen –, dann ist das für uns sicher ein Fall für den Raumordnungsbeirat, und wir haben in der Richtung auch eine Petition an den Raumordnungsbeirat in diesem Landtag gestartet.

Wenn wir heute von Emissionen bei Kraftfahrzeugen reden: Schauen Sie, es war vor ein paar Tagen die Rallye del sol; wir reden davon; der Herper sagt, bis 1995 innerstädtischer Verkehr nur mehr Solarfahrzeuge, Elektrofahrzeuge. Wenn wir aber dann sehen, daß das großteils Prototypen sind, daß man zwar in eine Kleinproduktion mit allen Problemen geht, vor allem die wirtschaftlichen – wer kann sich heute um 240.000 Schilling so ein Kleinstfahrzeug, die meisten verwenden es als Zweitfahrzeug, leisten? Die Kollektoren noch dazu: 300.000 Schilling. Das Geld hat keiner. Und daher ist es für mich – das ist ein politisch ganz klarer Vorwurf – so, daß ich auch 3 Milliarden Schilling für diese Technologie, Elektroauto mit Fotozellen, verlange, nachdem man 3 Milliarden für Chrysler gehabt hat, und zwar als Kleinstfahrzeug im stadtnahen Bereich. Bitte schön, in der Stadt herinnen ist es nicht notwendig, daß einer mit einem Auto fährt, aber es gibt soundsoviele Leute, die in einem Bereich von zehn, 15, 20 Kilometer von Graz sind, wo kein öffentliches Verkehrsmittel ist, wo keines hinkommt. Es ist nicht zumutbar, daß einer eine Stunde bis zum Bus geht und dort eine halbe Stunde wartet, bis der nächste Bus kommt, sondern ich würde sagen, daß das für diesen stadtnahen Bereich sicher eine alternative Möglichkeit ist.

Es ist auf der Hochschule ein Fahrzeug entwickelt worden; jetzt fährt der Herr Landeshauptmann damit – das wird dann in der „Kleinen Zeitung“ gezeigt. Ich weiß, daß das Land Steiermark zu diesem Projekt reichlich wenig beziehungsweise fast nichts dazugezahlt hat. Daher ist auch das ein Gebiet, das uns vor allem von der Verkehrstechnologie her interessiert. Uns interessiert auch, daß hier sinnvolle Arbeit gemacht wird; uns interessiert, daß man die Steiermark als Energiezentrum verwendet, daß man hier sagt: Wir haben eine Glasindustrie, da könnten wir die Fotozellen im Bereich Voitsberg–Köflach machen. Wir haben eine Batterienindustrie im Bereich Mürzzuschlag, wir können die Kleinstfahrzeuge unten bei den Puch-Werken machen. Wie interessant war doch einst das kleine Puch-Autlerl, und wir könnten solche ganz Kleinstfahrzeuge auch elektrisch machen. Wir könnten auch oben in der Region Aichfeld-Murboden die Zubehörteile, was zum Beispiel Getriebe und so weiter betrifft, herstellen. Das ist ein riesiges Arbeitsgebiet, und ein noch größeres Arbeitsgebiet ist die Anwen-

dung der Wasserstofftechnologie im Energiehaushalt. Die einzige Möglichkeit, vom Treibhauseffekt wegzukommen, ist die Wasserstofftechnologie. Das ist die einzige Möglichkeit, die Erdatmosphäre nicht weiter aufzuheizen. Ich sage immer wieder: Wer das „Universum“, diese wissenschaftlichen Reihen, gesehen hat und weiß, daß durch den Treibhauseffekt der ganze Stickstoffhaushalt in der Atmosphäre gestört wird, und wenn wir den Stickstoffhaushalt stören, dann kommen wir etwa zu Lebensbedingungen wie auf der Venus. Und ich habe immer gesagt: Die Venus ist mir woanders lieber als mit 400 Grad unter meinen Fußsohlen. Und, bitte schön, denken Sie einmal darüber nach: Wenn das auch langsam anfängt – jeder Prozeß in der Natur ist exponentiell beginnend. Es fängt langsam an – auch ein Krebs ist langsam beginnend –, und dann steigt die Schadensfunktion exponentiell. Zum Schluß kann man zuschauen, wie einer an Krebs stirbt. Man hat keine Chance, die beste Medizin hat keine Chance. Und wie viele von uns haben schon erlebt, daß Bekannte in jüngerem Alter an Krebs dahingesiecht sind und keine Chance war. Wie viele haben schon erlebt, daß Kinder an Tumoren und krebsartigen Krankheiten erkrankt sind. Vor allem nimmt das seit Tschernobyl rasant zu. Und diese ganze Cäsiumgeschichte ist ein Blödsinn. Das ist eine Verdrängung, und das Plutonium hat noch kein Mensch richtig gemessen. Und das Plutonium ist genau das: Ich habe heute mit einem Arzt gesprochen; es gehen die geschwulstartigen Erkrankungen in Richtung Tumore, in Richtung Leukämie relativ rasch und rapid weiter. Das ist nicht nur in Tschernobyl, sondern wir waren alle miteinander belastet. Wenn die Kinder nicht einmal mehr im Sand spielen haben können – ja, glauben Sie, daß sich das abbaut? Das Cäsium hat eine Halbwertszeit von 24 Jahren. Das Plutonium braucht aber 24.000 Jahre. Das sind Relationen, und daher müßte meiner Meinung nach, was die Strahlen betrifft – da steht: „Cäsium 137: nur vereinzelt erhöhte Werte“. Bitte schön, das ist ein Blödsinn! Ich will überhaupt keine Cäsiumwerte, ich will überhaupt keine Radioaktivität im Boden, in der Nahrung, in der Milch, in der Muttermilch! Und wenn ich sage: „Nur vereinzelt erhöhte Werte“, dann ist das wieder das Spiel mit den Grenzwerten. Und da sagt man: „Ja, gut, das haben die ausgehalten“. Ja, wie lange, bitte? Wenn die Menschen das zehn, 20 Jahre haben, die Kinder bereits vom Mutterleib her mit Radioaktivität belastet sind, dann kann man heute von Grenzwerten nicht mehr reden. Ich habe überhaupt diese ganze Grenzwertdiskussion satt! Ich habe dieses Restrisiko satt! Denn das ist genau das Risiko, das uns mit Sicherheit noch den Rest geben wird, wenn wir als Techniker und -als Technokraten so weitertun. Daher, Hände weg in allen Lebenslagen, was Radioaktivität betrifft. Auch dieser depperte Versuchsreaktor da unten in der Stempfergasse oder Stremayrgasse gehört schon längst gesperrt. Wir brauchen keine Versuche mehr! Wir brauchen gar nichts, was die Radioaktivität betrifft! Und ich würde ganz gern einmal da unten vielleicht mit den alternativen Herren da hinten, mit dem Herrn Weißmann und mit dem Herrn Sölkner, eine gemeinsame Protestdemonstration bei dem radioaktiven Versuchsreaktor machen. Machen wir das! So viel Anstand werden wir wohl haben, daß wir sachpolitisch noch zusammenarbeiten.

Grundsätzlich geht's mir, wenn es um die Umwelt geht, um eine Dimension der Verantwortung.

Karli, schau, laß mich ausreden. Je mehr du jetzt da zu drängen anfängst und auf die Uhr schaut – das greift bei mir nicht. Ich habe dir gesagt, aus den fünf Stunden wird nichts, aber ich kann hier über das Thema, über fast 400 Seiten, nicht so wie du in drei Sekunden darüber wegfahren. Ich bin da keine Eisenbahn. Ich sage dir eines, auch du wirst gefragt von deinen Kindern, von deinen Enkelkindern, was du damals gemacht hast. Was hast du energiepolitisch gemacht mit dem ganzen Einfluß auf die STEWEAG? Ist es notwendig, heute ein Kraftwerk Fischenz zu bauen, wenn wir unten im Bereich Mellach, Werndorf und bei der ÖDK energiepolitisch 500 Megawatt in der Stunde vergeuden? Ist es notwendig, ein Kraftwerk zu bauen, die schönste Ökologie, die letzten Huchenbestände zu zerstören für die Baulobby, wenn es im Winter überhaupt nichts bringt? Und wenn wir im Winter unten die kalorische Energie vergeuden in Luft, Wasser und im Boden, das sind Fragen an dich, der du so guten Kontakt mit der STEWAG hast und im Vorstand drinnengesessen bist. Verstehe mich richtig, Karli Maitz, du brauchst jetzt gar nicht versuchen abzulenken. Mir wäre lieber gewesen, du hättest jetzt zugehört. Das ist genau das Thema, daß ich sage, das Land Steiermark ist 100 Prozent Eigentümer dieser STEWEAG. Und das Land Steiermark hat die Verantwortung, daß die ordentlich und ökologisch orientiert planen und wirtschaften. Der Herr Landeshauptmann ist zu 100 Prozent der Alleineigentümer des Landes, und genau der Landeshauptmann hat die Verantwortung, daß in der Steiermark die Energiepolitik meiner Meinung nach nicht so läuft wie wir es uns vorstellen. Und weil ich gerade den Richard Kanduth sehe, das Ennstal ist für uns in bezug auf Landschaft und Naturschutz ein ganz wesentliches Thema. Du weißt, ich bin ein halber Ennstaler, du bist ein ganzer. (Abg. Kanduth: „Das ist der Unterschied!“) Das ist der Unterschied! Ich bin sozusagen noch nicht verblendet, du bist schon betriebsblind, was das Ennstal betrifft. (Abg. Kanduth: „Das ist deine Meinung!“) Ich sehe das immer wieder von außen, und ich sage eines, dieses Ennstal ist inneralpin eines der schönsten Täler, die wir in der Steiermark haben. Diese ganzen geschützten Biotope, diese begleitende Ufervegetation der Enns. Bitte, wollen wir dort mit Gewalt über geschützte Gebiete, über Naturschutzgebiete, über Landschaftsschutzgebiete drüberfahren, nur weil der Hofrat Theußl nicht in der Lage ist, eine koordinierte Verkehrsumleitung zu machen, nur weil er sagt, da drunten können wir wie die depperten Bauern, da fahren die Maschinen ohne Verkehrsunterbrechung. Das ist ja für einen Techniker eine Beleidigung, mitten in ein Mooregebiet zu gehen, auf Wasser zu bauen. Die Moore sind zu 98 Prozent Wasser. Und auf Wasser hat noch niemand ungeschoren gebaut. Das möchte ich mir jetzt herausnehmen, daß der Herr Landeshauptmann mit seinem Theußl, mit dieser Verkehrspolitik, und auch du, wenn du weiter mitspielst, ihr werdet bald alle im Moor oben versinken. (Abg. Schrittwieser: „Hör auf!“) Ja, Schrittwieser, deine Sachen haben sie die letzten vier, fünf Jahre auch mitgeschrieben, war auch nicht immer gerade das Hochgeistigste. Ich bin ja nicht so gescheit wie du. Die müssen halt mehr mitschreiben. Bei dir braucht man es ja nicht, weil du bist ja

anscheinend so hochintelligent, daß man das nicht mal mehr mitschreiben muß.

Grundsätzlich lasse ich mich jetzt weder von dir noch von ihm noch von Maitz unterbrechen. Ich ziehe das Thema durch und sage, das Ennstal gehört nach allen Regeln der Kunst geschützt. Und wer ist heute oben für den Schutz? Das sind deine Jungbauern. Ein Sebastian Berger ist es oben. Das sind Leute von der Landwirtschaftskammer oben. Das sind natürlich auch die Leute von anderen politischen Parteien. Und die hätten schon seit fünf Jahren diesen Stainacher Tunnel und einen ordentlichen Bestandsausbau machen können. (Abg. Kanduth: „Das ist ein Blödsinn!“) Das ist kein Blödsinn, sondern das haben wir vorgeschlagen, hat damals sogar Theußl gesagt, das wird untersucht, nur bis heute ist keine Untersuchung gemacht worden. Lieber Herrmann, ich weiß, daß dir das Ennstal am Herzen liegt. Du hast es mir einmal gesagt. Und du hast mir einmal gesagt, ich soll zum Prof. Jungwirth gehen, weil du oben gekämpft hast bis zum Geht-nicht-mehr. Ich bin auch zum Prof. Jungwirth gegangen. Und ich nehme es dir ab, lieber Herrmann Schaller, ich nehme es dir ab, daß dir das Ennstal etwas wert ist und daß du diese Straße nicht willst. Du sitzt in der Position. Ich sitze ja nicht da oben als Landesrat. Wenn ich Landesrat wäre, dann würde ich da oben etwas anderes machen. Wir sind kleine Abgeordnete. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht vorn und hinten angezeigt werden, wenn wir irgendwo etwas sagen. (Abg. Dr. Lopatka: „Du bist immun!“) Gut, schau, die Immunität. Dann kann ich in Bittstellung gehen, daß ich nicht ausgeliefert werde. Das ist auch nicht das, was ich mag. Nein, nein, wir haben eine Ebene, wir können die Bevölkerung informieren. Aber die politische Verantwortung hat die Landesregierung für dieses depperte Projekt. Die politische Verantwortung, Herrmann, liegt bitte, ich kann es dir nicht sagen, du weißt, daß ich dich persönlich mag, aber da oben liegt die politische Verantwortung auch bei dir. Nicht nur beim Herrn Prof. Jungwirth, der Kultur macht und das Trigon bauen will mitten im Stadtpark. Nicht nur bei ihm, auch bei dir. Ich bitte dich inständig, oben für die Bevölkerung und für alle Leute, quer durch alle Parteien, zu helfen, daß dieses Projekt verhindert wird.

Das war eigentlich einer meiner letzten Wünsche für die jetzige Periode. Weiß Gott, was noch alles kommt. Wir kandidieren natürlich auch in der Steiermark, das ist ja klar. Und ich werde in Graz den Spitzenkandidat machen für eine Wahlgemeinschaft, die „Grüne“ heißt. Ich weiß nicht, wie die Partie ausgehen wird. Ich habe auf jeden Fall versucht, in den letzten fünf Jahren hier meine Meinung zu sagen. Ich bin sogar der Ansicht, daß auf dem Gebiet des Umweltschutzes vom Verbalen zum Tatsächlichen manches passiert ist, aber noch viel, viel, viel zu wenig. Wir sind die kleinen Igel, die Grünen. Du bist zum Beispiel ein schwarzer Igel. Und unsere Aufgabe ist es, mit zwei Igel die Ignoranten so lange laufen zu lassen, bis ihnen die Luft ausgeht. Und das ist die Igel-und-Hase-Politik. Die mache ich seit 16 Jahren. Das war immer noch das Gescheiteste.

Eines möchte ich hier sagen: Ich bedanke mich bei allen Abgeordneten, bei allen Regierungsmitgliedern für ihr Verständnis, für ihren guten Willen. Ich weiß das. Ich weiß, daß es Sachzwänge gibt in der Politik. Das weiß ich, weil es Interessensgruppen gibt. Ich bin

einer, der versucht hat, mit allen politischen Parteien, mit den Vertretern, zusammenzuarbeiten. Und in diesem Sinne geht es für mich um eines: Weitere Umweltpädagogik – bei den Schulen angefangen. Das ist immer das Schönste, wenn es heißt, die Schule, der Kindergarten hat einen Biotoplehrpfad gemacht. Warum? Ergebnisse? Warum? Weil die Kinder bereits von Jugend an zum Wasser, zum ökologischen Kreislauf, und wenn es nur ein kleines Biotop ist mitten in einer Betonwüste, das Kind merkt, daß es ein Wasser gibt. Wo es Wasser gibt, gibt es Leben. Ohne Leben kein Wasser. Wir kommen aus dem Wasser. Und allein, wie der Mensch wieder mit dem Lebensmittel Wasser, mit Luft, Erde umgehen kann wie einst die Natur- und Kulturvölker, und nicht durch die Verzivilisierung einfach sagt, weiter Technologie, die Technik hat immer recht. Wir werden ja weiter Sklaven der Technik, was sich hier abspielt auf dem Gebiet. Und wenn also hier auch von der Pädagogik her richtig gearbeitet wird, dann kann ich nur sagen, ich möchte mich bei allen im Landtag hier bedanken, und ich gestehe Ihnen, daß Sie hier das Beste wollen, gewollt haben und daß wir gemeinsam mit diesen Zielen sicher am besten weiterkommen, nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.39 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt tatsächlich nicht mehr vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Frau Abgeordneten Kammlander.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Der Antrag der Frau Abgeordneten ist jedoch nicht von vier Mitgliedern des Hohen Hauses unterfertigt, weshalb ich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 die Unterstützungsfrage stelle.

Wer den Beschlußantrag der Frau Abgeordneten Kammlander unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Abg. Kammlander: Herr Präsident, bitte zur Geschäftsordnung. Wir sind nicht beschlußfähig. Wir sind 17!

Präsident: Ich stelle die Beschlußfähigkeit fest. Auch wenn er nicht vollständig wäre für den Beschlußantrag, sind für die Unterstützungsfrage vier Stimmen notwendig. Ich wiederhole: Wer dem Antrag der Frau Abgeordneten zustimmt gemäß Paragraph 34 Absatz 4 der Geschäftsordnung, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ich komme jetzt zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1455/1, die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

19. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1281/5, zum Antrag der Abgeordneten Meyer, Erhart, Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Günther Prutsch, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die rasche Einführung einer Pflegegeldversicherung auf Bundesebene.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (20.42 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich nehme an, daß Sie während der Rede des Kollegen Korber die Vorlage studiert haben.

Ich ersuche um Annahme. (20.44 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrammel.

Abg. Schrammel (20.44 Uhr): Hohes Haus, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Soziale Sicherheit und Gesundheit sind sicher nicht zu quantifizieren. Eines kann aber gesagt werden: daß die Gesundheit und die soziale Sicherheit zu den wertvollsten Gütern des Lebens zählen.

Ich möchte in aller Kürze festhalten, daß, vom Steiermärkischen Landtag ausgehend, Initiativen gesetzt wurden, um ein Pflegehilfsgesetz in Ergänzung zum vorbereiteten Bundesgesetz zu schaffen, das zur Zeit in Ausarbeitung ist.

Wir haben derzeit in Österreich rund 350.000 Menschen, die eine finanzielle Zuwendung erhalten; davon etwa 270.000 über die gesetzliche Sozialversicherung den Hilflosenzuschuß und etwa 80.000 die Sozialhilfe als sogenanntes Pflegegeld. Die Zeit reicht nicht aus, um auf die Details einzugehen. Ich möchte aber erwähnen, daß nicht weniger als 12 Milliarden Schilling für Hilflosenzuschüsse und Pflegegelder in Österreich aufgewendet werden. Parallel mit der steigenden Lebenserwartung der Bevölkerung steigen auch jene Fälle, die auf Grund ihres Alters einer ständigen Pflege durch andere Menschen bedürfen. In Österreich sind das, wie einleitend angeführt, etwa 350.000 Personen. Die Bereitschaft der jüngeren Generation, die Pflegebedürftigen innerhalb der Familie zu pflegen, nimmt leider ständig ab. Der Ruf nach der Pflege auf Krankenschein wird immer lauter. Dennoch wurde bisher nur über eine Pflegeversicherung gesprochen, aber kein ernstzunehmender Vorstoß in Richtung Pflegeversicherung gemacht.

Dem Steiermärkischen Landtag wurde bereits im Jahre 1989 als Diskussionsgrundlage der Entwurf eines Pflegehilfsgesetzes vorgelegt. Dies vor allem deshalb, weil auf Bundesebene in dieser Richtung keine Lösungen erreicht wurden, obwohl sich eine große angelegte Expertengruppe seit Jahren mit diesem Thema beschäftigt. Da das Pflegerisiko immer mehr Menschen betrifft, ist eine Pflegevorsorge unbedingt notwendig. An erster Stelle sollte stehen, daß der Pflegebedürftige möglichst lange in seiner gewohnten Umgebung bleibt. Erst wenn dies nicht mehr möglich ist, soll die Unterbringung in einem Heim erfolgen. Für

die Ausstattung und den Bereich dieser Pflegeheime, die ohne weiteres auch von Privaten betrieben werden können, müßten strenge Vorschriften gelten. Der Betrieb von Altenpflegeheimen sollte an eine Konzession gebunden sein.

Die Zuordnung der Pflegemittel soll je nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit erfolgen. Das Pflegegeld, das in mehreren Stufen zu gewähren wäre, sollte so lange gesteigert werden, bis die letzte Stufe des Pflegegeldes den Status eines Hilflosenzuschusses erreicht. Dieser sollte dann allerdings so hoch sein, daß er die höheren Pflegekosten in jedem Fall abdecken kann. Mit dieser Pflegevorsorge wird die Grundlage geschaffen, daß der Mensch in Würde altern kann.

Abschließend möchte ich meinen, daß es in erster Linie natürlich Aufgabe des Bundes sein müßte, ein Pflegehilfsgesetz für Österreich zu schaffen.

Wenn jetzt meine letzte Wortmeldung ist, möchte ich mich bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Kameradschaft sehr herzlich bedanken, die ich in über 26 Jahren in Anspruch nehmen durfte, und auch bei Ihren Vorgängern: bei den Präsidenten, bei den Landeshauptleuten, bei den Mitgliedern der Landesregierung, bei allen Abgeordneten, die in diesen Jahren hier in diesem Hause tätig waren. Ich möchte Sie bitten, daß Sie in Zukunft weiterhin aktiv tätig sind, und wünsche Ihnen viel Erfolg mit der einen Hoffnung, daß wir uns alle bemühen, und Sie, die Sie hier in diesem Hohen Hause weiterhin tätig sind, unser Stück Heimat zu bewahren. Und hier möchte ich meinen, Heimat ist ein Geschenk des Himmels, auf das man auf Erden aufpassen muß. Ich möchte Sie bitten, daß Sie als die Politiker der nächsten Legislaturperioden bemüht sind, für dieses Stück Heimat tätig zu sein, und ich wünsche Ihnen daher für die Zukunft viel Erfolg. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.46 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann: (20.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Frage der Sozialhilfe beziehungsweise der Pflegebedürftigkeit und damit einer Pflegeversicherung ist ein dauerndes Anliegen, das wir seit Jahren vorzutragen haben. Und ich möchte hier und an dieser Stelle einmal unserem Landesrat und Sozialreferenten der Steiermärkischen Landesregierung, dem Kollegen Erich Tschernitz, herzlich danken. Ich tue das nicht nur als Mitglied dieses Landtages, sondern auch als Mitglied des Sozialhilfeverbandes Mürzzuschlag. Das, was in diesem und im nächsten Antrag verankert ist, nämlich das Ansinnen, Sozialsprengel in den einzelnen Bezirken zu schaffen, Gesundheitssprengel zu schaffen, haben wir mit seiner Hilfe im Bezirk Mürzzuschlag bereits verwirklichen können. Wir haben mit seiner Hilfe und mit der Hilfe von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, den ich natürlich auch in diesen Dank miteinbeziehen möchte, für unsere älteren Menschen eine Pflege- und Betreuungseinrichtung geschaffen, damit sie zukünftig in ihren Wohnungen bleiben können und dort durch Krankenschwestern, durch Hauskrankenpflege und durch Heimhilfe betreut werden.

Ein herzliches Dankeschön dir, Herr Landesrat, für diese Arbeit und für diese Bemühungen mit der Bitte, sie auch weiterhin tatkräftigst zu unterstützen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.48 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

20. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1110/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Kröll, Schrammel und Pußwald, betreffend die Erstellung von bezirksspezifischen Altersvorsorgeprogrammen für die Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel (20.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage haben Sie alle vor sich. Ich bitte um Annahme des betreffenden Stückes. (20.48 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heibl.

Abg. Heibl: Ich ziehe zurück.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

21. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1174/3, zum Antrag der Abgeordneten Schoiswohl, Hammer, Ussar, Sponer und Genossen, betreffend den weiteren Ausbau der Radwege im Ennstal.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Hammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammer: (20.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Darf ich vielleicht eine Bemerkung zu Beginn meines Berichtes außer Protokoll machen: Heute habe ich Ihnen am Vormittag mit dem Schokolade-Erzberg einen süßen Abschiedsgruß von mir überreicht. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Jetzt darf ich Sie, meine Damen und Herren, zum Radfahren einladen. Radfahren ist doch etwas für Politiker. Sie alle haben sich in der Vergangenheit fleißig und ehrgeizig abgestrampelt. Leider haben sehr viele bereits ihren Krampf bekommen und werden daher vor der nächsten Etappe ausscheiden. Aber nur, wenn sich alles weiterdreht und wir uns bewegen, werden wir neue Ziele erreichen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, den vorgelegten Bericht zum Ennstal-Radweg zur Kenntnis zu nehmen. (20.50 Uhr.)

Präsident: Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

22. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1338/3, zum Antrag der Abgeordneten Freitag, Trampusch, Günther Prutsch, Herrmann und Genossen, betreffend die Anbringung von Bodenmarkierungen auf Landesstraßen in ausgesprochenen Nebelgebieten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser: (20.50 Uhr): Es handelt sich hier um die Vorlage, Einl.-Zahl 1338/3. Sie ist sehr übersichtlich geschrieben. Ich hoffe, daß Sie alles studiert haben. Ich ersuche um Annahme. (20.50 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

23. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1438/1, betreffend die Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Landarbeiterkammergesetzes 1981.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Johann Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Neuhold: (20.51 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gemäß Erlaß der Landesamtsdirektion vom 6. Juli 1979 sollen Landesgesetze, die bereits zweimal novelliert wurden, durch eine Wiederverlautbarung neu herausgegeben werden. Das trifft beim Steiermärkischen Landarbeiterkammergesetz zu, und daher wurde in Entsprechung des eingangs zitierten Erlasses der Text einer Wiederverlautbarung vorbereitet.

Ich bitte um Annahme der Änderung. (20.51 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

24. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1443/1, Beilage Nr. 137, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 1981 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Johann Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Neuhold (20.52 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Hier geht es um die Steiermärkische Landarbeitsordnung 1981, die geändert werden soll. Die Änderung ist im Paragraph 31 Absatz 5 Ziffer 1 formuliert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich den Antrag auf Annahme stelle, hoffe ich, daß es nicht gegen die Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages verstößt, wenn ich eine persönliche Anmerkung einfüge.

Ich durfte 17½ Jahre diesem Hohen Haus angehören, und in meiner Selbsteinschätzung weiß ich, daß ich kein Großer dieses Hauses gewesen bin. Aber trotzdem wußte ich die Würde dieses Hauses zu schätzen: einmal von der Geschichte her, von der Entstehung her, und zweitens auch wegen dem, was für die steirischen Menschen hier in diesem Hause in diesen Perioden geleistet wurde. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Ich möchte mich sehr herzlich für Ihr Vertrauen, beim Herrn Präsidenten begonnen, über den Landeshauptmann und bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken. Ich wünsche den designierten Senioren viel Gesundheit und jenen, die weitermachen, daß sie wieder gewählt werden, und viel Glück auf. In diesem Sinne stelle ich den Antrag auf Annahme. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.53 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den ersuche ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

25. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1447/1, betreffend die Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Landwirtschaftlichen Siedlungs-Landesgesetzes 1969 – StLSG 1969.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Alfred Prutsch (20.54 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Auch diese Vorlage befaßt sich mit der Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Landwirtschaftlichen Siedlungs-Landesgesetzes aus dem Jahre 1969, wurde auch zweimal novelliert, erscheint daher zweckmäßig, es neu wiederzuerlautbaren. Es wird der Antrag gestellt, der Höhe Landtag wolle beschließen, daß eben dieses Gesetz als Steiermärkisches Landwirtschaftliches Siedlungs-Landesgesetz 1991 angenommen wird und zur Kenntnis genommen wird. (20.54 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

30. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1473/1, betreffend die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in der Höhe von 4.427.000 Schilling zur Schaffung und Einrichtung von zusätzlichem Klassenraum für die Landesberufsschulen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer: (20.54 Uhr): Hohes Haus!

Die Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (20.54 Uhr.)

Präsident: Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

31. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1474/1, über die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in der Höhe von 7.300.000 Schilling für das Bauvorhaben Generalsanierung und Adaptierung der Landesausbildungsanstalt für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (20.55 Uhr): Auch diese Vorlage wurde heute im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (20.55 Uhr.)

Präsident: Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

32. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1475/1, betreffend den Verkauf des Grundstückes 448/29 der EZ. 448, KG. Andritz, im Ausmaß von 963 Quadratmeter samt dem darauf befindlichen Objekt Geißlergasse 35 a an Dr. Thomas Tarjan und Mag. Eva Tarjan, 8045 Graz, Geißlergasse 35 a, zum Preis von 2.030.000 Schilling.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kanape (20.56 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Dem Verwaltungsdirektor der Vereinigten Bühnen wurde bei Dienstantritt das aus der Vorlage ersichtliche Objekt als Dienstwohnung zugewiesen. Nach Beendigung seiner Funktion als Verwaltungsdirektor hat er nunmehr um den Ankauf dieses Objektes angesucht. Nach Absprache im Theaterrausschuß, der von Stadt und Land besetzt ist, wurde der Abverkauf an Herrn Dr. Tarjan und seine Gattin, Frau Mag. Eva Tarjan, positiv erledigt. Da der Ankauf der gegenständlichen Liegenschaft seinerzeit aus Budgetmitteln der Vereinigten Bühnen für die Wohnversorgung ihrer Bediensteten erfolgte, soll der Verkaufserlös dem Investitionsfonds der Vereinigten Bühnen zufließen.

Namens des Finanz-Ausschusses stellé ich daher den Antrag, den Verkauf des Grundstückes 448/29 der EZ. 448 an Herrn Dr. Thomas Tarjan und Frau Mag. Eva Tarjan zum Preis von 2.030.000 Schilling zu genehmigen. (20.56 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

33. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1476/1, betreffend die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in Höhe von 50.000.000 Schilling für Zuwendungen zur Förderung des Viehabsatzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Prutsch (20.57 Uhr): Das Land Steiermark ist auf Grund eines Übereinkommens verpflichtet, an der Viehexportfinanzierung mitzuwirken. Um

diesen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ist die Aufnahme eines Darlehens in der Größenordnung von 50 Millionen Schilling erforderlich. Ich ersuche um Annahme dieser Vorlage. (20.57 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pörtl.

Abg. Pörtl (20.58 Uhr): Herr Präsident! Liebe Freunde!

Ich möchte mich für diesen Beschluß im vorhinein herzlich bedanken. Das ist der Umstand, der unsere viehwirtschaftliche Situation in den vergangenen Jahren widerspiegelt. Ich möchte nur sagen, der Steiermärkische Landtag soll sich in Zukunft an dieser Entscheidung ein Beispiel nehmen, wenn wir Probleme haben, daß wir ebenfalls in dieser Form gemeinsam die Probleme, die Fragen und die Zukunft der steirischen Land- und Forstwirtschaft in dieser Form mittragen. Ich möchte mich – ich schaue ein wenig havariert aus – aber auch nur bei der Gelegenheit bedanken beim stenographischen Protokoll, bei den Damen. Die haben hier einen oststeirischen Dialekt immer wiedergegeben, und sie haben versucht, das in die deutsche Sprache umzusetzen. Euch allen ein gutes Gelingen und volle Unterstützung für die steirische Land- und Forstwirtschaft. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.58 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

34. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/15, zum Beschluß Nr. 353 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988 über den Antrag der Abgeordneten Buchberger, Göber, Sponer und Mag. Rader, betreffend eine weitere Erhöhung der Zahl der geschützten Arbeitsplätze im Landesdienst.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Karl Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (20.58 Uhr): Hohes Haus! Herr Präsident!

Das Land Steiermark hat in den vergangenen Jahren die Zahl der geschützten Arbeitsplätze im Landesdienst von 35 im Jahre 1972 auf 300 im Jahre 1989 angehoben, weil ständig ein enormer Bedarf gegeben war und die Eingliederung behinderter Menschen in das Berufsleben eine besonders wichtige Aufgabe der Behindertenhilfe war und ist. Am 1. Juli 1989 erfolgte eine Aufstockung auf 320, und mit diesem Beschluß, den wir heute fassen, werden erneut 30 Mitbürger zusätzlich eingestellt. Für diese zusätzlichen 30 Arbeitsplätze übernimmt die Arbeitsmarktverwaltung zunächst für ein Jahr die gesamten Lohnkosten, die anschließend aus Mitteln der Behindertenhilfe vom Land Steiermark refundiert werden. Die notwendigen Finanzmittel betragen für 1992 4,05 Millionen Schilling. Für 1992 gibt das Land für geschützte Arbeitsplätze im Landesdienst 90,25 Millionen Schil-

ling aus. Derzeit bewerben sich rund 580 Behinderte um Aufnahme beim Land, wobei ich noch feststellen möchte, daß sich in der freien Wirtschaft seit dem Jahr 1972 die Zahl von 307 auf 2341 im Jahr 1990 erhöht hat.

Darf ich die Gelegenheit zu diesem letzten Tagesordnungspunkt wahrnehmen, um mich bei euch allen, Herr Präsident, sehr herzlich zu bedanken, daß ich 25 Jahre hier in diesem Kreise weilen durfte. Sollte ich manchemal etwas zu scharf gewesen sein, ich bitte euch um Verzeihung, und ich wünsche diesem Landtag in der nächsten Periode viel Glück und Erfolg für die steirische Bevölkerung. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 21.00 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 26, 27 und 28 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1449/1, über die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in der Höhe von 10 Millionen Schilling für Maßnahmen im Rahmen der Flüchtlingshilfe,

erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karl Rainer das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Rainer (21.01 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um den zuständigen Sozialhilfverbänden beziehungsweise dem Magistrat Graz und den entsprechenden Hilfsorganisationen den Aufwand, der über Auftrag des Landes Steiermark für die Bewältigung der Krisensituation im Rahmen der Flüchtlingsproblematik entstanden ist, refundieren zu können, wird die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen im Gesamtbetrag von 10 Millionen Schilling genehmigt. Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Präsident! Darf auch ich die Gelegenheit wahrnehmen, mich vom Hohen Landtag zu verabschieden. Ich hatte die Ehre und die Auszeichnung, ein Jahrzehnt diesem Hohen Hause anzugehören. Ich habe also in diesem Haus gelernt, was Demokratie ist, und ich ziehe von diesem Haus mit der Erkenntnis, daß eine derartige Einrichtung, wie wir sie hier zur Verfügung haben, von uns, auch wenn wir es manchemal in Debatten übersehen, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Ich wünsche diesem Hohen Landtag im Interesse des steirischen Volkes weiterhin ein herzliches steirisches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 21.02 Uhr.)

Präsident: Ich erteile zum Tagesordnungspunkt

27. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1451/1, betreffend die Gewährung einer Soforthilfe für das kurdische Volk sowie Genehmigung der Bedeckung des dafür erforderlichen Landesanteiles in der Höhe von 3,994.633,12 Schilling durch Aufnahme von zusätzlichen Darlehen,

der Frau Abgeordneten Barbara Kanape das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Kanape (21.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Vorlage behandelt die Aufnahme eines zusätzlichen Darlehens von 3,994.633,12 Schilling. Die Steiermärkische Landesregierung hat den Beschluß gefaßt, dem kurdischen Volk eine finanzielle Soforthilfe in der Höhe von einer Million Schilling zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurde ein Spendenaufruf erlassen, wobei die einlangenden Spenden aus Mitteln des Landes verdoppelt werden. Mit Stichtag 2. Mai 1991 liegen Spendengelder in Höhe von 2,994.633,12 Schilling auf dem Konto.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, im Zusammenhang mit der Gewährung einer Soforthilfe im Rahmen der steirischen Kurdenhilfe die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 3,994.633,12 Schilling zu genehmigen. Es wird zur Kenntnis genommen, daß die zur Verdoppelung der weiteren einlangenden Spenden erforderlichen Landesmittel ebenso durch Aufnahme von zusätzlichen Darlehen zu bedecken sein werden. (21.03 Uhr.)

Präsident: Weiters erteile ich zum Tagesordnungspunkt

28. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1386/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die sofortige Liberalisierung der Flüchtlingspolitik sowie die umgehende Leistung von Hilfsmaßnahmen für das dem Völkermord preisgegebene kurdische Volk,

der Frau Abgeordneten Gundi Kammlander das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Kammlander (21.03 Uhr): Dieser Antrag wurde bereits als Beschlußantrag einstimmig angenommen. Die Fakten sind hinlänglich bekannt. Es geht um die Unterstützung von kurdischen Flüchtlingen. Österreich soll es nicht bei symbolischen Gesten belassen. Das bedeutet eine großzügige Aufnahme von kurdischen Flüchtlingen in Österreich, die sofortige direkte Unterstützung in den betroffenen Gebieten und die Setzung einer internationalen Initiative im Rahmen unserer UN-Mitgliedschaft zwecks Schaffung eines freien und unabhängigen Kurdistan.

Der Antrag lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung fordert die Österreichische Bundesregierung auf – soviel ich weiß, ist das inzwischen geschehen –, umgehend folgende Schritte im Sinne der internationalen Disponi-

bilität und Solidarität mit dem kurdischen Volk zu ergreifen.

Der Innenminister der Republik Österreich wird dringend aufgefordert, bei der Aufnahme kurdischer Flüchtlinge großzügig vorzugehen.

Die Bundesregierung wird gebeten, sofort eine geeignete direkte Hilfsaktion in den betroffenen Gebieten in die Wege zu leiten, und der Außenminister wird aufgefordert, im Sinne dieses Antrages kurzfristige Verhandlungen zur Errichtung einer völkerrechtlichen Schutzzone aufzunehmen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages und bitte um Vertretung. (21.05 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (21.05 Uhr): (Abg. Purr: „Bitte um Abschiedsworte!“) Ja, das hören Sie noch – kann ich Ihnen versprechen.

Ganz kurz: Was soll mit den 10 Millionen Schilling, die wir heute zu beschließen haben, geschehen? Nicht nur ein anerkannter Träger, wie die Caritas, sondern auch verschiedene dezentrale Organisationen auf Bezirks- und Gemeindeebene, auch Private, sollten in den Genuß dieser Gelder kommen. Neben der Wohnraumversorgung, der Arbeitsplatzbeschaffung und dem Vermitteln von Sprachkenntnissen sollte auch die psychosoziale Betreuung als Flüchtlingshilfe anerkannt werden.

Das Modell Graz – also Flüchtlingsbeauftragte – sollte auf alle anderen steirischen Bezirke übertragen werden und auch dort ein ähnliches Modell etabliert werden. Die Flüchtlingsförderung ist mehr oder weniger eine heimliche Wirtschaftsförderung. Die Flüchtlingsmilliarde für ganz Österreich wird zu über 90 Prozent als Wirtschaftsförderung des heimischen Gastgewerbes aufgesaugt. Im April 1991 waren 14.769 Asylwerber/innen in Bundesbetreuung. Die Gastbetriebe bekommen 570 Schilling pro Flüchtling. Davon bekommen die oft heruntergekommenen Gastwirtschaften den Löwenanteil von 90 Prozent. Von den steirischen Gasthöfen sind es 79, denen es jedenfalls gelungen ist, sich auch über die Flüchtlingsgelder zu sanieren.

Das wäre meine letzte Wortmeldung in dieser Frühjahrstagung. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Willst du nicht mehr kommen?“) In dieser Frühjahrstagung!

Ich darf mich bei den Kollegen und Kolleginnen verabschieden, die im Herbst leider nicht mehr kommen. Irgendwie habe ich das Gefühl gehabt, ich habe mich schon an diese Gemeinschaft gewöhnt. Also, ich habe auch nostalgische Gefühle und hoffe, daß die neuen Abgeordneten mit sehr viel Schwung und sehr viel Begeisterung hier einziehen werden, und ich freue mich schon auf die Zusammenarbeit mit den neuen Gruppen. Danke. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 21.08 Uhr.)

Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1449/1.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1451/1, die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin, Einl.-Zahl 1386/1, die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

29. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über das Auslieferungsbegehren, Einl.-Zahl 1445/1, des Landesgerichtes für Strafsachen Graz, betreffend den Landtagsabgeordneten Mag. Ludwig Rader.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz (21.09 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Auslieferungsbegehren, betreffend den Abgeordneten Mag. Ludwig Rader, wurde im Verfassungsausschuß beraten. Der Gepflogenheit dieses Hauses entsprechend wurde der Abgeordnete Rader gefragt, und er ersucht, von der Immunität Gebrauch machen zu dürfen.

Ich ersuche daher, der Landtag wolle beschließen:

Es besteht ein Zusammenhang zwischen den dem Landtagsabgeordneten Mag. Rader vorgeworfenen Handlungen und seiner politischen Tätigkeit. Es wird die Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung jedoch nicht erteilt. (21.09 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Hohes Haus!

Nach der Landesverfassung wird der Landtag auf fünf Jahre gewählt. Diese Periode, es ist die XI. Gesetzgebungsperiode, geht nunmehr zu Ende.

Damit ist die heutige Landtagssitzung voraussichtlich die letzte Sitzung in diesem von der Verfassung vorgegebenen Zeitraum.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz beantrage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landesverfassungsgesetzes 1960, mit der heutigen Sitzung die Frühjahrstagung 1991 zu schließen.

Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bemerken möchte ich, daß der derzeitige Landtag bis zum Zusammentritt des neugewählten Landtages im Amt bleibt. Sollten es daher die Umstände in diesem Zeitraum erfordern, werde ich den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Hohes Haus!

Bevor ich die heutige Sitzung schließe, ist es mir ein persönliches Anliegen, Ihnen, verehrte Damen und Herren, ein Wort des Dankes und ein Wort der Besinnung zu sagen.

Seit der Konstituierung des Landtages der nun auslaufenden XI. Gesetzgebungsperiode am 18. Oktober 1986 haben insgesamt 50 Landtagssitzungen, darunter eine Gedenksitzung zu den bitteren Ereignissen des Jahres 1938, stattgefunden.

18 Sitzungen haben mit einer Fragestunde begonnen, in deren Verlauf 339 Anfragen eingebracht wurden.

Gemäß Paragraph 56 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wurden 99 schriftliche Anfragen von Abgeordneten an Regierungsmitglieder gerichtet.

In der XI. Gesetzgebungsperiode wurde die beachtliche Zahl von 1006 Anträgen eingebracht, von denen 31, darunter 15 Gesetzesanträge, direkt den Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen wurden.

Ebenfalls eingebracht wurden drei Mißtrauensanträge.

Weiters erfolgten 99 Beschlußanträge im Rahmen der Landesvoranschläge für 1987, 1988, 1989, 1990 und 1991.

Zehn Beschlußanträge wurden zu verschiedenen Tagesordnungspunkten eingereicht und beschlossen.

Zu den 27 in den Landtag eingebrachten dringlichen Anfragen sind 23 dazu gestellte Beschlußanträge angenommen worden.

Es gelangten in dieser Gesetzgebungsperiode 806 Regierungsvorlagen, darunter 103 Gesetzesvorlagen, zur Behandlung.

Weiters waren sechs Anzeigen, 13 Auslieferungsbegehren, ein Bericht der Volksanwaltschaft, zwei Rechnungshofberichte sowie vier Tätigkeitsberichte des Kontroll-Ausschusses Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung.

Im Rahmen des Volksrechtegesetzes 1986 wurden sieben Begutachtungsverfahren auf Grund eines Beschlusses des Hohen Hauses durchgeführt.

Insgesamt wurden mit der heutigen Landtagssitzung 985 Landtagsbeschlüsse gefaßt, darunter 87 Gesetzesbeschlüsse.

Wie immer wird die parlamentarische Hauptarbeit in den Ausschüssen geleistet, und zwar in elf Sitzungen des Ausschusses für Arbeitsplatzsicherung und neue Technologien, 50 Sitzungen des Finanz-Ausschusses, 24 Sitzungen des Gemeinde-Ausschusses, 29 Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit, 18 Sitzungen des Ausschusses für Jugend, Familie und Konsumentenschutz, 44 Sitzungen des Kontroll-Ausschusses, 31 Sitzungen des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, 26 Sitzungen des Petitions-Ausschusses, 24 Sitzungen des Sozial-Ausschusses, 33 Sitzungen des Ausschusses für Umweltschutz, 50 Sitzungen des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, 24 Sitzungen des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur, 32 Sitzungen des Volksbildungs-Ausschusses, 31 Sitzungen des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses, neun Sitzungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung.

Alles in allem haben diese Landtags-Ausschüsse 436 Sitzungen abgehalten, wobei fünf selbständige Anträge von Ausschüssen des Landtages behandelt wurden.

Zu erwähnen ist auch, daß auf Grund der Einführung des Petitions-Ausschusses am 12. Dezember 1986 ab diesem Zeitraum 30 Petitionen in diesem Ausschuß behandelt wurden.

Neben dieser im Hause geleisteten Tätigkeiten ist vielen nicht bekannt, daß der Steiermärkische Landtag laufend Außenbeziehungen zu einer Reihe von Landtagen im In- und Ausland unterhält.

In dieser zu Ende gehenden Gesetzgebungsperiode haben unter meiner Leitung Delegationen des Steiermärkischen Landtages den nachstehend genannten Landesparlamenten einen Besuch abgestattet: Friaul-Julisch-Venetien, Südtirol, Slowenien, Kroatien und Niedersachsen.

Zu Gast in der Steiermark waren Delegationen der Landtage von Südtirol, Friaul-Julisch-Venetien, Slowenien, Kroatien, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen sowie von Sachsen.

1987 fand die deutsch-österreichische Landtagspräsidentenkonferenz in Kiel statt, und 1989 wurde die österreichisch-deutsche Landtagspräsidentenkonferenz in Graz durchgeführt.

Im Mai dieses Jahres wurde die letzte gemeinsame Landtagspräsidentenkonferenz in Düsseldorf abgehalten.

In dem heurigen ersten Halbjahr habe ich den Vorsitz in der österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz inne und habe in dieser Eigenschaft mit den anderen österreichischen Landtagspräsidenten der Zentrale der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel und dem Landtag von Rheinland-Pfalz einen Besuch abgestattet.

Im Mai dieses Jahres besuchte eine Delegation des Europäischen Parlamentes den Steiermärkischen Landtag zu einem Informationsgespräch im Hinblick auf den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften.

Diese offiziellen und inoffiziellen Gespräche sowie der damit verbundene Erfahrungsaustausch stellen eine wesentliche Bereicherung im parlamentarischen Umgang mit Vertretern anderer Länder dar und bedeuten eine Aufwertung der Stellung des Steiermärkischen Landtages.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die österreichischen Landtagspräsidenten sowohl im Frühjahr als auch im Herbst zu einer gemeinsamen Beratung in einem jeweils anderen Bundesland zusammentreffen.

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich eine gewaltige Fülle von Arbeit, von Fleiß und gutem Willen, wovon die Öffentlichkeit leider nicht in dem Maße informiert ist, als ich es für wünschenswert halte.

Über die so oft gestellte Frage, was leisten die Mitglieder des Hohen Hauses, wird hier eine stille Antwort gegeben.

Hohes Haus!

Mit dem Ende der XI. Gesetzgebungsperiode verläßt eine ungewöhnlich große Zahl von Abgeordneten den Landtag.

Stellvertretend für alle, die ausscheiden, nenne ich die zweite Präsidentin des Steiermärkischen Landtages, Frau Margareta Meyer, und die dritte Präsidentin, Frau Dr. Lindi Kalnoky.

Ich darf beiden Damen herzlich für die angenehme, freundschaftliche und loyale Zusammenarbeit danken.

Hohes Haus!

Im übrigen findet die größte Wachablöse seit 1949 statt. Ich möchte allen Damen und Herren, die das Hohe Haus verlassen, herzlich danken für ihren Einsatz, für ihre Arbeit und ihre Mühen. Es haben sich Veränderungen angebahnt, die immer sichtbarer werden: im Politischen, in der Auswahl der Abgeordneten, im Stil der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit, wie auch in der Medienlandschaft, in der Einstellung zur Politik überhaupt, in dem, was von einem Politiker erwartet wird und welchen Zuschnitt er aufzuweisen hat.

Eine neue Ära ist im Kommen, ja, ich glaube, sie hat bereits begonnen.

Veränderungen gehören zu unserem Leben. Ohne sie gibt es keine Entwicklung und keinen Fortschritt. Was sie bedeuten oder bedeutet haben, stellt eine spätere Zeit fest.

Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Sie jetzt aus dem Landtag ausscheiden – Respekt, Dank und Anerkennung, daß Sie in einem Abschnitt dieser Entwicklung ihr Scherflein zum guten Gedeihen dieses Landes beigetragen haben.

Sie haben bei aller Härte der Auseinandersetzungen und auch in den Niederungen des politischen Alltages sich immer der parlamentarischen Demokratie verpflichtet gefühlt. Ihre Nachfolger brauchen nur fortzusetzen, wo Sie aufgehört haben.

Parlamentarier zu sein, Volksvertreter zu sein und sich Meriten hier im Hohen Haus und draußen im Wahlkreis zu erwerben, ist keine leichte Sache. Keiner weiß das besser als einer wie ich, der so lange dem Hohen Haus angehört. Nicht selten mißverstanden, gnadenlos im Kreuzfeuer der Kritik, ohne Achtstundentag und ohne freies Wochenende, reicht oft eifrigstes Bemühen nicht aus, die Öffentlichkeit zufriedenzustellen.

Das, Hohes Haus, ist eine Feststellung, und keine Klage. Niemand, der sich der Politik verschreibt, wird dazu gezwungen! Es ist unser freier Wille!

Aber eben dafür, daß Sie sich dazu entschlossen und dieser Aufgabe verschrieben haben, gebührt Ihnen der Dank.

Denn es ist nun einmal so, daß es ohne Abgeordnete keine Demokratie und kein freies Land gibt.

Hohes Haus! Wenn wir nun auseinandergehen, dann geschieht das, weil ein neuer Landtag gewählt werden soll. So sieht es die Verfassung vor.

Es ist gut so, daß die Bevölkerung in regelmäßigen Abständen aufgerufen wird, über unsere Arbeit zu befinden und die politischen Gewichte neu zu verteilen.

Es ist auch gut so, daß jede politische Gruppierung um das Vertrauen werben muß und die Gelegenheit hat, ihre Kandidaten und ihr Programm für die nächsten Jahre darzustellen.

Es ist ferner gut so, daß dabei die Unterschiede zwischen den politischen Lagern hervortreten, daß Kanten sichtbar werden, daß etwas kräftiger aufgetragen wird als in anderen Zeiten.

Wahlwerbung und Wahlkampf bedeuten Wettbewerb, Konkurrenz, Auseinandersetzung sowie Angriff und Verteidigung. Ohne das kann keine parlamentarische Demokratie und kein freies Land auskommen, obwohl uns das manchmal weltfremde Utopisten einreden wollen.

Nur sollten wir dabei nie aus den Augen verlieren, daß wir uns nach der Auseinandersetzung und der erfolgten Entscheidung hier im Hohen Haus wieder zusammensetzen werden.

Führen wir also diese Auseinandersetzung so, daß wir einander nachher wieder in die Augen schauen können.

Sehen wir zu, daß keine Mauern aufgebaut oder Gräben aufgerissen, sondern nur Grenzen gezogen werden.

Grenzen, die man später überschreiten, über die man auch die Hand geben und aufeinander zugehen kann.

Hohes Haus! Ich habe in dieser Stunde weiter zu danken der hohen Beamtschaft, die uns als Vertreter der Referate oder als Sachverständige und Auskunftspersonen zur Verfügung gestanden sind.

Herzlich danken möchte ich den Mitgliedern der Präsidialkonferenz für das angenehme Klima und die freundschaftliche Zusammenarbeit.

Mein Dank gilt ebenso meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagspräsidialkanzlei, an der Spitze mit Herrn Hofrat Dr. Heinz Anderwald, sowie dem Landtagsstenographendienst, den Damen, die uns im wahrsten Sinne des Wortes an das Herz gewachsen sind. (Allgemeiner Beifall.) Danken möchte ich den Massenmedien: der Presse und dem ORF, die unsere Arbeit der Öffentlichkeit vermittelten und durch ihre Kommentare zum besseren Verständnis derselben beigetragen haben.

In dieser Gesinnung rufe ich Ihnen den steirischen Bergmannsgruß Glück auf zu.

Die Sitzung ist geschlossen. (Langer allgemeiner Beifall. – Ende der Sitzung: 21.21 Uhr.)